Objekttyp:	Issue
Zeitschrift:	Das Konzept : die Monatszeitung
Band (Jahr):	1 (1972)
Heft 8	

Nutzungsbedingungen

PDF erstellt am:

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

03.05.2024

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek* ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

50./1. Jahrgang Nr. 8 Februar 1973 Achtmal jährlich

Konze



Auflage 36 000 Preis Fr. 1 .--

Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber (Red. «Zürcher student») – in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Stu-dentenschaften (VSS)

Abonnemente: Jahresabonnement Fr. 8.-, auf Postscheckkonto 80-35 598, «zürcher student», 8001 Zürich

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-quai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, Telex 55 235

Direktinvestitionen in der Dritten Welt: Entwicklungshilfe oder Profitquelle? Seite 3

Staatsschutz privat Seite 5

Notizen zur Volksabstimmung über den Bildungsartikel Seite 6

Linksliberalismus: Zu kurz gegriffen (2. Teil) Seite 7

EWG: Die Herausforderung auf dem Bildungssektor auf-nehmen... Seite 9 nehmen...

Luzern: Auf dem Wege zu einer Reformhochschule? Seite 13

Das nächste «konzept» erscheint Ende April.

Redaktionsschluss: 6. April

den einseitig von exogenen Faktoren abgeleitet, von der faschistischen Bedrohung durch Italien und Deutsch-land. Die in der Folge der Wirtschaftskrise in der Schweiz entstandenen Bedingungen und die unter die-

Notizen zur unbewältigten Vergangenheit

Die Schweiz in den dreissiger Jahren

Viel mehr als der Zweite Weltkrieg, dessen Ende für die Schweiz keine Zäsur bedeutet, sind die dreissiger Jahre bestimmend für Verlauf und Verständnis der Nachkriegszeit. Seiner Bedeutung entsprechend, hat dieser Zeitabschnitt in den letzten Jahren in der Geschichtsschreibung viel Beachtung gefunden. Entscheidende Grundfragen bleiben dennoch ungelöst; die Fragestellung scheint festgefahren, neue, weiterführende Ansätze fehlen: die historischen Ereignisse wer-

sen Bedingungen handelnden Klassen und Individuen mit ihren spezifischen Interessen werden vernachlässigt. Die Schweizer werden – einfach gesagt – in «An-passer» und «Widerständler» eingeteilt, entscheidende Fragen werden so zum vornherein ausgeklammert. arbeitswillige

Dies wird bei Alice Meyer (Anpassung oder Widerstand, Frauenfeld 1965) und Walter Wolf (Faschismus in der Schweiz, Zürich 1969) besonders deutlich Wolf kommt von seinem Ansatz her zu einer Frontenskala, die von ανöllig ohne Bindung an das Ausland» bis zur atotalen: finanziell-organisatorischen Abhängigkeit» reicht, wobei diese Skalierung implizite die Wertung von gut-schweizerisch-ungefährlich bis zu schlecht-ausländisch-subversiv mitenthält. Antidemokratisch-autoritäre Gruppen ohne Beziehungen zum Ausland (z. B. Bund für Volk und Heimat, eine Organisation des Grosskapitals) werden dadurch völlig verharmlost. Ausgehend von einem Modell, das in der faschistischen Machtergreifung ein gegen die Linke gerichtetes Bündnis zwischen einer Massenbewegung eines

zwischen einer Massenbewegung eines zwischen einer Massenbewegung eines vorwiegend deklassierten Kleinblürgertums und dem durch die Krise bedrohen Kapital annimmt, könnte man die komplexen Beziehungen zwischen den durch die Wirtschaftskrise mehr oder weniger stark betroffenen Kapitalsektoren, dem Mittelstand und der sozialistischen Arbeiterbewegung neu zu begreischen Arbeiterbewegung neu zu begreische Arbeiterbewegung neu zu begreische Arbeiterbewegung neuen zu der deutschaften zu den der deutschaften zu der deutschaften zu den deutschaften zu der deutschaften zu deutschaften zu der deutschaften zu deutschaften zu der deutschaften zu deutschaften schen Arbeiterbewegung neu zu begreifen versuchen.

Mit diesem Ansatz, der stärker die innenpolitischen Verhältnisse berück-sichtigt, lassen sich die dreissiger Jahre besser interpretieren.

Die ökonomische Krise

Die dreissiger Jahre begannen mit der Krisenzeit. Dem Kapital stockten die Geschäfte, die Profite schwanden, und die herrschende Stellung der Bour-geoisie war durch das Versagen des geoisie war durich das Versägen des kapitalistischen Wirtschaftssystems ge-fährdet. Die Bourgeoisie konnte sich nicht länger darauf berufen, dass Pri-vateigentum an den Produktionsmitteln und freie Initiative die sicheren Garan-ten gesellschaftlichen Wohlstands und Glücks sind.

Die anarchische Produktionsweise im Die anarchische Produktionsweise im Kapitalismus führte 1929 zur Krise. Weil es das Ziel jedes Einzelkapitalisten ist, die Profite zu maximieren, kam es zu dieser besonders gravierenden weltweiten Ueberproduktionskrise. Der stark exportorientierten Schweizer Industrie verschlossen sich zunehmend die ausländischen Absatzmärkte (restriktive Handels- und Finanzpolitik der Abnahmeländer) im Innern beten der Abnahmeländer), im Innern boten sich keine Ersatzmärkte an. Der Ex-portwertindex fiel von 100 Punkten 1929 auf 38 1932. Der Verkauf stockte, die Produktion wurde ganz oder teilweise eingestellt, viele arbeitswillige Menschen verloren dadurch ihren Le-bensunterhalt. Und jenen, die noch Arbeit hatten, versuchte das Kapital die Löhne zu kürzen. Das Kapital ver-suchte, auf Kosten der Werktätigen seine internationale Konkurrenzfähig-

keit zu bewahren. Keit zu bewahren.

Wie direkt der bürgerliche Staat in der Krise die Interessen des Kapitals vertrat, wurde dann besonders deutlich, als der Bundesrat – mit dem guten Beispiel vorangehend – 1932 die Löhne und Gehälter des Bundespersonals zu kürzen versuchte. In der Botschaft des Bundesrats hiess es dazu: «Das Schweizervolk wird voraussichtlich (...) genötigt sein, sich wieder grösserer Einfachheit zuzuwenden.» Die Arbeiterschaft ergriff gegen diesen Beschluss das Referendum, und das Volk verwarf 1933 den Antrag des Bundesrats klar. Bundesrat und Vertreter des Kapitals agitierten aber weiterhin dafür, dass die Krisenkosten durch Lohn- und Lebenskostenreduktion den Lohnabhängigen, Kleinhändlern und Teilen der Bauernschaft angelastet werden sollten. So der freisinnige Bundesrat Schulthess in einer Rede 1934: afndustrielle Kreise haben errechnet, dass, um die Konkursenstellichtet das Schwichs entweller. Wie direkt der bürgerliche Staat in haben errechnet, dass, um die Konkur-renzfähigkeit der Schweiz etwelchermassen herzustellen, eine Senkung der Produktionskosten von 20 Prozent notdig wäre.»

Die Löhne wurden denn tatsächlich gesenkt, die Krise dadurch aber nicht

Bürgertum und Faschismus

Die faschistische Machtergreifung in Deutschland ist das Resultat eines Bündnisses zwischen Grosskapital und kleinbürgerlicher faschistischer Massenheinburgerituer laschissischer Massen-bewegung. Das durch die Krise in eine Notlage gekommene Kapital versuchte, seine Stellung durch dieses Bündnis zu sichern und das herrschende System zu erhalten.

Wie in dieser Absicht auch die schweizerische Bourgeoisie eine Bündnispolitik mit den Fronten praktizierte, zeigt uns klar der «Kampf ums rote Zürich» 1933. Die schweizerischen Fronten, die als marginale Gruppen frustrierter Jungfreisinniger (Neue Front) und enttäuschter Kleinbürger (Nationale Front) schon einige Zeit, von der Universität Zürich ausgehend, gewirkt hatten, erhielten im Frühling 1933 im Zusammenhang mit der faschistischen Machtergreifung in Deutschland ver-Wie in dieser Absicht auch die

mehrt Auftrieb. In diesem «Frontenmehrt Auftrieb. In diesem «Fronten-rühling» verlangten auch verschiedene andere faschistische oder autoritäre Gruppen eine Erneuerung der schweize-rischen Gesellschaft nach ihren Leitbil-dern. Die zunehmende Stärke machte die Fronten «bündnisfähig». Bei den Gemeinderatswahlen im Herbst ver-suchten die bürgerlichen Parteien, ver-eint mit den Fronten, die Mehrheit der Arbeiterschaft in Fvakutiva und Legis. eint mit den Fronten, die Mehrheit der Arbeiterschaft in Exekutive und Legislative zu brechen (vgl. Flugblatt). Nach diesem Nachsommer fielen die Fronten aber bald wieder in relative Bedeutungslosigkeit zurtick, ihre Popularität blieb begrenzt. Vom Kapital wurden sie nicht «aufgepäppelt», weil sie nicht notwendig gebraucht wurden. Wir finden hier die These des deutschen Politologen Agnoli bestätigt, nämlich dass das Kapital nicht den Faschimus will, sondern die Sicherung

Faschimus will, sondern die Sicherung der Profite. Die Sicherung der Profite – wenigstens mittel- oder langfristig – und der politischen Herrschaft war dem schweizerischen Kapital – auch in der

Offener Brief an das Schweizer Fernsehen

Geschichte à la XY

Als Vertreter der jüngeren Generation kennen wir die Zeit des Frontenfrühlings und des Zweiten Weltkrieges nicht aus eigener Erfahrung (und meist auch nicht aus der Schulgeschichte). Wir verfolgen deshalb mit grossem Interesse die Sendereihe «Die Schweiz im Krieg» von Werner Rings. Es ist uns nicht gleichgültig wie unsere jüngste Vergangenheit debwältigto wird. Denn die Art und Weise der «Bewältigung» hängt eng zusammen mit dem Selbstverständnis und dem Zustand der Schweiz 1973.

Soweit sich das nach drei von dreizehn Sendungen beurteilen lässt, enttäuscht Rings' Reihe vor allem aus zwei Gründen:

Der Zugang zur Geschichte wird

zwei Gründen:

Der Zugang zur Geschichte wird versperrt, wenn man sie auf eine Anhäufung von Fällen und auf ein Theater interessanter meist jedoch «interesselosen» Personen reduziert. Wo Rings diese anekdotische Geschichtsbetrachtung à la «Aktenzeichen XY» mit endlosen Tatortbegegnungen quasi telegen umsetzt, lenkt er mit Details ab, statt Fragen aufzuwerfen, statt Hintergründe und Zusammenhänge aufzuzeigen. Seine scheinbar objektiv-ülberparteiliche Faktensammlung ist kaum geeignet, die Auseinandersetzung über diesen wichtigen Abschnitt der Schweizer Geschichte zu befruchten.

Rings' analytische Hilfosigkeit zeigt

Geschichte zu befruchten.

Rings' analytische Hilflosigkeit zeigt sich, wenn er den Frontenfrühling als «Springflut» und gar als «elementares Naturereignis» schildert. Er bedient sich bei der Darstellung der Vorkriegszeit – wie leider iblich – weitgehend der Kategorien «Anpassung oder Widerstand». Auf dem Innenpolitischen Auge sieht er schlechter: die nicht anpassungswilligen «gutschweizerischen» Frontenbünde und deren Wurzeln in der politisch-wirtschaftlichen Situation

der Schweiz wurden zwar in der dritten Folge erwähnt, ebenfalls die Anfälligkeit bürgerlicher Landesparteien für flaschistische Wirtschaftsprogramme. Diese positiven Ansätze wurden indessen gleich wieder verdeckt: Am Schluss der dritten Folge dominierte bereits wieder die Dimension Landesverrat. Als Vertreter der jungen Generation, deren Erwartung bislang enttäuscht wurde, schlagen wir vor.

• in einer späteren Sendereihe die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg vor allem aus innenpolitischer Sicht darzustellen,
• in drei «Tatsachen-und-Meinungen»-

scher Sicht darzusteilen,

— in drei Artasachen-und-MeinungensSendungen (die jeweils auf die Zweitausstrahlung von Rings' Sendung folgen) ergänzende Diskussionen mit Vertretern verschiedenen Alters und verschiedener Couleur durchzuführen.

schiedener Couleur durchzuführen.
Folgende Fragen bedürfen unbedingt
einer kontroversen Behandlung aus innendenzen Behandlung aus innendenzen Behandlung aus innendenzen Behandlung aus innendenzen Berüften Berüften Berüften mit Fronten, faschistische Tendenzen des Kapitals, korporationsstaatliche Vorstellungen katolisch-konservativer Politiker, die aus der politischwirtschaftlichen Situation entstandenen
«gutschweizerischen» Fronten usw.
2. Linke im Frontenfrühling: Rolle der

Agustaweizenseinen Fronten usw.

2. Linke im Frontenfrühling: Rolle der KPS, Weg der SPS von einer klassenkampfbejahenden zu einer staats- und armeebejahenden Partei, Gewerkschaften und Friedensabkommen usw.

ten und Friedenskommen usw.

3. Kriegsverschonte Schweiz: Ist es das alleinige Verdienst der Armee, dass die Schweiz in den Zweiten Weltkrieg nicht militärisch verwickelt wurde? Spielte die wirtschaftliche Verflechtung mit Hitler-Deutschland eine Rolle?

den auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. SP-Präsident Reinhard monierte am Parteitag 1935, «dass der Faschismus genau das wird, was wir ihn wer-den lassen». Aufgrund dieser Interpretation votierte die SP für eine breite Bündnispolitik mit den «Opfern der Krise», mit Angestellten, Bauern und Kleingewerblern.

Wirtschaftskrise und Politik der Arbeiterklasse

Wir gehen von der Annahme aus, dass das Verhältnis des Kapitals zum Faschismus auch von der Linken mit-bestimmt wird (das heisst vom Aus-mass ihrer Möglichkeiten, das herrmass mer moglichkeiten, das herr-schende Bürgertum zu bedrohen) und können so ihre Rolle und Funktion in den dreissiger Jahren zu bestimmen versuchen.

Eine revolutionäre Linke, die ent-Eine revolutionare Linne, die eineschlossen und fähig gewesen wäre, die in Krise geratene bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben, und damit das Kapital auch zu einem vermehrten Zusammengehen mit dem anti-

sonders krass sichtbar geworden wa-ren, blieb eine Episode. Die Gewerk-schaften kehrten schon in den frühen zwanziger Jahren zu ihrer pragmati-schen und reformistischen Politik zurück. Die Kommunisten wurden durch permanente Säuberungen von der Ge permanente Sauberungen von der Ge-werkschaftsbewegung ferngehalten. Die Ablehnung des Klassenkampfes 1927 und das Arbeitsprogramm 1934, in dem als Ziel für die Arbeiterschaft die Si-cherung eines «möglichst hohen Antielis am Gesamtertrag der Volkswirtschaft» gesetzt wurde, bestätigten nur, was in der Praxis schon vollzogen war. Auch die SPS kehrte trotz einem re-

volutionären Parteiprogramm

In 33 000 Nummern dieser Auflage, die nicht einzeln von Zürich aus per Post verschickt werden, liegt die «NZ am Wochenende» bei, die wir unsern Lesern zur kritischen Lektüre empfehlen möchten.

zur reformistischen Politik zurück. Nachdem 1921 der Beitritt zur Kommunistischen («Dritten») Internationale infolge der «21 Bedingungen» abgelehnt wurde, trat die SPS 1926 wieder der reformistischen Zweiten Internationalen bei. Der endgültige Uebergang von der oppositionellen Klassenpartei zur integrierten, staatliche Verantwortung tragenden Volkspartei erfolgte in den dreissiger Jahren unter der Bedrohung des Faschismus von innen und aussen.

nen und aussen.
1935 revidierten die Sozialdemokra-ten, die als erste entschlossen den Kampf gegen den innern und äussern Kampf gegen den innern und äussern Faschismus aufgenommen hatten, ihr Parteiprogramm. Auf die ØDiktatur des Proletariats» als Mittel zur Erringung des Sozialismus wurde verzichtet, die Landesverteidigung wieder befürwortet. Die Notwendigkeit der Landesverteidigung wurde wie folgt begründet: «Weil die Arbeiterschaft nur kämpfen kann auf dem Boden der Demokratie, ist diese Demokratie es auch wert, verteidigt

se Demokratie es auch wert, verteidigt zu werden gegen ihre Angreifer von aussen» (Reinhard 1935).

Mit ihrer Politik erweiterten Gewerkschaften und Sozialdemokratie gleichzeitig ihre Bündnisfähigkeit zur Mitte hin und schufen die Voraussetzungen für ein Zusammengehen mit mittelständischen Gruppierungen. In der Kriseninitiative, die 1935 knapp verworfen wurde, kämpften Gewerkschaften, Angestelltenverbände, Jungbauern und Jungkatholiken zusammen für die In-

Tenblatt ber Ctebt 3Erld Eidgenossen! Wir haben ein Ziel: Unserer Stadt eine heimatliebende Regierung!

Fackelzug, Samstag, den 23. September 1933

ommonpunktet Christlicheziale Organizationen Spitze Uloqual-Qualheides, 1945 Uhr Nationale Front auf Band für Volk was Hefant i Morattarase, Spitze Saltheiter, 1945 Uhr Eldenfonderlie Front und Band für Volk was Hefant i Morattarase, Spitze Saltheiter, 1945 Uhr Alle übergen Teinheiter (be organizart wier nicht) Spitze Badanstalt Utoquai, 1945 Uhr Preife der Facklein Fr. 6. p. po Stitze.

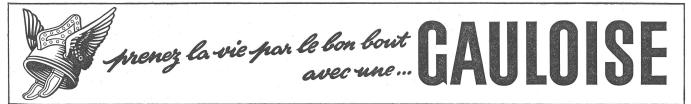
Frildianige Pariei Christlichsoziale Pariei Evangelische Volkspariei Bauers- und Bürgerpariei Nationale Front Bud für Volk und Heimat Eidgenössische Front Jungradikale Bewegung Neue Schweiz Union Civique Ro

Aufruf zu einer vaterländischen Kundgebung.

Zeit grösster ökonomischer Schwäche – durch seine relativ intakte Stellung in Staat und Gesellschaft garantiert. Von den Sozialdemokraten wurde stets weniger ein Grosserfolg der Faschisten befürchtet als eine Faschisierung der bürgerlichen Parteien. Mit Faschisierung ist gemeint eine demokratiefeindliche Politik, die objektiv der Herrschaft des Kapitals dient und eine Schwächung der Arbeiterschaft beab-Schwächung der Arbeiterschaft beab-sichtigt. Die organisierte Arbeiterschaft wehrte sich gegen diese Tendenzen in den bürgerlichen Parteien und Verbän-

sozialistischen Faschismus hätte veran-

sozialistischen Faschismus hätte veran-lassen können, fehlte in der Schweiz.
Die 1921 gegründete kommunistische Partei der Schweiz kam nach einigen Anfangserfolgen nicht über eine margi-nale Position hinaus. Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften waren von ihrer Tradition her nie revolutio-när. Die Radikalisierung der Arbeiter-bewegung zur Zeit des Ersten Welt-kriess. Ablehnung der Landesverteidikriegs – Ablehnung der Landesverteidigung durch die SPS 1917, Generalstreik 1918 – in einer Zeit, als die Widersprüche des kapitalistischen Systems be-



teressen der arbeitenden Bevölkerung. bot) und Gewerblicher Kredit, dazu Auch später kooperierten Teile der Ar-beiterklasse und des Mittelstandes in Uhrenindustrien. «Richtlinienbewegung»

Die Entwicklung des Mittelstandes

Die sozio-ökonomische Entwicklung des Mittelstandes ist für den Erfolg der faschistischen Bewegung von zentraler Bedeutung. In der Schweiz nun gelanfaschistischen Bewegung von zentraler Bedeutung. In der Schweiz nun gelangen dem Faschismus offensichtlich keine grösseren Einbrüche in sein primäres Rekrutierungsfeld. Ein zur Zeit des «Frontenfrühlings» vom Gewerbe selbst gestarteter Versuch mit einer eigenen Front gedieh auch nicht weit: Die vom Berner Regierungs- und Nationalrat und Vizepräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes Fritz Joss gegründete «Neue Schweiz», die vor allem dete «Neue Schweiz», die vor allem den Kampf gegen die «Gottlosen und Kulturbolschewisten» aufnehmen woll-te, wurde bereits 1936 wieder aufgelöst.

Weil die Angehörigen der Mittel-Weil die Angenorigen der Mittels-schichten sich – anders als in Deutsch-land – nur zum kleinen Teil von den schillernden Versprechungen der Fa-schisten anlocken liessen, konnte der Mittelstand vom Kapital auch nicht als ganzer gegen die Arbeiterklasse mobili-sert werden. Der Mittelstand blieb auf-gespalten in verschiedene Grunnen die gespalten in verschiedene Gruppen, je nach ökonomischer Lage und Be-wusstsein ihre eigene Politik betrieben wusstell life eigene Politik betrieben oder sich dem Kapital oder der Arbei-terbewegung (Kriseninitiative; Richt-linienbewegung: Angestellte, Jung-bauern, Jungkatholiken) anschlossen.

Im Gegensatz zu Deutschland fand in im Gegensatz zu Deutschiand fand in der Schweiz in der Zwischenkriegszeit keine wesentliche Deklassierung des gewerblichen Mittelstandes statt. Die Zahl der Selbständigerwerbenden ging von 1920 bis 1941 – ohne Landwirtschaft – nur um knapp 19 000 zurück, sie stieg sogar zwischen 1930 und 1939 um 40 000. um 40 000.

um 40 000.

Dem selbständigen gewerblichen Mit-telstand gelang es, durch seine relative Geschlossenheit die Interessenvertre-tung frühzeitig und wirksam wahrzu-nehmen. Der 1879 gegründete Schweizerische Gewerbeverband blieb konkurzerische Gewerbeverband blieb konkur-renzlos; es entstanden keine weiteren Organisationen, die eine Zersplitterung der Kräfte hervorgerufen hätten. Die 1910 institutionalisierte Eingliederung ins Vernehmlassungsverfahren garan-tierte das Mitbestimmungsrecht in Ge-werbe- und Industriefragen. Daneben war der Mittelstand auch fest in den Bundesratsparteien (FP, BGB, KK) ver-ankert In der Krise konnte er so seine ankert. In der Krise konnte er so seine Interessen über den Bundesrat und das Interessen uner den Bundesrat und das Parlament wirksam wahren: Auf dem Vollmachtenweg erliess der Bundesrat zwischen 1932 und 1935 Schutzmass-nahmen für die am meisten bedrohten Sektoren Hotellerie, Schuhandel und -ndustrie, Detailhandel (Warenhausver-

1936 wertete der Bundesrat den Franken um 30 Prozent ab. Die Lohnund Preisreduktionspolitik des Kapitals und Preisreduktionspolitik des Kapitals hatte versagt, und der Staat tat jetzt das, was wohl den subjektiven Interessen vieler Einzelkapitalisten nicht entsprach, aber objektiv dem Gesamtkapital am meisten nützte. Er glich die Interessen aus und sicherte damit die Herrschaft des Kapitals. Die Exportindustrie konnte sich in der Folge dank der Abwertung und ween der beginne Abwertung und wegen der beginnenden Aufrüstung wieder sanieren.

Das Friedensahkommen

Durch die Abwertung des Frankens war der «Lohnfranken» weniger wert geworden, und in 70 Betrieben der Me-tallindustrie standen Lohnverhandlun-gen bevor. Nachdem durch Bundes-beschluss das Eidgenössische Volkswirt-schaftsdepartement 1936 zum Schieds-richter über kollektive Lohnstreitigkei-ten ernankt worden wer sehen Kenigen. richter über kollektive Lohnstreitigkeiten ernannt worden war, sahen Kapital und Arbeit ihre Tarifautonomie gefährdet. Diese Faktoren wirkten auf eine Einigung nach ATreu und Glauben» hin, zusammen mit andern Faktoren wie der Bedrohung durch den internationalen Faschismus, der Angst der Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit und der Unternehmer vor vernassten Gewinnen bei nehmer vor verpassten Gewinnen bei nehmer vor verpassten Gewinnen bei möglichen Produktionsausfällen. So kam es 1937 in der schweizerischen Metallindustrie zum Friedensabkom-men zwischen Kapitalisten und Arbei-tern. Der Friedensvertrag ist eine Ver-fahrensordnung zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten. Im Zen-trum steht der absolute Arbeitsfrieden, also Verzicht auf Streiße und Aussperalso Verzicht auf Streiks und Aussperalso Verzicht auf Streiks und Aussper-rungen. Dieses Abkommen wurde mög-lich, nachdem die Krise die Ansprüche des Kapitals gemässigt hatte (1929 wurden Verträge mit Gewerkschaften noch abgelehnt). Die Gewerkschaften verkauften vorerst für zwei Jahre, spä-ter für fünf Jahre Dauer ihre «Streik-waffe» gegen bessere Löhne und bes-sere Arbeitsbedingungen. Die Metall-arbeitergewerkschaft und die Unter-nehmer bekamen ohne grössere Annehmer bekamen ohne grössere An-strengungen, was sie nach den langen Krisenjahren wünschten: Vergleichsjahren wünschten: Vergleichs befriedigende Löhne die einen gesicherte Profite die anderen.

Hier wurden aber auch die Grund-Hier wurden aber auch die Grund-lagen gelegt für die Demobilisierung und Entpolitisierung der schweizeri-schen Arbeiterschaft. In der Nach-kriegszeit wurde das Friedensabkom-men zunehmend dogmatisiert und zum Credo der schweizerischen Gewerkschaften erhoben.

1929 hatte die SP erstmals Anspruch auf einen Bundesratssitz erhoben. Ers die zunehmende politische und ideolo

gische Integration in den bürgerlichen Staat in den dreissiger Jahren machte die Sozialdemokratie koalitionsfähig, 1943 erhielt die SP mit Ernst Nobs (ehemals Mitglied der Zimmerwalder Linken!) ihren ersten Bundesrat. Die Fortsetzung und Verstärkung ihrer in-tegrativen Politik in der Nachkriegszeit ermöglichte schliesslich der SP 1959 im Rehmen der Zuberfermel den Erweich Rahmen der Zauberformel den Erwerb eines zweiten Bundesratssitzes.

Die nationalstaatliche Integrationsideologie

Zum Schluss möchten wir noch kurz die Auswirkungen der sozio-ökonomi-schen und politischen Veränderungen der dreissiger Jahre auf die schweirische Ideologie skizzieren. Zwei ideelle Konzepte prägten die Wandlung des herrschenden Gesellschafts- und des herrschenden Gesellschafts- und Staatsverständnisses in Richtung einer volksstaatlichen Integrationsideologie entscheidend mit: erstens einmal konservativ-ständische Ordnungsmodelle, die infolge des durch die Krise aufgezeigten Ungenügens der kapitalistischen Ordnung eine Renaissance erführen und zweitens alteidgenössische Mythan then und Traditionen, die zur Abwehr faschistischer Ideologen reaktiviert wur-

den.
Die Ideen der aus der Krise der Wei-marer Republik hervorgegangenen «konservativen Revolution» – Ableh-«konservativen Revolution» – Ableh-nung des liberalen Parlamentarismus, Befürwortung einer starken, autoritär-aristokratischen Führerschaft, Beto-nung nationaler Werte – fanden schon früh Eingang in den schweizerischen politischen Katholizismus.

Weitern Auftrieb erhielt der Konser Weitern Auftrieb erhielt der Konser-vatismus durch das in der Sozialen-zyklika «Quadragesimo Anno» von 1931 entwickelt, am italienischen Fa-schismus orientierte korporative Gesell-schaftsmodell, das die Aussöhnung der Klassengegensätze in vertikal gegliederten Berufsständen postulierte.

Der konservativ-frontistische Vorstoss 1935 zur Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung im korporativen Sinne wurde zwar deutlich abgelehnt, dennoch fanden die Ideen des Ständestaats auch Eingang in weite Kreise des Bürgertuns. Vor allem der gewerbliche Mittelstand erhofite sicht vor der Muschaftung der Witscheft der Neuordnung der Wirtschaft einen Ausweg aus der Krise.

einen Ausweg aus der Krise.

Die Glorifizierung der eidgenössischen Vergangenheit, die Wiederbelebung urschweizerischer Hirtenmythen, die wissenschaftliche Rehabilitierung Tells usw. dienten vor allem dazu, den faschistischen Ordnungsvorstellungen ein der schweizerischen Tradition errankertes Gesellschaftsideal entgegenzustellen. Interessant ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass zum Teil auf gleiche Kategorien, wie sie auch die faschistische Ideologie verwendet, zurückgegriffen wurde (Heiwendet, zurückgegriffen wurde (Hei-mat, Volk, gesunder Bauernstand; da-mit verbunden eine Ablehnung des Fremden; Reaktivierung nationaler Mythen und Sagen.

Neben der Stärkung der Abwehrbe-Neben der Starkung der Abwehrbe-reitschaft gegen den Faschismus hatte die entstehende volksstaatliche Integra-tionsideologie eine weitere wesentliche Funktion zu erfüllen; die Aufrechterhal-tung des kapitalistischen Systems.

konzept

Herausgegeben von der Redaktion des «zürcher studenten», in Zusammenarbeit mit dem VSS.

Erscheint achtmal jährlich an allen Hochschulen, Technika und Lehrerseminarien der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 36 000.

Autlage 36 000.

Redaktion und Administration: Rämistrase 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon Q (01) 47 75 30. Postscheckkonto 80-35598, Redaktion: Pierre Freimüller, Rolf Nef, Thomas Rüst, Beat Schweingruber.

Die im «konzept» erscheinenden Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Abdruck von Artikeln nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion gestattet. Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-quai 94, CH-8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00, quai 94, CH-8 Telex 55 235.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Post-fach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Sowohl das korporative Modell wie auch das in der Tradition verankerte Staatsideal ideologisieren den Volksbegriff und verschleiern die Klassengegensätze durch deren «Aussöhnung» in der höhern Kategorie «staatliche Gemeinschaft». Der damit erreichte stabilisierende Effekt konnte so auch das herrschende Bürgertum über die von ihm verschuldete Krise hinwegretten. Dies wurde insofern noch erleichten. Dies wurde insofern noch erleichten. ten. Dies wurde insofern noch erleichtert, als die sozialistische Linke mit ihrer Bereitschaft, den bürgerlichen Staat zu verteidigen, auch dessen inte-grierende Ideologie zunehmend rezi-

Hanspeter Messmer | Friedrich Schaller

SSR-Sommerprogramm

Der «Investmentplan» kontra Inflation

Man kann es drehen, wie man will, eine Ferienreise ist in einem gewissen Sinne ein Investment, sei es nun in Bildung, Kenntnisse, Erfahrung oder sonst etwas. Somit publizierte der SSR seit je «In-vestmentpläne». Warum also nicht, fragten wir uns, in diesen inflationären Zeidie Sache beim Namen nennen und n einen «Investmentplan» publizie-

ren?
Max, unser Hofzeichner, hat uns eine
Anzahl Investmenttips und wirtschaftspolitische Stichworte illustriert, die
SSR-Touren- und -Transportleute ver-SSK-1 duren- und - Fransportuette Ver-suchten einmal mehr, nicht nur ein viel-fältiges, sondern auch preislich und qualitativ günstiges Programm zusam-menzustellen.

Mit 80 Seiten Umfang könnte man meinen, dass im SSR-Reiseland die Son-nicht unterzehtt. In die ästliche Bieh-

ne nicht untergeht: In die östliche Richtung mit der Transsibirischen Eisenbahn Zürich nach Yokohama für 1275 von Zurich nach yokonama für 12/5 Fr., mit einem Direktflug der Balair für 1287 Fr. von Tokio via Bangkok nach Zürich zurück; in die westliche Richtung kannst du von Zürich nach Baranquilla (Venezuela) und retour für 1600 Fr. Zurück zum Osten oder zu jenen, die in Hinterindien für wenig Geld nen, die in Hinterindien für weing Gefät wie möchten: Die Tramptour durch Thailand, Malaysia und Singapur vom 11. 7. bis 8. 8. für 2200 Fr. (ex Zürich) entspricht dem, was der SSR unter Billigstreisen versteht. Vom 30. 7. bis 19. 8. führt der SSR eine Reise in die Länder, von Brechens Deltziese und Hader. wo Breschnews Doktrinen und Hanfge-wächse blühen: Ueber Moskau, Buchara, Samarkand, Taschkent geht die ra, Samarkand, Taschkent gent die Reise nach Kabul, der Hauptstadt Af-ghanistans, von wo eine siebentägige Landrover-Expedition auf der alten Sei-denstrasse beginnt, via Moskau dan wieder nach Hause. Kostenpunkt 3465

Gäbe es beim SSR nur solche «Tau-senderreisen», wären die Geldbeutel der übrigen bald überhitzt, ergo haben wir unser Badeferienangebot dieses Jahr

unser Badeferienangebot dieses Jahr fast verdoppelt: Akçay und Alanya an der kleinasiati-schen Küste gehören schon dem «SSR-Badeferienestäblischment» an. Das Ar-rangement für 575 Fr. schliesst den Flug Istanbul retour, vier Tage Aufent-

halt in Istanbul und 10 Tage Aufenthalt in Akçay bzw. Alanya ein. Nebst dem Etablierten offeriert der SSR Badeferien für romantisch Progressive in Maslini-ca/Jugoslawien. Maslinica ist eine roca/lugoslawien, Maslinica ist eine ro-mantische Burg auf einer Insel in der Nähe von Split, Einsamkeit, Pinienwäl-der und Händchenhalten, Flug hin und zurtück, 14 Tage Vollpension sind für 495 Fr. inbegriffen. Die progressiv dy-namischen Wassersportfreunde finden ihr Mekka in St-Florent auf Korsika: 14 Tage Vollpension, diverse Sportarten, Transport hin und zurfück 495 Fr. (ex-Transport hin und zurück 495 Fr. (ex-Transport hir und zurück 495 Fr. (ex-klusive Elektrisch, da keines vorhan-den). Ebenfalls neu sind die Badeferien auf Kreta. Eher für total Abgeschlafte gedacht, bieten sie den Komfort, der von manchen auf den SSR-Reisen ver-misst wird. Inbegriffen im Preis von 865 Fr. sind: Flug Zürich-Heraklion re-tour. 14 Tage Halbension. Zweierbun-865 Fr, sind; Flug Zürich-Heraklion re-tour, 14 Tage Halbpension, Zweierbun-galow mit Veranda, eigener Dusche, WC, Telephon und Radio. Paros ist schon so etwas wie ein Geheimtip, Ruhe zum Beten, Schreiben, Leute kennenler-nen (z. B. den Kitschmaler Nikos Kat-zouros), Schwimmen usw., 14 Tage 555 Fr, Flug Zürich-Athen retour, Halbpen-sion

Den Typen mit Schuhprofil sei die Den Typen mit Schunprofil sei die Araratexpedition empfohlen: 21 Tage 1330 Fr., oder eine Wanderung auf dem Königsweg im Norden Skandinaviens für 1485 Fr. oder zu Fuss durch die Toscana für 335 Fr. In die Oststaaten Toscana für 335 Fr. In die Oststaaten reisen ist nach wie vor fast nur in Gruppen möglich, Für 835 Fr. organisieren wir zum Beispiel folgende Reise: Flug Zürich-Moskau, zwei Tage Moskau, Bahnfahrt Moskau-Leningrad, drei Tage Leningrad, Flug Leningrad-Warschau, zwei Tage Warschau, Flug Warschau, Zürich.

Was weiss man über Südamerika?
Dass irgendwann mal «El Condor Pasa» durch die Hitparade flog? Dass dort etwas offensichtlicher als anderswo mit

durch die Hitparade flog? Dass dort et-was offensichtlicher als anderswo mit dem Dreck am Stecken Politik betrieben wird? Vom 9, 7. bis 3. 8. führt der SSR für 2785 Fr. seine erste Südamerika-reise durch, um Peru und Bolivien zu besuchen, um Diverses zu sehen, natur-farben, nicht druckschwarz. Auf eigene Faust sind die SSR-Städte-

reisen konzipiert: Inbegriffen sind Hinreisen Konzipiert: Inbegriffen sind Him-und Rückreise (meistens per Flugzeug), sieben Uebernachtungen mit Frühstlück: Paris 240 Fr., Athen 470 Fr., Rom 225 Fr., Prag 420 Fr. (Halbpension), London 250 Fr., Split 310 Fr., Amsterdam 305 Fr., Budapest 255 Fr., Wien 245 Fr. Zum Schluss noch für die individuel-len Reiser die SSE/Tensporturgie. Eli-

len Reiser die SSR-Transportpreise, Flüge (nur für vollimmatrikulierte Studenge (nur für vollimmatrikulierte Studenten und Mittelschüler), Preise einfach: Amsterdam 99 Fr., Athen 181 Fr., Barcelona 109 Fr., Dublin 148 Fr., Dubrowik 156 Fr., Edinburgh 143 Fr., Helsinki 249 Fr., Heraklion (Kreta) 211 Fr., Istanbul 185 Fr., Kopenhagen 126 Fr., Korfu 193 Fr., London 107 Fr., Malta 193 Fr., Madrid 156 Fr., Oslo 205 Fr., Paris 75 Fr., Rom 98 Fr., Split 106 Fr., Stockholm 206 Fr., Wien 95 Fr., Tel Avis 285 Fr., Bangkok 777 Fr., Toklo 1287 Fr., New York 550 Fr. (retour 780 Fr.), Südamerika 1600 Fr. (retour). Züge: Amsterdam 70 Fr., Ancona 42

Züge: Amsterdam 70 Fr., Ancona 42 Fr., Barcelona 75 Fr., Budapest 54 Fr., Florenz 33 Fr., Frankfurt 33 Fr., Istanbul 120 Fr., Kopenhagen 100 Fr. London 88 Fr., Monaco 37 Fr., Paris 76 Fr. (return), Rijeka 49 Fr., Rom 47 Fr., Stockholm 160 Fr., Venedig 33 Fr., Wien 45 Fr. 45 Fr.

Verlange das neue SSR-Sommer-/ Herbstprogramm 1973 «SSR kontra In-flation, Investmentplan 73» bei deiner Verkaufsstelle oder beim Hauptsitz, Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich, Telephon (01) 47 30 00.

(René Fehr, Cartoon)



P. S. Vergiss vor lauter Sommer den Frühling nicht. Verlange noch das Win-ter-/Frühlingsprogramm 1972/73.

Abonnent sucht Abonnentin

«konzept» - die Zeitung für kritische Leser, die engagierte Auseinandersetzungen nicht scheuen und die bereit sind, sich auch einmal durch fundierte und umfangreiche Analysen «durchzubeissen».

Abonnement: Pro Jahrgang (8 Nummern) Fr. 8 .- .

Jeder Leser, ob Abonnent oder nicht, der einen Abonnenten findet. erhält ein einjähriges Gratisabonnement.

Ich konnte folgende Person als Abonnenten gewinnen:

Name, Vorname:

Strasse: PLZ, Ort:

Meine Adresse lautet:

Name, Vorname:

Strasse:

PLZ, Ort:

Ich bin schon Abonnent und wünsche, dass mein Abonnement gratis um ein Jahr verlängert wird.* / Ich bin Neuabonnent und wünsche ein Gratis-Abonnement für ein Jahr.*

* Nichtzutreffendes streichen.

Datum/Ort:

Unterschrift:

k 1/8 8.-

Einsenden an:

Redaktion «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Konzentrationsschwäche BIO und Müdigkeit STRATH Aufbaupräparat auf Basis von plasmolysierter Hefe und Wildpflanzen, BIO-STRATH

Entwicklungshilfe oder Profitquelle?

Zur Problematik von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern

Ewige Gerechtigkeit ist ein schö-ner Traum, aber mit Moral baut man nicht einmal im Inlande Eisen-bahnen. Hilferding

Zur Darstellung der wirtschaftlichen Lage eines bestimmten Landes bedient man sich in der Regel des Bruttosoziatprodukts (BSP) oder des Pro-Kopf-Einkommens. Die Entwicklung wird somi an der entsprechenden Wachstumsrate gemessen. Dieser Tatsache erwächste einenten Bedeutung bei der Behandlung der Frage, ob ausländische Direktinvestitionen einen positiven Einfluss auf ein Entwicklungsland ausüben können. Meist kann zwar eine positive Korrelation zwischen Volumen und Intensität der Direktinvestitionen und der Wachstumsrate des BSP und dementsprechend des Pro-Kopf-Einkommens festgestellt werden. Daraus die Notwendigkeit der Direktinvestitionen für ein Entwicklungsland jedoch vorbehaltlos zu bejahen, wäre barer Unsinn. Dass die Privatinvestitionen in Ländern der Dritten Welt zunehmen, hat seine Gründe, auf die im folgenden näher eingegangen wird. Dass das BSP der meisten Länder Jahr für Jahr wächst, hat seine anderen, darunter nicht zuletzt die Inflation. Daher ist das Pro-Kopf-Einkommen ein viel zu grober Indikator, weil es nicht sehr viel über den eigentlichen Lebensstandard aussagt, zudem sind die entsprechenden Statistikken nicht über alle Zweifel erhaben.¹ Als weitere relevante Faktoren könnte man auch den Stahl- und Energiekonsum pro Kopf miteinbeziehen²
oder etwa den allgemeinen Bildungsgrad.

Falsches Bild

Falsches Bild

Von besonderer Bedeutung ist jedoch, dass das Pro-Kopf-Einkommen in einer weiteren Hinsicht ein falsches Bild der Realität abgibt: So wäre es z. B. möglich, aus dem Pro-Kopf-Einkommen zu schliessen, dass Südafrika zu den entwickelten Ländern gehört. Tatsache ist jedoch, dass sich eine weisse Minorität eines der höchsten Lebensstandards der westlichen Welterfreut, während eine Unzahl Farbiger ein menschenunwürdiges Dasein fristet. Aehnliches trifft auch auf den Iran, Portugal, Spanien oder Griechenland zu. Einige Krösusse drücken die Statistiken in die Höhe, was noch lange nicht heisst, dass es der Bevölkerung gutgeht.

guigeht.

In allen Industrieländern wird Unterstützungspolitik als ein Teil der Aussenpolitik verstanden. Unterstützungsmassnahmen erhöhen den Einfluss auf die unterentwickelten Länder. Sweezy hat gesagt, Entwicklung am einen Ende erzeuge Unterentwicklung am naderen Pol. Per Kapitalismus ist nicht mehr lebensfähig ohne Entwicklung, Entwicklung auf Kosten anderer, die sie nötiger hätten, eben der Entwicklungs-länder. Diese Zusammenhänge hat Lenin schon vor längerer Zeit als Imperiolismus bezeichnet. Damals, in den Zeiten des Kolonialismus, wurde die Ausbeutung offen, direkt betrieben. Man wär noch stolz darauf, Heute kann man sich das nicht mehr leisten; das Monopolkapital ist an die Stelle der Militärs und der Handelsgesellschaften getreten. Nach wie vor wird jedoch dasselbe Ziel verfolgt, nur mit grösserem Erfolg und auf diskretere Weise: die eigene Weiterentwicklung. gutgeht.
In allen Industrieländern wird Unter-

Privatinvestitionen für Privatprofite

Das grundlegende Motiv aller Privatinvestitionen ist das Profitstreben. Wir stehen vor der Tatsache, dass sich das Monopolkapital keine weiteren Investitionen in den monopolisierten Industriezweigen im eigenen Land mehr leisten kann, da die Grenzprofitrate niedt geder gar negativ ist. Es werden folglich in Entwicklungsländern Zweigfabriken eröffnet, die verschiedenen Interessen bestens dienen:

Die Investitionen werden vom be-

Die Investitionen werden vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt her am günstigsten plaziert.

 Neue Absatzmärkte wer schlossen, wenn eventuell Marktsättigungen auftreten. werden gewisse

Importrestriktionen von seiten der Entwicklungsländer (etwa aus Zah-

- Amerkungen

 1 vgl. Myrdal G., Politisches Manifest über
 die Armut in der Welt, Frankfurt 1972

 2 vgl. Jalée P., Die Dritte Welt in der Welt,
 wirtschaft, Frankfurt 1969

 2 vgl. Sweezy P., Die Zukunft des Kapitalisverschaft in der Welt,
 problem 1 verschaft des Kapitalisverschaft des kapitalischen Studie
 von Börgel H., Manila 1971

 2 vgl. Strahm R., Industrieländer Entwicklungsländer, Frankfurt 1972

 1 vgl. Strahm R., Industrieländer Entwicklungsländer, Frankfurt 1972

 1 vgl. Schaft des Verschaft 1972

 2 vgl. Schaft des Verschaft 1972

 3 vgl. Schaft et "Bilarag B., Indonesien
 Analyse eines Massakers, Frankfurt 1979

 2 vgl. Schafter K., Bilarag B., Indonesien
 Analyse eines Massakers, Frankfurt 1979

 2 vgl. Schafter K., Rostieb, Die Bedeutung

 2 vgl. Schafter K., Kestieb, Die Bedeutung

 2 vgl. Schafter V. Volkswagen de Brasil,
 m. Blätter des Arbeitszentrums Dritte Welt,
 Freiburg I. Br., Nr. 5, März 1971

 1 vgl. Baran P., Politische Oekonomie und
 wirtschaftliches Wachstum, Berlin 1966



Von Entwicklung kann nicht die Rede

Öltrust in Kanstadt

lungsbilanzüberlegungen) werden auf diese Weise raffiniert umgangen.

- Neue Rohstoffquellen, dringend benötigt, werden erschlossen.
- notigt, werden erschlossen.

 Das Lohnniveau in den Entwicklungsländern ist naturgemäss erheblich
 tiefer als anderswo, folglich kann
 kostengünstiger produziert werden, und
 die Konkurrenzfähigkeit erhöht sich.
- Bodenpreise und Transportkosten sind erheblich günstiger.
- sind erneblich gunstiger.

 Die Investition in Entwicklungsländern ist für Grosskonzerne ein Wachstumsimpuls an sich, da sie die benötigten Kapitalgüter selbst bereitstellen können. Die Abhängigkeit der ersteren verstärkt sich in demselben Mass.
- Eventuell ergeben sich Verwertungs-möglichkeiten für bereits amortisierte Patente.
- Das Gewissen wird beruhigt, indem man der Welt etwas von «Hilfe» vor-schwafelt.
- Es bestehen wesentliche steuerliche Vorteile.

Steuervorteile

Steuervorteile

Entwicklungsländer sind charakteridert durch draatsiche Ungleichheiten in der Einkommensverteilung. Eine kleine Oberschicht, das politische Regime und die Grössen des lokalen Unternehmertums (meist ein und dieselben Kreise) heimsen den erklecklichen Teil des Sozialproduktes für sich ein. 6% der Badbesitzer über 94% des Bodens, in Südafrika 19% Weisse über 73% des BSP. in den Philippinen⁴, in Brasilien 6% der Landbesitzer über 94% des Bodens, in Südafrika 19% Weisse über 73% des BSP. in den Philippinen⁴ in Brasilien 6% der Landbesitzer über 64% des Bodens, in Südafrika 19% Weisse über 73% des BSP. in den Philippinen⁴, in Brasilien 6% politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben deshalb allen Grund, die Direktinvestitionen zu begrüssen, weil, falls überhaupt jemand, dann sie davon profitieren.

Das ausländische Kapital hat seinerseits allen Grund, die herrschenden Regimes zu unterstützen, da hinter den Investitionen erhebliche Werte stecken. Der ITT-Skandal in Chile hat dies wieder einmal mit aller Deutlichkeit bedere einmal mit aller Deutlichkeit bedere einmal mit aller Deutlichkeit be

Regimes Zu unterstützen, da innter den Investitionen erhebliche Werte stecken. Der ITT-Skandal in Chile hat dies wieder einmal mit aller Deutlichkeit bewiesen. Direktinvestitionen tragen folgich politischen Charakter, da sie einer politisch sauberen Lösung entgegenstehen (Umverteilung des Sozialprodukts). Drastische Beispiele sind Angola und Moçambique, Südafrika, Indonesien usw. Die Tendenz findet ihren Ursprung im Kolonialismus: Die Investitionslust ist grösser, das Risiko kleiner, wo konservative Regimes die Zügel fest in den Händen halten. Westliche Unternehmen werden zu sozialen und politischen Reaktionären durch die Unterstützung von diktatorischen Regimes aus purem Eigennutz.

Das herrschende Regime hat, wie gezeigt, alles Interesse an ausländischem

Das herrschende Regime hat, wie gezeigt, alles Interesse an ausländischem
Kapital. Nur zu natürlich, dass es mit
allen möglichen und unmöglichen Mit
eln versucht, den Fluss der Direktinvestitionen ins eigene Land zu vergrössern, obwohl erwiesenermassen Steuerkonzessionen keinen Einfluss auf den
Totalbetrag der Privatinvestitionen,
sondern höchstens auf dessen Verteilung auf die einzelnen Länder ausüben.⁶ Einige dieser Mittel sind:

Steuerferien (Steuerbefreiung für
eine Startperiode, zum Beispiel bis zu 5
Jahren in Indonesien)⁷

Beschleunigte Abschreibung (Ver-

- Beschleunigte Abschreibung (Verminderung des steuerbaren Profits)
- Entwicklungsrabatte (in Prozenten der Gewinnsteuer)
- der Gewinnsteuer)

 Uebertragungsmöglichkeiten von Verlusten aufs nächste Jahr

 Befreiung der ausländischen Manager von der Einkommenssteuer (bei Höchstlöhnen!)

 Kanzesingen bal Importabilion
- Konzessionen bei Importzöllen
 Verzicht auf Gewinnausschüttungs-
- Erlaubnis zur Bildung von steuer-

freien Rücklagen für zukünftige Inve-

treien Rücklagen für zukünftige Investitionen
Mit allen Mitteln wird versucht, Konkurrenzländern die Direktinvestitionen
streitig zu machen. Der Profit geglückere «Aktionem» fliesst in die privaten
Taschen der herrschenden Klasse, für
das Volk bleibt nichts. Schlimmer, es
leidet darunter, da die erwähnten
steuertechnischen Erleichterungen nur
ungenügende Mittel für die Gemeinschaftsausgaben (Infrastruktur, Bildung) übriglassen.

Zum Gewinntransfer

Zum Gewinntransfer

Wo trotz den beschriebenen Steuererleichterungen noch sichtbare Gewinne entstehen, bieten sich den Grossunternehmen genügend Möglichkeiten,
diese zu vertuschen. Einerseits verfügen sie über das Know-how, die Gewinne möglichst klein erscheinen zu
lassen. Tricks, die sich in den westlichen Ländern bewährten (Rücklagen,
stille Reserven durch buchmässige
Ueberbewertungen der investierten
Kapitalwerte und der Produktionsfaktoren Arbeit und Robstoffe), können in
einem Entwicklungsland bedeutend risikofreier angewendet werden. Zudem
bietet die allgemein verbreitete Korruption immer Notwentile. Wird esjedoch unumgänglich, Gewimne auszuweisen, so werden sie schamlos
in steuertechnisch günstigere Länder
transferiert. Dies mittels Import- und
Exportgeschäften zu fiktiven, unverhältnismäßsig hohen respektive niedrigen Preisen via eigene Tochtergesellschaften. Auch bleiben Möglichkeiten
offen, Gewinne durch eigene Versicherungs- und Transportgesellschaften zu
transferieren.

Mit derartigen Manipulationen de
maskieren sich die kapitalistischen

rungs- und Transportgesellschaften zu transferieren.
Mit derartigen Manipulationen de maskieren sich die kapitalistischen Länder: dies ist Ausbeutung in Reinkultur, Vorenthaltung eines Teils des geschuldeten Anteils des Entwicklungslandes an den geförderten Rohstoffen, an der bereitgestellten Infrastruktur. Dass es jedoch in extenso geschieht, beweisen folgende Zahlen: 1960–1966 wurden von den USA 2,7 Mrd. \$ in Lateinamerika investiert. Die Rückflüsse betrugen 8,3 Mrd. \$.5 Die Rückflüsse in die USA aus den Entwickflüsse in die USA aus den Entwickflusselsen sich kann betranschaften.

frastruktur des Landes zu verbessern und die Bevölkerung zu bilden,

... für den grossen Bluff

... für den grossen Bluff

Warum sich die Entwicklungsländer (besser gesagt: deren herrschende Klasse) um Investitionsgelder bemühen, haben wir bereits hinreichend kommentiert. Die Festigung der bestehenden Machtstrukturen oder die Bereicherung der herrschenden Clique als Entwicklung zu bezeichnen wäre Vermessenheit. Entwicklungseffekt im eigentlichen Sinne entsteht nicht aus Direktinvestitionen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen geschieht lokal und meist in der Nähe bestehender Zentren (wo die Infrastruktur bereits vorhanden ist). Nicht nur, dass daraus dem Grossteil der Bevölkerung kein Nutzen erwächst, schlimmer, die Landbevölkerung wird dadurch veranlasst, ihre halbwegs gesicherte Existenz aufzugeben, und emigriert in die Grossstädte. So entstehen Heere von Arbeitslosen, die in den Slums am Rand der Metropolen vegetieren. Inve-

vom Westen übernommen werden. Dies wirft ja auch noch etwas ab... Normalerweise werden Rohstoffe und Halbfabrikate exportiert, da dies die Investoren günstiger zu stehen kommt, also kann sich keine eigentliche verarbeitende Industrie bilden.

Da der Lebensstandard eines Volkes von der Beschäftigungslage und der Einkommenshöhe abhängig ist und die Analyse dieser Punkte keine positiven Resultate zeigt, kann er nicht mit Direktinvestitionen gehoben werden, Ebenso fehlen die positiven Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Die Verbesserung der Infrastruktur wird selbst von Befürwortern der Direktinvestitionen angezweifelt. Generell ist zu sagen, dass Ausgaben für Infrastruktur immer den momentanen Interessen der ausländischen Firmen diennen und daher von allfälligen nationalen Pilanungen abweichen. Es werden lokale Zentren rund um die Produktionsstätten mit infrastrukturellen Netzen umgeben, die er Produktion, nicht den Bedürfnissen der Nation geschweige des einzelnen Bürgers dienen. Dies gilt für Strassen,

WIRTSGHAFT

stitionen im Bergbau- und Erdölsektor – die den Löwenanteil der US-Direktinvestitionen in Asien und Lateinamerika darstellen – sind zudem sehr kapitalintensiv und führen nicht zur Anstellung vieler Arbeitskräfte. Ueber die negativen Auswirkungen für die lokale Industrialisierung – einheimische Unternehmen werden von den fremden Giganten geradezu erdrückt – werden allfälige positive Wirkungen wieder zunichte gemacht. Die Investitionsgüter selbst werden meist aus den industrialisierten Ländern importiert, damit fällt ein Anreiz zur zusätzlichen Beschäftigung dahin.

Das immer wieder vorgebrachte Argument vom gesicherten Einkommen wird bereitst teilweise durch die vorangegangenen Ueberlegungen widerlegt. Es profitiert nur ein minimaler Teil der Gesamtbevölkerung. Zudem sind die Löhne ausserordentlich niedrig, und das ausländische Kapital passt sich dem herrschenden Niveau mit Freuden. Es wird kostengtinstiger produziert. Es wird kostengtinstiger produziert, die internationale Konkurrenzfänigkeit erhöht sich. Oft besteht auch für die Firma ein Zwang, sich in unterentwik-

Energie- und Kommunikationsnetze wie auch für Bildungsstätten.

Bildungsmisere

Bildungsmisere

Die Vermittlung von Bildung und Know-how muss ausbleiben, wenn, wie dies meist der Fall ist, die leitenden Angestellten im Mutterland rekrutiert werden. Die Bildungsinvestitionen des Monopolkapitals beschränken sich folglich auf die niedere Stufe. Auch dort sind sie, sofern überhaupt vorhanden, so konzipiert, dass sie vorerst den Bedürfnissen der Firmen und nicht der Bevölkerung gerecht werden. Elementarschulen werden höchstens noch von Missionen errichtet. Es liegt auf der Hand, warum Grossfirmen generell nicht an einer umfassenden Bildung interessiert sind: Erziehung im eigentlichen und wirtschaftlichen Sinne zieht einen Sensibilisierungsprozess nach sich, die herrschenden Machtverhältnisse würden gefährdet. Ganz krass stellt sich dieser Aspekt in Südafrika zur Schau.

zur Schau.

Die anhaltende Misere lässt sich unter anderem stark auf die mangelnde Bildung zurückführen. Myrdal zeigte eine Korrelation zwischen Bildungsquote und wirtschaftlicher Entwicklung auf.¹ Die Massenausbildung auf der Grundschulstufe wird von den Regierungen und ausländischem Kapital bewusst – und aus denselben Gründen (Sensibilisierung) – blockiert. Die Universitäts-Outputs sind teilweise überproportional, die Züchtung von konformen, unkritischen Managern ist ein proportional, die Züchtung von konformen, unkritischen Managern ist ein Hauptziel. Dies führt – nebenbei gesagt – zu ausgesprochenen Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt: Ein Ueberangebot an nutzlosen Philologen, Juristen und Sozialwissenschaftern steht einem Mangel an Ingenieuren, Landwirtschaftsexperten, Technikern, Aerzten und Lehrern gegenüber.

Die hier vorgebrachten Ueberlegungen lassen nur einen Schluss zu: Privatinvestitionen tragen äusserst selten zu einer geordneten Entwicklung der Länder der Dritten Welt bei. Im Normalfalle dürfte es sich vielmehr umgekehrt verhalten: ein hemmender Einluss auf die eigene Industrialisation, auf die Höhe der Steuereinnahmen und die Stabillisierung und Unterstützung einer korrupten Regierung werfen das Land bezüglich seiner Entwicklungsanstrengungen um Jahre zurück. Vermessen ist es, da noch von «Hilfe» zu sprechen.

Richard Ritter, St. Gallen

solange es nur den einen auf Kosten der anderen besser geht. Slums von Woodstock bei Kapstadt

lungsländern liegen bedeutend über dem Durchschnitt derjenigen aus allen amerikanischen Auslandinvestitionen. In Kanada wurden 1963 an US-Kapital insgesamt 13 044 Mio. \$ investiert, die transferierten Gewinne betrugen 476 Mio. \$. Die Zahlen für Europa lauten 109 340 Mio. \$ und 526 Mio. \$. Demgegenüber wurden in Latein-amerika nur 8662 Mio. \$ und in Asien gar nur 2793 Mio. \$ investiert, aber 801 respektive 1017 Mio. \$ erbeutet!* Sweezy hat gezeigt, dass sich die US-Direktinvestitionen zu einem Drittel auf die Länder der Dritten Welt, zu zwei Dritteln auf den Westen erstrekken, dass sich aber die Rückflüsse umgekehrt verhalten.

Rechtfertigungen . . .

Direktinvestitionen werden von den Industrieländern als Entwicklungshilfe bezeichnet, obwohl, wie gezeigt, der Masse dadurch nicht geholfen wird. Das Monopolkapital zieht einen ungeheuren Nutzen daraus, der Entwicklungseffekt ist jedoch alles andere als bewiesen. Zur Rechtfertigung werden üblicherweise folgende Punkte aufgeführt:⁹

- Die zu entwickelnden Nationen be-mühen ich selbst um Direktinvestitio-

Direktinvestitionen schaffen Arbeits-

- Direkthivestunden schafert Arbeitsplätze und verhelfen breiten Kreisen zu
einem regelmässigen Einkommen,
- Sie wirken stimulierend auf Handel
und Gewerbe.
- Sie heben den Lebensstandard und
erhöhen dadurch die Steuereinkünfte
des Staates.
- Sie helfen mit im Bestreben, die In-

kelten Ländern niederzulassen, da die Konkurrenz bereits billiger arbeitet. Der Anteil der Lohnsumme am Gesamtumsatz bei der VW do Brasil beträgt 6-7%, verglichen mit 28-30% bei der deutschen Mutter-10 Die leitenden Angestellten werden im Mutterland rekrutiert, wobei die relativ hohen Löhne nicht einmal im Arbeitsland ausgegeben werden, also volkswirtschaftlich nicht wirksam werden. Ein Holländer vertraute mir in Kapstadt an, dass er nach sechs Jahren Tätigkeit Südafrika mit einem Barvermögen von 300 000 Gulden verlasse.

Oft wird ein Teil des Lohnes in

300 000 Gulden verlasse.

Oft wird ein Teil des Lohnes in Naturalien ausgeschüttet, in Südafrika ist das Tot-(Hohlmass-)System weit verbreitet: Ein Teil des geschuldeten Betrags wird wöchentlich in Wein abgegeben, die Farbigen fallen nach und nach der Trunksucht anheim, geraten in immer stärkere Abhängigkeit vom Arbeitgeber und werden schliesslich gegen neue, unverbrauchte Kräfte ausgewechselt. Zudem setzen die Farmer ihre minderwertige oder überschüssige Produktion auf diese Weise ab.

In Wirklichkeit negativ

Inlandbezogene Direktinvestitionen bilden Imperien mit grosser Konlurrenzkraft, unerreichbar für die lokale Industrie. Diese geht allmähilch zugrunde, an die Stelle des gepriesenen stimulierenden Erfekts tritt der schleichende Tod.¹¹ Auslandbezogene Direktinvestitionen, ausgerichtet auf Rohstoff- und Agrarproduktexport, vermögen keine Industrie zu generieren, das selbst Versicherung und Seetransport

Zürichs grösste Auswahl



Gratisanpassung

Legi 5% Rabatt

Auswahlen in die ganze Schweiz

Stellen Temporär-Stellen und Dauer-

Heilpädagogische Vereinigung Rheintal

Wir suchen auf kommendes Frühjahr (Schulbeginn 23. April 1973) für unsere Heilpädagogische Tages-schule Heerbrugg

zwei Lehrkräfte

wenn möglich mit heilpädagogischer Ausbildung (kann eventuell in berufsbegleitenden Kursen erwor-ben werden).

Gut eingerichtetes Schulhaus, angenehmes Arbeits-klima, 28 Wochenpflichtstunden, kleine Gruppen (sechs bis acht Kinder).

Gehalt: das gesetzliche, plus Orts- und Sonderschul-

Anmeldungen sind erbeten an den Präsidenten der Heilpädagogischen Vereinigung Rheintal, Lehrer Louis Kessely, 9435 Heerbrugg, Tel. (071) 72 23 44 oder (071) 72 23 37.



Unsere Gemeindeschule sucht

1 Sekundarlehrer(in)

sprachlich-historischer Richtung

1 Primarlehrer(in)

Eintritt Mitte Mai 1973.

Auskunft erteilen gerne Sekundarlehrer Berger und Danuser oder der Schulrat.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an:

DR. K. HERWIG, 7050 AROSA.

Für die neu geschaffene **Dokumentationsstelle** innerhalb der Anzeigenabteilung unseres Verlages suchen wir auf das Frühjahr 1973

junge Dame oder Herrn

mit Volkswirtschaftsstudium und Freude an der Organisation.

Aufgabenbereich:

- Aufgabenbereich:

 Redaktionelle Betreuung des wöchentlichen Informations-Bulletins der Abteilung

 Verfassen von Branchenberichten

 Ausbau der Dokumentationsstelle zur zentralen Informationsstelle innerhalb der Abteilung

 Lesen und Auswerten von Fach- und Wirtschaftszeitschriften und wichtigen Tageszeitungen

 Zusammenstellen von gezielten Dokumentationen für die Anzeigen-Leitung, Anzeigen-Planung und für die Verkaufsberater.

- Selbständigkeit und Verantwortung
 Leistungsgerechten Lohn und zeitgemässe Sozialleistungen
- Betriebseigene Kantine.

Gerne erwarten wir Ihre Bewerbung oder Ihren Anruf.

RINGIER & CO AG, Anzelgen Abteilung, 4800 Zofingen. Telephon 062/51 01 01 (Hr. Christoph Ringier oder Hr. W. Gerber).

Im Zuge des weiteren Ausbaus sucht das IFK Institut für Kommunikationsforschung zur Ergänzung seines For-schungsteams wissenschaftliche Mitarbeiter:

Psychologen

mit Kenntnissen und Erfahrungen im Bereiche der

empirischen Sozialforschung

so in Meinungs-, Motiv- und Medienforschung.

Wir erwarten von Ihnen fundierte Sach- und Methoden-kenntnisse, damit Sie selbständig Projekte bearbeiten und leiten können.

Wir bieten Ihnen eine vielseitige und ausbaufähige For-schungstätigkeit, die von Ihnen Tatkraft und Bereitschaft zur Zusammenarbeit verlangt.

IFK Institut für Kommunikationsforschung Dr. Thomas N. Stemmie Dufourstrasse 179, 8008 Zürich Telefon 01 / 55 05 88



Kanton Basel-Landschaft

Die Realschule Gelterkinden sucht auf Frühjahr 1973

1 Reallehrer(in) phil. I

wenn möglich mit Französis

1 Reallehrer(in)

beliebige Fächerkombination

Es ist auch die Uebernahme von einem oder zwei Teilnensen möglich

Gelterkinden: Zentrum des Oberbaseibiets, vorzügliches Klima, gute Schulungsmöglichkeiten (Gymnasium und Seminar Liestal, Universität Basel), gute Verkehrslage, neues Hallen-Freibad.

Unsere Schule: 16 Klassen, 6.-9. Schuljahr, Anschluss an Gymnasium etc. oder Abschluss, modernes Schulhaus in schöner Lage mit Neubau zur Erweiterung, sehr stabile Schulverhältnisse.

Besoldung kantonal neu geregelt. 27 Pflichtstunden. Auswärtige Dienstjahre werden angerechnet. Verlangt werden mindestens 6 Hochschulsemester.

Auskünfte über den Schulbetrieb erteilt Ihnen der Rektor der Realschule, Herr Hans Wullschleger-Jenzer, Föhrenweg 6, 4460 Gelterkinden, Telephon 06/1991712.

Gerne erwarten wir Ihre Anmeldung mit den üblichen Unterlagen **möglichst** bald an den Präsidenten der Realschulpflege, Herrn H. Pfister-Husmann, Berufsberater, im Baumgärtli 4, 4460 Gelterkinden.

Schulgemeinde Horgen

Auf den Beginn des neuen Schuljahres im Frühling 1973 sind an unserer Schule neu zu besetzen: je eine Lehrstelle an der 3 Lehrstellen an der Realschule

- 1 Lehrstelle an der Oberschule 2 Lehrstellen für die Sonderklassen B Unter- und Mittelstufe

Die Besoldung entspricht den kantonalen Höchstansätzen. Auswärtige Dienstjahre werden angerechnet. Die Lehrkräfte sind bei der kantonalen Beamtenversicherungskasse versichert.

Ferner suchen wir eine Lehrkraft für eine

Uebergangsklasse für fremdsprachige Kinder der Mittel- und Oberstufe.

Mit dieser Klasse setzt sich die Schulpflege das Ziel, den Ausländerkindern durch intensiven Deutschunterricht — während einer Ubbergangsperiode von 6 bis 12 Monaten — den Anschluss an eine Normalklasse zu ermöglichen. Für den Lehrer oder die Lehrerin sind daher
sehr gute Italienischkenntnisse Voraussetzung. In die Uebergangsklasse
sollen in 2 Abteilungen total höchstens 20 Schüller aufgenommen werden.
Die Besoldung entspricht der Ausbildung des Bewerbers (Primar- oder
Oberstufe). Bei der Festsetzung der anrechenbaren Dienstjahre wird die
Ausbildung und die bisherige Tätigkeit des Bewerbers (brücksichtigt,
Der Stelleninhaber kann bei der kantonalen Beamtenversicherungskasse
versichert werden. Die Bewerbung um diese Stelle steht auch ausländischen Interessenten offen.
Bewerber werden gebeten, ihre Anmeldung mit den üblichen Unterlagen an das Schulsekretariat Horgen, Gemeindehaus, 8810 Horgen, zu
richten. Mit dieser Klasse setzt sich die Schulpflege das Ziel, den Ausländer-

Stark expandierendes, in 14 Ländern Europas tätiges Schweizer Unternehmen auf dem Gebiet der Weiterbildung mit Stammhaus in Zürich sucht zu rasch-möglichstem Eintritt

Leiter der Schulabteilung in Italien auf Direktionsbasis

Geschäftssitz in Como. Wohnsitz in Italien nicht erforderlich

Wir erwarten:

Pädagogische Grundausbildung. Ausgesprochenes Organisationstalent. Befähigung, eine bereits bestehende Schulorganisation weiter auf- und auszubauen. Freude an reger, instruktiver Reisetätigkeit in ganz Italien. Verhandlungsgeschick. Beherrschung der deutschen und italienischen Sprache in Wort und Schrift, Idealalter zirka 30 Jahre.

Wir bieten:

Ausbaufähige Lebensexistenz. Den Anforderungen entsprechend hohes Salär. Gründliche Einführung in Zürich. Ständige Unterstützung durch das Schweizer Stammhaus. Enge Zusammenarbeit mit Verkaufs- u. kaufmännischer Direktion.

Interessenten, welche den hohen Anforderungen dieser verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sind, wenden sich an:

Typomatic Holding AG Stampfenbachstrasse 61, 8035 Zürich Telephon 01 / 28 94 97



Haben Sie Interesse am Auf- und Ausbau einer EDV-Abteilung und der Prozesssteuerung?

Sind Sie junger ETH-Absolvent mit passender Studienrichtung und wünschen Sie sich eine intensive Weiterbildung?

Wenn Sie diese Fragen mit JA beantworten, können wir Ihnen einen äusserst interessanten, selbständigen und lehrreichen Arbeitsplatz anbieten.

Wir suchen nämlich einen

Abteilungsleiter

für EDV-Prozesssteuerung und allgemeine EDV-Anwendung

der unsere Aufgaben nach Einarbeit selbständig und dynamisch löst, wozu ihm eine moderne und leistungsfähige EDV-Anlage zur Verfügung steht.

Unser neuer Mitarbeiter soll sich neben dem Betrieb der Anlage im besonderen der Entwicklung von Prozessüberwachung und Prozesssteuerung widmen. Wir wünschen ihn uns aufgeschlos-sen, beweglich und fähig.

Wir sind eine führende Unternehmung der kunststoffverarbeitenden Industrie von mittlerer Grösse mit Standort in Lenzburg, Ihr Anruf in unserer Verkaufsorganisation in Zürich, Telephon (01) 27 21 33 (Sachbearbeiter K. Mäder), oder ein Schreiben würde uns freuen.

SYMALIT AG, 5600 Lenzburg

Studenten arbeiten Securitas-Wächter

Einsatzmöglichkeiten:

Nebenbeschäftigung im stundenweisen Einsatz an Veranstaltungen aller Art.

Nebenbeschäftigung während einzelner Nächte über längere Zeit.

Vollbeschäftigung als Nachtwächter während mindestens vier Wochen.

Kurzfristige Vollbeschäftigung im Ordnungs- und Kontrolldienst an Ausstellungen.

Unser Personalchef orientiert Sie gerne über unsere Anstellungs-bedingungen.

SECURITAS AG

Schweizerische Bewachungsgesellschaft Filiale Zürich Militärstrasse 24 8021 Zürich, Telefon (01) 39 33 11 (auch zuständig für Baden, Brugg, Rapperswil und Uster)

Filiale Luzern, Hirschenmattstr. 25 6000 Luzern, (041) 22 42 66 (auch zuständig für Glarus, Zug, Aarau und Olten)



Zehn Punkte zu zehn Porträts:

Staatsschutz privat

Nicht nur Bundesanwalt und Polit-Polizei schützen die Schweiz (siehe Januar-(konzept»). Auch Private steigen zum Wohle einer antisozialistisch-prokapitalistischen Eidgenossenschaft auf Barrikaden. Rechte Hilfstruppen von bezahlten Werbebüros bis zu überzeugten Staatsbürgern führen einen «Klassenkampf von oben» – mit Zeitschriften, Vorträgen, Public Relations oder auch Spitzeln. Dieser rechte «Hintergrund» verfügt im Gegensatz zum Jinken «Untergrund» über gesellschaftliche Macht.

1. Die untenstehenden Porträts berücksichtigen einige Hilfstruppen, nicht aber die eigentlichen Machtträger des politisch-wirtschaftlichen Systems Schweiz: die als Bürgerblock agierenden Rechtsparteien und die mächtigen System verteidigen oder rechtfertigen. Schweiz: die als Bürgerblock agierenden Rechtsparteien und die mächtigen
Spitzenverbände des Kapitals (der Vorort des Schweizerischen Handels- und
Industrievereins, der Zentralverband
der Arbeitgeberorganisationen und der
Gewerbeverband). Es fehlen auch die
Gruppen, denen zum Teil bloss Kuriositätswert zukommt: die Pro Veritate,
die seit [21] mit Uhrertitzung einiger die seit 1971 mit Unterstützung einiger Nationalräte für entsexte und «christ-lich beeinflusste» Massenmedien sowie für die «von Gott gegebene Sittenord-nung» kämpft; die 1956 zur «Erhaltung der schweizerischen Demokratie» und zum «Schutz gegen fremde, staatsgeführdende Ideologien» gegründete Pro Libertate; die einer «christlich-abendlün-dischen Weltordnung» nachtrauernde Wilhelm-Röpke-Gesellschaft; Pfarrer Wurmbrands Märtyrerkirche mit Sitz bei Thun; Herrn Rahms Hallauer Memopress; oder das von den Initian-ten der Schweizerischen Studenten-Zeiten der Schweizerischen Studenten-Zeitung bis vor einem Jahr herausgegebene «Abendland», das zu Lebzeiten für den Fall eines PdA-Wahlsieges «einer Minderheit (z. B. SOG) dos Recht, ja die Pflichtb zusprach, «eine Machtübernahme der Kommunisten gewaltsam zu verhindern».

2. Die hier knapp porträtierten Hand-langer der formaldemokratisch abgesi-cherten kapitalistischen Gesellschaft sind auf einem oder auf beiden der fol-genden Gebiete tätig: Eingreifen in

Insgesamt sorgen die Gruppen dafür, dass die Ansichten der Herrschenden die herrschenden Normen bleiben.

3. Die in der Oeffentlichkeitsarbeit tätigen Organisationen wenden sich an tatigen Organisationen wenden sich an unterschiedliche Zielgruppen. Während Organisationen wie SAD und IPZ auf Personen mit Multiplikatorwirkung zielen (Politiker, Lehrer, Instruktoren, Journalisten, Kaderleute der Privatwirtschaft), ist das Zielpublikum anderer Gruppen unbegrenzt. Beispiele: Diskussion Allzemeine Schweizerische Mili-Allgemeine Schweizerische Mili-tschrift, Trumpf Buur und vor sion, Allgemeine Schweizerische Mili-tärzeitschrift, Trumpf Buur und vor allem die spk (Devise: «Die bürgerliche Politik positiv beleuchten und die negativen Seiten der sozialistischen Staatswirtschaft kommentieren»).

4. Will man die Dienstleistungsbetriebe 4. Will man die Dienstleistungsbetriebe der Herrschenden einordnen, so erwei-sen sich folgende Testfragen als nütz-lich: Arbeiten sie mit staatlichen (z. B. militärischen) Stellen zusammen? Han-deln sie im Auftrag gesellschaftlicher Machträger? Sind sie als autonome Gruppen überzeugter Staatsbürger – jedoch objektiv im Dienste der Herr-schenden – tätig? Handelt es sich um fanatische Eiferer ohne grosse Wir-

5. Ueber die verbreiteten Doppelmit-gliedschaften hinaus arbeiten einzelne der selbständig operierenden Gruppen

seit Jahren eng zusammen (oder aus taktischen Gründen getrennt und arbeitsteilig). Die spk-Spitzen treffen sich wöchentlich mit Vertretern von Vorort und wf zu Koordinationssitzungen. Das Redressement strebt eine wirksamere Zusammenarbeit mit andewirksamere Zusammenarbeit mit anderen «Widerstandsorganisationen» an (zu denen bereits jetzt regelmässige Kontakte bestehen). Es möchte zusamen mit wf, SAD, SOI, AfD und VFWW eine Vereinigung für korrekte VFWW eine Vereinigung für korrekte oder saubere Information gründen.

«Wir haben deshalb vor sechs Monaten mit den wichtigsten Widerstandsorganisationen Besprechungen durchgeführtp, ist im mittlerweile berühmten Protokoll der RN-Ausschusssitzung vom 12. Januar 1972 nachzulesen.

«Bekümpfung der Subversion und Disinformation unsenigend ist und dass his rampjung der Suoversion und Disnjor-mation ungenügend ist und dass bis jetzt im Zusammenhang mit der Zutei-lung von gewissen Geldern seitens der wir an diese Organisationen eine Koor-dination in eher bloss restriktiver Art betrieben wurde. Heute ist die Zeit ge-kommen, wo wir offensiv koordinieren müssen» müssen »

 Die meisten privaten Staatsschutz-vereinigungen wurden in vier Schüben geboren: im Frontenfrühling der dreis-siger Jahre und im Zweiten Weltkrieg (RN, wf), zu Beginn des kalten Kriegs nach 1945 (SAD, SOI, Trumpf Buur), nach der resieschen Intervention in Un-pach der resieschen Intervention in Unnach der russischen Intervention in Un garn 1956 (Heer und Haus, intern-inforgarn 1956 (Heer und Haus, intern-infor-mationen, Pro Libertate) und in den sechziger Jahren (IPZ, Aktion für Men-schenrechte), die gekennzeichnet waren durch das Abklingen des kalten Krie-ges und durch die Jugendrebellion. Der erste und der vierte Schub erklären sich eindeutig aus der innenpolitischen Konstellation. Ob auch beim dritten und beim vierten Schub die aussenpoli-tischen Ergimiese bloes willkommen tischen Ereignisse bloss willkommene tischen Ereignisse bloss willkommene Anlässe für Antilinkskampagnen im eigenen Land abgaben, müsste eine Analyse des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit in diesen Jahren zeigen. Sind die Gründungen Symptom der Erstarrung oder der Gärung?

7. Die Aktivität der Gruppen profitiert von der jahrzehntelang gehätschelten

Schweizertümelei: Landi 1939, kalter Krieg und Restauration, geistige Lan-desverteidigung, Zivilverteidigungsbuch usw. Gemeinsam ist dieser selbstgefälligen Tradition die Ganzheitsideologie: die Betonung des volksverbindenden die Betonung des volksverbindenden Ganzen vor den trennenden Interessengegensätzen. Erstaunlich und einer näheren Untersuchung wert ist die Gradlinigkeit mit der das Redressement vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg unter jeweils veränketten. Beitstenerause auch der Kentderten Bedingungen gegen den Sozia-lismus und für das Privateigentum kämpfte.

8. Das lange Zeit erfolgreiche Wirken der staats- und systemerhaltenden Gruppen zeugt vom desolaten Zustand der schweizerischen Linken, die die antisozialistischen Kampagnen (mit dem Höhepunkt im Jahr 1956) nicht verhin-dern konnte oder wollte. Prominente

werden mehr und mehr durch Gruppen abgelöst, die nur noch den «inneren Feind» bekämpfen. Dieser Wandel ist reinen bekampten. Dieser wandet ist weitgehend auf veränderte Interessen des Kapitals zurückzuführen: a) Die Aussicht auf einen wachsenden Ost-handel verlangt eine aufgeschlossenere Aussenpolitik gegenüber den Oststaa-ten, b) Wirtschaftspolitische Interven-tienen des Kaatse Führer wen den tionen des Staates, früher von den Kampfverbänden des Kapitals mit an-tietatistischen Parolen bekämpft, wertietatistischen Parolen bekämptt, wer-den heute von der gleichen Seite gedul-det oder gar gefordert. c) Die Angst vor einer wachsenden sozialistischen Bewegung veranlasst die rechten Hilfs-truppen, die antisubversive Front in Politik, Armee und Wirtschaft auszubauen.

10. Die jüngste Entwicklung im anti-subversiven Lager lässt deutlich zwei entgegengesetzte Strategien erkennen:



Sozialdemokraten und Gewerkschafter Sozialdemokräten und Gewerkschafter gehören seit den Gründertagen zu den Führungsgremien von SOI und SAD (der seine Tagungen abwechslungs-weise in Kasernen und SMUV-Ferien-zentren abhält). Der bürgerliche Trip einzelner SP-Exponenten und die an dauernde Theorielosigkeit der können durch die Entwicklung während der nationalsozialistischen Bedrohung teilweise erklärt, jedoch nicht entschul-digt werden (vgl. den Leitartikel dieser

9. Die antikommunistischen Gruppen die in den ersten 15-20 Jahren nach Kriegsende den Kampf gegen den Ost-block geschickt mit dem Kampf gegen Sozialisten im Landesinnern verbanden,

Abwehr bzw. Integration. Ganz der Abwehr vermeintlicher Gefahren verschrien sind auch heute Gruppierungen wie AfD/IPZ. Beim SAD hingegen ist der defensive Antikommunismus der Gründerzeit einer massvoll-systemim-Gründerzeit einer massvoll-systemim-manenten Oeffnung gewichen. Man hat erkannt, dass ein flexibler Pluralismus systemerhaltender wirkt als frontenver-stärkende Abwehr. Anstelle der ADikta-tur der Mehrheit» wird deshalb die In-tegration von Minderheiten propagiert. «Der SAD muss sich bemülnen, die An-liegen von Minderheiten frühzeitig zu liegen von Minderheiten Jrühzeitig zu erkennen und zu verstehen.» Oder: «Minderheiten sollen ihre legitimen Be-dürfnisse im Rahmen einer sinnvollen Eigenständigkeit vertreten können.» Jürg Frischknecht

spk

Schweizerische Politische Korrespondenz. Presseagentur «zur Abwehr Schweizerische Politische Korrespondenz Presseagentur «zur Abwehr wesensfremder, staats- und wirtschaftsgefährdender Tendenzen». 1917 gegründet als Instrument der Wirtschaft, die auch heute direkten Einfluss ausübterreicht 200 meist kleine Zeitungen. Trägerverein mit rund 200 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Presse (darunter von Moos, Celio, Gnägi sowierund 30 Parlamentarier). Präsident: FdF-Ständerat Ulrich Luder («Solothurner Zeitung»). Direktor: Josef Jäger, oft Pressechef bürgerlicher Abstimmungskomitees. Zentrale in Bern, Wirtschaftsredaktion in Zürich.

«intern-informationen»

«intern-informationen»

«intern-informationen»: wöchentlich
aus einer Berner Druckerei an 2000
meist bundesdeutsche Abonnenten verschickter «Internationaler politischer
Hintergrund-Diensts mit Schwerpunkt
BRDIDDR(Ostblock («nicht zur Veröfjentlichung»). Jahresabonnement der
jeweils 7 A 4-Seiten: rund 180 Franken. Die «dib werden seit 18 Jahren
vom kriegsinvaliden Strauss-Fan Hernann Rössler in Daun in der Eifel redigiert. Ende 1971 übernahm der in
Goldswil bei Interlaken niedergelassene
deutsche Publizist Karl Friedrich Grau
das Management und verschob Verlag
und Druck in die Schweiz. Als Herausgeber fungiert die dazu gegründete «Internationale Studiengesellschaft spolitische Oeffentlichkeitsarbeit) (Postfach 160, 3800 Interlaken). Als Gesellschaftspräsident und verantwortlicher
Redaktor der auf CSU-Linie agitierenden «ii» zeichnet der Zürcher Journalist und «NZZ»-Mitarbeiter Jürg Mei-



ster. Grau gehört zwei deutschen Vereinigungen an, die laut Gerichtsurteil «neofaschistisch» bzw. «Schwindlerunternehmen» genant werden dürfen. Er mischte bei den anonymen Pro-CDU-Kampagnen des letzten Wahlkampfes mit und verwendete auch für die «ii» Deckadressen und Schweizer Strohmänner. Seit Jahren referiert er fünfahmen. Seit Jahren referiert er fünfahmen. Schweizer Ofizieren, Rotariern und Lions Clubs. Er rühmt seine vorzüglichen Beziehungen zu einflussreichen Schweizern (zum Beispiel zu einem Divisionät und zu Nationalrat Peter Dürrenmatt).

AfD/IPZ

1966 gründeten vor allem Zürcher, denen die Schweiz in Gefahr schien, den Verein Aktion für freie Demokratie, der das 1970 gegründete Institut für politologische Zeitfragen trägt. Ziel: Studium der Subversion, Auswertung in Publikationen, Vorträge, Informieren «gehährdeter» Institutionen. Vorbild: «BüroHi» (Hausamann), das im Zweiten Weltkrieg den Schweizer Nachrichtendienst ergänzte. Zusätzlich zu Gehörtem und Gelesenem will das IPZ selber Informationen beschaffen – «das, was



der Bundespolizei verwehrt ist; wir wollen ja keine politische Staatspolizeib. 1971 und 1972 erschienen 17 durchschnittlich 22 Seiten starke «H7 Informationen» (Jahres-Abo. 35 Franken) über Subversion, Revolution, Spionage, politische Psychologie, Konfliktforschung, Gesellschaftstheorie Afd-Präsident: Hans Scharpf (Direktor der Schweiz. Hagelversicherung, Zürich). Hauptamtlicher IPZ-Leiter ist der Spionagespezialist und Dienstcherung theet und Haus der Felddivision 6, Dr. Robert Vögeli, der 1956-62 Heer und Haus der Felddivision 6, Dr. Robert Vögeli, der 1956-62 Heer und haus wiederaufbaute. Eifrigstes Afd-Mitglied ist Major Ernst Cincera, Mitinhaber einer Werbeagentur und nicht mehr gewählter Zürcher FdP-Kantonsrat. Cincera warnt Rekruten, Offiziere, Schüler, Lehrer, Krankenschwestern, Stifte und Industrielle vor Subversivem und verwendet dabei laut eigenem Geständnis «selbstverständlich von Lenin, Goebbels und Dutschke formulierte Propagandmethoden». Der Bundesrat attestierte ihm demokratische Auffassungen und Objektivität.

VFWW/Büro Farner

VFWW/Büro Farner

Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft; wird im Zürcher Werbebüro von Oberst Rudolf Farner von Dr. Gustav Däniker und Dominique Brunner betreut, welch letzterer die monatliche Militärpolitische Information» redigiert. Präsident: Oberst Rolf Gamper (Küsnacht), Ex-Präsident der Zürcher Offiziersgesellschaft. Das Büro Farner gibt monatlich einen Pressedienst heraus, der Public Relations für Produkte, Branchen, eine Ressellschaftsordnung betreibt. Farner betreute wichtige Armeebestimmungen und PR-Aufträge des EMD.

Wf
Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft (Wirtschaftsförderung). 1942/43 als «wirtschaftspolitische Kampforganisation» gegen die «dirigistische und kollektivistische Kriegswirtschaft» gegründet. Heute Oeffentlichkeitsarbeiter des Vororts. Vervielfältigter Presse und Dokumentationsdienst. Leitet Gelder an spk, RN und weitere Organisationen weiter. Betreut Sekretariate bürgerlicher Abstimmungskomitees. Sitz in Zürich, Geschäftsstellen in Bern und Genf. Präsident E. Fritz Hoffmann (Zürcher Industrieller). Neuer Direktor: Ex-NZZ-Redaktor Richard Reich.

Redressement/ Trumpf Buur

Redressement/ Trumpf Buur
Redressement National (Aktion für
Freiheit, Föderalismus und Recht). Verteidigt seit 1936 die Interessen des Privatkapitals, «wo die Spitzenverbünde
(Vorort, Zentralverband, Gewerbeverband, jf) und auch die bürgerlichen
Parteien nicht in der Lage oder nicht
willens waren, den Kampf aufzunehmen». Arbeitsgebiete: Studien (Errichtung eines Instituts in Vorbereitung),
direkte Aktionen (Abstimmungen; gegenwärtig Wiederaufbau der «kantonaien Stitztpunkte» in der Deutschschweiz), allgemeine Aufklärung (jeden
Herbst für Studenten unengeltliche
dreitägige Seminare). Vor den Nationalratswahlen 71 finanzierte das RN
eine im Büro Farner getextete Inseratenserie in 41 Zeitungen zugunsten der
dürgerlichen Landesparteien». Ueber
1200 Mitglieder. Präsident Carletto
Mumenthaler (Zürcher Ziegelein),
Vize HSG-Professor Marcel Grossmann.
34 Ausschussmitglieder, darunter die
Nationalräte Otto Fischer (Direktor
Gewerbeverband) und Robert Eibel.



Geschäftsführer Dr. Eduard Seiler, Stellvertreter Dr. Rudolf Rohr. Geschäftsstellen in Zürich und Genf. Mit dem RN liert ist Eibels Trumpf Buur, die Aktion für freie Meinungsbildung (seit 1947). Unterstützt von über 3000 Firmen. Jahresaufwand 600 000 Franken. 1971 rund 1500 Inserate in 50 Zeitungen. Bettelbriefe an Verwaltungsräte: Æline erfolgreiche Aktion zur Erhaltung einer freien Wirtschaft und einer gesunden Demokratie». Eine Spende «Rommt für Sie einer politischen Versicherungsprämie gleich».

SAPU
Schweizerischer Aufklärungsdienst.
1947 als ziviler Ersatz für die 1945 aufgelöste (und 1956 wiederaufgebaute)
militärische Dienststelle Heer und Haus
gegründet. Anfangs antikommunistische Kaderorganisation: für geistige
Landesverteidigung, «vaterländische Besimnung» und «eidgenössisches Bewusstsein». Neuausrichtung 1972: «Der
SAD setzt sich zum Ziel, die aufbauende Diskussion über die Aufgaben der
Schweiz und ihre politische Zukunft in
weitblickender Weise zu fördern und



wo nötig mit eigenen Initiativen zu beleben. In diesem Sinn will er sowohl
für seine Mitglieder als auch für eine
breitere Oeffentlichkeit geeignete
Arbeitsmittel bereitstellen und als Kontaktstelle dienen.» Referentenvermittlung für die Armee. 60 000 Franken
Bundessubventionen pro Jahr. Jahresbudget 200 000 Franken. Betont antisubversive Schriftenreihen: «Berichte
zur Lage; eine periodische Dokumentation über extremistische und ausserparlamentarische Bestrebungen in der
Schweiz», «Tätigkeit der internationalen Frontorganisationen», «Dokumentation zur umstürzlerischen Agitation»
(z. T. nur für Mitglieder, z. T. unter
dem Namen «Nationale Dokumentationsstelle Bern»). Rund 2000 Mitglieder. Präsident: Rechtsanwalt und UniDozent Hans W. Kopp (Zumikon),
Vizepräsidenten: die Nationalräte Ernst
Bircher (Soz., Gewerkschaftssekretär)
und Peter Dürrenmatt (jib.), wissenschaftlicher Berater: HSG-Professor
Alois Riklin, Zentralsekretariat in Zürich.

Aktion für Menschenrechte

1965 gegründeter Verein, dessen Mit-1965 gegründeter Verein, dessen Mitslieder «die Demokratie im Sinne der schweizerischen Traditionen als fene Gesellschaftsordnung betrachten, die erfahrungsgemäss die Wahrung der Menschenrechte am besten gewührleisteb. Aussenpolitik: Protesttelegramme bei Menschenrechtsverletzungen. Insepolitik: für bewaffnete Neutralität, gegen linke Bewegungen (vor allem die Jugendorganisation Forum 70 in Winterthur und Zürich). Präsident: Dr. Erwin Bernhard, Kantonsschullehre in Zürich Organe: «Sonde», «Menschenrecht», «Funke».

Diskussion

Diskussion

«Monatsschrift im Sinne geistiger Landesverteidigung, Orientierung und Lebenserleichterung». Gegründet im April 1959. Verlegt und redigiert vom Berner Drucker Hans Feuz. Auflage: 25 000. Gegen Kommunismus («Wir dürfen nicht ruhen, bevor der Westen wieder in Front istb), gegen den Osthandel («ein Pakt mit dem Teufel»), für den freien Westen und das Privateigentum («billigste und sicherste Triebkrafz tu freiwilliger, aufbauender Leistung»). August 66 bis Juni 67 Teilnachdruck von Hitlers «Mein Kampf» als Beispiel einer verharmlosten Bedrohung.

Schuszerisches Ost-Institut in Bern. Leiter Dr. Peter Sager. 1959 als AG gegründet (Vorläufer 1948). 12 Verwaltungsräte (Fräsident: Rechtsanwalt Ullin Streiff, Uster). Beratender Ausschuss mit einigen Dutzend Mitgliedern (Präsident: Prof. Georges Grosjean, Bern). Verein zur Förderung des SOI mit 500 Mitgliedern (Präsident: Vinzenz Losinger, Bern). Seit 1960 erscheint alle zwei Wochen der «Klare Blich» (heute «ZeitBild»), um eine breite Finanzierung des SOI sicherzustellen (neben Spenden). Ziel des SOI, in dem je ein Dutzend wissenschaftliche und administrative Mitarbeiter in 17 Sprachen tätig sind: Information und Meinungsbildung aufgrund der Beobachent ätig sind: Information und Meinung der Entwicklung in kommunistischen Staaten. Periodische Publikationen: «ZeitBild», Auflage 13 000, 30 Fr./ Jahr. «Informationsdienst», wöchentlich SO Seiten Uebersicht über die Presse in kommunistischen Ländern, 1000 Fr./ Jahr. «Wirtschaftsdienst», wöchentlich



12 Seiten über die wirtschaftspolitische Entwicklung im Ostblock, 500 Fr./Jahr. Wöchentliche Gratis-Pressedienster Kefreier Korrespondenz-Diensbu FKD) für die Schweiz; «Swiss Press Review and News Report» in Englisch, Französisch, Spanisch und Arabisch für Entwicklungsländer (SOI: erfolgreichste Dienste des Westens»), trotz dem irreführenden Titel fast ausschliesslich SOI-Eigenberichte. Uebrige Tätigkeit: Uebersetzungen, Buchhandlung, Vermittlung von Referenten, Erstellen von Gutachten für Behörden und Firmen.

Notizen zur Neufassung des Bildungsartikels der BV (Volksabstimmung 3./4. März)

Art. 27 BV: Grosse Neuerungen?

Noch bis vor kurzem bildete das schweizerische Bildungswesen – seit alters her unter kantonaler Hohelt – unbestrittenermassen die Perle des helvetischen Föderalismus: «Dem Bund die Kanonen, die Kultur den Kantonen». Währenddem in anderen Bereichen der Bund die kantonale Souveränität direkt und indirekt immer mehr schmälerte, blieb das Bildungswesen von diesem kantonalen «Souveränitätszerfall» mehr oder diesem kantonalen «Souveränitätszerfall» mehr oder weniger verschont. Die Tatsache, dass einerseits Bil-dung und Wissenschaft (der sog. «Dritte Faktor») für die Entwicklung hochindustrieller Gesellschaften – unter anderem für die Aufrechterhaltung der «inter-

nationalen Konkurrenzfähigkeit» - immer wichtiger werden, dass andererseits die föderale und funktionale Zersplitterung des helvetischen Bildungssystems eine effiziente und grosszügige Entwicklung eben dieses Bildungssystems vielfach verhindern, liess den Bund auch auf dem Gebiet der Bildungspolitik aktiv werden (Stipendienartikel, Hochschulförderung etc.). In diesem Zusammenhang ist auch die Revision des «Schularti-kels» der BV zu sehen, über den das Volk am 3./4. März zu befinden hat. In der Folge werden die wichtigsten «Neuerungen» kurz kritisch beleuchtet, ohne dass hier eine umfassende Analyse intendiert wäre.

Noch im Begleittext zur ersten Fassung des «neuen» Bildungsartikels, die im Frühjahr 1971 in die Vernehmlassung Frühjahr 1971 in die Vernehmlassung geschickt wurde, sprach sich Bern gegen die explizite Aufnahme des Rechts auf Bildung (Rab) in die Verfassung aus, aweil eine so allgemein gehaltene Erklärung in der Auslegung zu Schwierigkeiten führen und schliesslich sogar eine geringere Wirkung entfalten dürfte als fortschrittliche (...) Ausführungsbestimpungen».

rungsbestimmungen». Der vorgeschlagene Ziel- und Zweck-Der vorgeschlagene Ziel- und Zweckrartikel stiess aus verschiedenen Gründen allenthalben auf Widerstand. Die Expertenkommission, die unter Berücksichtigung der eingegangenen Vernehmlassungen – die zweite Fassung erarbeitete, ersetzte in der Folge den Zweckartikel – über dessen Konzeption beine Einjung zu arzielen war – durch keine Einigung zu erzielen war - durch keine Einigung zu erzielen war – durch die Statuierung des Rechts auf Ausbildung (RaA), das dann der Nationalrat in der letzten Sommersession in Recht auf Bildung umwandelte. Der Ständerat schloss sich in der Folge der Fassung des Nationalrats an – noch im Frühjahr hatte er für das Recht auf Ausbildung votiert. Damit soll zum ersten Mal ein soziales Grundrecht in der schweizerischen Bundesverfassung verankert wersten. soziales Grundrecht in der schweizerischen Bundesverfassung verankert werden. Allerdings: Vor überstürzter Euphorie ist zu warnen. Eine nähere Betrachtung der ganzen Angelegenheit zeigt, dass sich die fortschrittlicheren Kreise nur verbal, nicht aber substantiell durchgesetzt haben.

Bildung und Ausbildung

Begreift man Bildung als die unter zusammenhängende Vermittlung der Fähigkeit, die Gesellschaft, sich selbst und die eigene Position in dieser Gesellschaft kritisch zu erkennen und zu bestimmen;

e der Fähigkeit, Spannungen, die aus Konfliktsituationen entstehen, auszu-halten und derartige Konflikte produk-tiv d. h. nicht unter Regress auf Verhalten, das dem einzelnen und den objektiven Interessen der Mehrheit schadet, zu lösen;

- o von Wissen und Fertigkeiten, die die
- Ausübung einer Tätigkeit im Produktionsprozess ermöglichen;

 von (permanenter) Lernfähigkeit und Lernmotivation und (landläufig) Ausbildung als
- Ausbidding als

 die Vermittlung einer eingeschränkt
 fachlich-technischen Qualifikation, die
 die Ausübung einer Tätigkeit im Produktionsprozess ermöglicht;
- edie Vermittlung von Einstellungen und Denkweisen, die die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Struktur in der Regel recht vorbehaltlos bejahen,

so bemerkt man, dass Eldung mehr beinhaltet als Ausbildung: Bildung im obigen Sinn heisst Befähigung zur fundamentalen Demokratisierung der Ge-sellschaft – auch gegen allfällige

Widerstände privilegierter Gruppen. Dies heisst nicht, dass Bildung allein die Gesellschaft zu verändern vermöchte, sondern nur, dass das Bewusstsein des einzelnen durch sein «Bildungsschicksal» entscheidend geprägt, eventuell gegenüber den Status quo übersteigenden Perspektiven überhaupt immunisiert wird.

Rekurs auf «individuelle» Verantwortlichkeit

Eine volle Verwirklichung des Rechts auf eine – im eben ausgeführten Sinn verstandene – Bildung kann der jetzige Staat nicht garantieren; es sei denn, er Staat nicht garantieren; es sei denn, er werde sich gegen diejenigen Gruppen, die ihre Interessen durch den staatlichen Apparat schon heute recht gut gefürdert wissen. Geprobt wird daher wieder einmal der Rückzug in den Individualbereich. Die «individuelle» Verantwortlichkeit wird hochgehalten, um den sozialen Realtiäten nicht ins Auge blicken zu missen: blicken zu müssen:

«Die Vermittlung individueller Bildung stellt eine sehr viel umfassendere Aufgabe als die Gewährung einer "Ausbildung"; dem einzelnen zur "Bildung" zu verhelfen kann nicht dem Staat aufgetragen werden» (Botschaft Seite 49).

getragen werdenw (Botschaft Seite 49).
Dagegen ist zu sagen, dass gerade
die Förderung der Bildung im oben dargelegten Sinn ein öffentliches Problem
und eine öffentliche Angelegenheit par
excellence ist, während jeder Rekurs
auf irgendwelche «individuelle Verantwortlichkeit», so gut dieser auch gemeint sein mag, nicht viel verändert:
die bestehende Ungleichheit wird nur
reproduziert! reproduziert!

reproduziert!

Während die einen eine «kalte» Umpolung der Prioritäten der Aktivitäten des Staates (grössere Verpflichtung zum Ausbau des Bildungswesens durch Klagbarkeit des neuen Sozialrechts usw.) befürchten und den «subversiven» Aspekt von Bildung (unter Umständen Abbau der den Status quo erhaltenden Motivation, Strukturierung und Artikulation von Veränderungswünschen) als Bedrohung empfanden, verlangten die anderen ein gesteigertes Engagement des Staates auf der Seite der Unterprivilegierten, um ihnen zu ihrem Recht zu verhelfen. («Man darf sich... die Frage stellen, ob... Glaubens- und Gewissensfreiheit, pressefreiheit, Rechtsgleichheit, aber auch demokratische Rechte auf Mitwirkung bei der staatichen Willensbildung nicht ausgehölt und illusorisch werden, wenn ihnen nicht als Korrelat ein Recht auf Bildung, das heisst auf Befähigung zur rationalen Ausübung all dieser Grundrechte, beigefügt wird.» (SPS). Während die einen eine «kalte» Um-

Unerfüllbare Erwartungen

Das Recht auf Bildung wurde schliesslich in die Neufassung des Bil-

dungsartikels aufgenommen, weil damit nicht Bildung im obigen Sinn, sondern - wie die andauernde Berufung auf eine Analyse ähnlicher Verfassungsbe eine Analyse ähnlicher Vertassungsbe-stimmungen und der daraus resultie-renden Rechtspraxis anderer Staaten («Das Recht auf Bildung», P. Saladin) zeigt – Ausbildung gemeint ist. Diese Auffassung wird den Gerichten in der Folge die Möglichkeit geben, Forderun-gen, die sich am Recht auf Bildung orientieren abzuweisen, so hemerkte gen, die sich am Recht auf Bildung orientieren, abzuweisen; so bemerkte ein bekannter Staatsrechtler: «Auch wenn ein "Recht auf Bildung" in die Verfassung aufgenommen würde, müsste das Bundesgericht das Objekt dieses Grundrechts auf das in unserer Staatschung erträgliche Mass reduzieren.» So scheint plötzlich nur noch ein Unserschied in der Formylierung vorhan.

terschied in der Formulierung vorhan-den zu sein – Formulierungen, von de-nen man je nach der taktischen Situa-tion Gebrauch machen kann:

«Wir stehen also vor einer eigenartigen Situation: Beide Fassungen bringen uns das nötig erachtete soziale Grunduns das notig erachtete soziale Grund-recht. Die ursprüngliche Formulierung (Recht auf Ausbildung – rn)... er-scheint als etwas präziser und daher vom rechtlichen Standpunkt aus vorzu-ziehen. Umgekehrt entspricht die Fasziehen. Umgekehrt entspricht die Fassung des Nationalrafs (Recht auf Bildung – rn) der in der Verfassung üblichen Regelung... und auch aus ländischen Beispielen. (...) Sie dürfte gewisse Widerstände verstärken, aber umgekehrt auch mehr politische Stosskraft haben» (Bundesrat Tschudi vor dem Ständerat). Tatsächlich eine eigenartige Situation: Es wird für etwas geworben, das in der vorgegebenen Fülle gar nicht vorhanden ist, es nen Fülle gar nicht vorhanden werden Erwartungen geweckt, die man weder erfüllen kann noch will.

Folgerichtiger argumentieren gewisse Gegner des Rechts auf Bildung: «Es handelt sich um eine reine Deklama-tion. (...) Man erweckt höchstens Illusionen. Es wird schon schwierig sein, einem Recht auf Ausbildung Genüge zu tun. (. . .) Ausbildung ist auf alle Fälle ehrlicher» (Ständerat Stucki).

Gemeinsame Verantwortlichkeit und Koordination

Das Bildungswesen wird zur «ge-meinsamen Aufgabe von Bund und Kantonem» erklärt. Diese Bestimmung wird in nächster Zukunft noch zu prä-zisieren sein. In der jetzigen Form reflektiert ihre Aufnahme in die Ver-fassung nur die rechtliche Sanktionie-rung eines faktisch schon längere Zeit bestehenden Zutstands (Engagement. rung eines faktisch schon längere Zeit bestehenden Zustands (Engagement des Bundes im Bereich der Hochschu-len, des Stipendienwesens, der Berufs-bildung usw.). Gleichzeitig wird der kantonalen Schulhoheit Reverenz er-wiesen: «Die Ausbildung vor und wäh-rend der obligatorischen Schulzeit fällt in die Zuständigkeit der Kantone.» Der Bund in der Schulzeit palter in der Schulzeit palter Der Schulzeit palter in in die Zustandigkeit der Kartone. Dier Bund ist darüber hinaus befugt (unter anderen), «Grundsätze für die Gestaltung und den Ausbau des Mittelschulwesens» aufzustellen, was er indirekt – über die Maturitätsanerkennungsverordnung – schon lange tut. Diese Kompetenzaufteilung trägt die Spuren eines schlechten Kompromisses: schlechten helvetischen Kompromisses:

 Vor- und Primarschule, wo entscheidende Weichen für das «Bildungsschicksal» des einzelnen gestellt werden, fallen weitgehend in die Kompe der Kantone. Weder das «interkantonale Konkordat über die Schulkoordination», das unter dem Druck der Schulkoordinationsinitiative zustande gekommen ist (Ziel: schrittweise for-male Vereinheitlichung der kantonalen Schulsysteme; gegenwärtig sind 19 Kantone an diesem Konkordat betei-Kantone an diesem Konkordat beteiligt), noch die im neuen Bildungsartikel
verankerte Koordinationspflicht für die
Kantone noch die generelle Möglichkeit, mittels gezielter Ausschüttung
von Bundessubventionen unwillige
Kantone zu einem Ausbau ihres Bildungswesens zu bewegen, ermöglicht
u. E. eine konsistente nationale Bildungspolitik und den raschen Abbau
der bestehenden regionalen Bildungsgefälle, «die weder sachlich noch politisch gerechtfertigt werden können» gerechtfertigt werden kön

Nicht nur können zögernde Kantone kaum in grossem Ausmass zum Aus-bau ihres Bildungssystems verpflichtet werden, sondern es ist auch unklar, nach welcher Konzeption der Ausbau nach welcher Konzeption der Ausbau des schweizerischen Bildungswesens überhaupt erfolgen und wie diese Ausbaukonzeptionen erarbeitet werden sollen. Gerade die Entwicklung derartiger Konzeptionen soll ja nach der Annahme der Verfassungsartikel in die Wege geleitet werden: «Nach der Annahme der Verfassungsartikel wird in Verbindung mit den Kantonen eine Prioritätsordnung aufzustellen sein» (Tschudi). Etliche Schwierigkeiten werden allein schon aus der «umnatürlichen» Trennung von obligatorischer Schulzeit (kantonale Kompetenz) und Mittelschule (Bundeskompetenz) für das Aufstellen von Grundsätzen) resultieren. Es ist zu befürchten, dass durch ren. Es ist zu befürchten, dass durch ren. Es ist zu befurchten, dass durch diese Trennung die dringend zu for-dernde bessere Verzahnung zwischen Oberstufe der Primarschule und weiter-führenden Schulen (z. B. Gesamtschul-experimente) nicht gerade gefördert

Falsche Mystifikation des Föderalismus

Das Festhalten an überkommenen föderalen Strukturen und deren Mystifikation («Unsere Primarschulen sind ... wahrhafte "Volkesschulen"), Botschaft S. 44) gefährdet das mit der Verfassungsrevision angestrebte Zielsofern man dieses ernsthaft verfolgen will: «... auf weite Sicht den systematischen Aufbau unseres Bildungswesens ... ermöglichen» (Tschudi). Dazu hätte u. E. dem Bund die Rahmenkompetenz für das ganze Bildungswesen zugestanden werden müssen. Eine derartige Verlagerung der Kompetenzen zugestanden werden mitssen. Eine derartige Verlagerung der Kompetenzen
auf den Bund, verbunden mit einer intensiven Diskussion um Ziele und Prioritäten in der Bildungspolitik und der
Umsetzung des aus diesen Diskussionen resultierenden (vorläufigen) Kompromisses, scheint uns heute die einzige gangbare Möglichkeit zu sein, um
nicht zu die formzlen sondern auch die promisses, schein uns neute die einzige gangbare Möglichkeit zu sein, um nicht nur die formalen, sondern auch die inhaltlichen und konzeptionellen Reformen zu forcieren. Ein demokratisches Wechselspiel von zentraler Planung und Grundsatznormierung einerseits, freier Verwirklichung andererseits müsste institutionalisiert werden. Die Ansicht, eine Gesamtplanung resp. Grundsatzkompetenz des Bundes lähme a priorijegliche kantonale resp. lokale Initiative, scheint uns ebenfalls nicht gerechtfertigt – es kommt immer darauf an, wie dieser Grundsatznormierungsprozess abläuft, wie engmaschig die grundsätzlichen Richtlinien sind, wie der Feed-back von den Ausführenden zu den Planenden organisiert ist. In einem demokratischen Staat, der auf dem Gebiet der Bildungswassen in zu den Pianenden örganisier ist. In einem demokratischen Staat, der auf dem Gebiet des Bildungswesens eine demokratische Planung (Planung im weitesten Sinne) betreibt, sind die Ausformulierung und Verwirklichung allgemeiner Richtlinien einerseits, das lokale Experiment andererseits durchaus miteinander vereinbare. aus miteinander vereinbar.

Berufs- und Weiterbildung: Alles beim alten

Eine weitere Neuerung ist die Inte-Eine weitere Neuerung ist die Inte-gration der Regelung der Berufsbildung in den Bildungsartikel rsp. deren Trans-fer aus den Wirtschaftsartikeln. Gegen diese Integration, mit der dokumen-tiert werden soll, dass das Bildungswe-sen eine Einheit bildet und auch die Berufsausbildung (unter Umständen!) etwas mit Bildung zu tun haben kann, haben sieh ver allem dielenigen Kraisa etwas mit Bildung zu tun haben kann, haben sich vor allem diejenigen Kreise zur Wehr gesetzt, die durch die «bildungstheoretische» Durchdringung von Berufsbildungsproblemen die traditionelle Meisterlehre gefährdet und die Berufsbildung durch «Verschulung» bedroht sahen (und sehen): «Die hergebrachte Regelung (Behandlung von Berufsbildungsgragen durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement) hat his ietzt unt gesnielts (Dr. Wehrli. hat bis jetzt gut gespielt» (Dr. Wehrli,

Nati Dis Jetze gut geophico (2017) Vorort).

Allerding ist wohl nicht zu erwarten, dass durch diesen Transfer die dringend notwendige grundsätzliche Neukonzeption der Berufsausbildung stark beschleunigt wird. Allfällige vor-schnelle Illusionen werden da recht beschleunigt

schnell in die Schranken verwiesen: «Ob die Bundeskompetenz in Wirtschafts- oder Bildungsartikeln regelt wird, ist rechtlich irrelevant, den wird dadurch die Gestaltung der Be-

es wird dadurch die Gestaltung der Berufsbildung nicht beeinfluset. Das System der betrieblichen Ausbildung ... hat sich grundsätzlich bewährt und soll beibehalten werden» (Botschaft S. 53).

Auch auf die innerbetriebliche Weiterbildung will der Bund keinen Einfluss nehmen. Während die Weiterbildung immer wichtiger wird und immer grössere Teile der Bevölkerung einmal erworbene Qualifikationen «revidieren» müssen undoder wollen, sollen deren Zielbestimmung und deren Organisation weiterbin zu einem grossen Teil Privaten überlassen werden.

Zu geringe Fortschritte

Alles in allem: ein nicht gerade überzeugender Vorschlag, gezeichnet von den negativen Spuren des «helvetischen Kompromisses». Ob auf der Grundlage dieses revidierten Verfassungsartikels ein grosszügiger, gerechten verfassungsartikels ein grosszügiger, gerechten verfassungsartikels ein grosszügiger, gerechten verfassten verfasst sungsartikels ein grosszügiger, gerechter und systematischer Ausbau des schweizerischen Bildungssystems möglich sein wird, ist mehr als fraglich. Die Chance für eine problemadäquate, grundsätzlich neue – und damit auch «radikalere» – Lösung ist wieder ein mal vertan worden – sofern diese Chance in irgend einem Zeitpunkt des Entscheidingsprogesses überhaunt be-Entscheidungsprozesses überhaupt bestanden hat.

Rolf Nef



«konzept» gibt gratis eine Liste von Aerzten ab, die die Verord-nung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben, «konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: Redaktion «konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Modelle für HTL-Bildung

«Studentenschaften Schweizerischer Techniken» wollen Reformen

Die Studentenschaften Schweizerischer Die Studentenschaften Schweizerischer Techniken (SST), zurzeit 14 Höhere Technische Lehranstalten umfassend, haben im Januar in Zürich ihre ordent-liche Delegiertenversammlung abgehal-ten. Einige in- und ausländische Gäste ten. Einige in- und aussandische Gastie konnten begrüsst werden, namentlich die Delegationen der beiden Abend-techniken St. Gallen und Bern, der neuen HTL Rapperswill sowie je ein Entsandter des VSS und des SVI (Dachverband der deutschen Ingenieur-schulen) schulen).

Den wichtigsten Diskussionspunkt bildete die von der im Sommer 1972 eingesetzten «Ständigen Kommission für Studienfragen an den HTL» vorge-legte Arbeit. Die Kommission be-zweckt, Kontakte aufzunehmen oder zu pflegen mit Gremien, die sich mit der Ausbildung befassen und Bildungs-modelle entwickelt haben. Mit Genuemodelle entwickelt haben. Mit Genug-tuung stellte die GV fest, dass sie

Entwürfe verschiedene schon schon verschiedene Entwurte zur Schaffung von Diskussionteams an den einzelnen Techniken vorlegen konnte. Eine Arbeitsgruppe wird eine Analyse der bestehenden wesentlichen Bi-dungsmodelle erstellen, die der Kom-mission als wichtige Grundlage dienen coll

Von zwei weiteren Gruppen erarbei Von zwei weiteren Gruppen erarbeitet die eine einen Situationsbericht zum Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht an den Techniken, das erst teilweise verwirklicht ist, die andere eine Zusammenfassung der verschiedenen Beweggründe derjenigen, die eine Aussildung an einem Abendtechnikum bildung an einem Abendtechnikum iener an einem Tagestechnikum vorzie-Abendtechnikum

hen. Nach der Genehmigung des Jahres-berichts, das Kassaberichts und des Budgets bestellten die Delegierten noch das neue Zentralkomitee.

Fredi Rüegg, Präsident des SST

Sufi-Center Zürich

führt Informations-Abende durch über die jahrhundertealte Religions-Philosophie

Sufismus

Eintritt frei. - Auskunft erteilt Telephon 01/43 83 08 ab 23, Februar 1973,

Medizin und Psychologie

sind seit 50 Jahren unser Spezialgebiet.

Individuelle Bedienung und Beratung.



BUCHHANDLUNG RAUNHARDT INH. GERHARD HEINIMANN & CO.

8001 Zürich, Kirchgasse 17, beim Grossmünster Telephon (01) 32 13 68

Zu kurz gegriffen: Linksliberalismus

Eine an Marx orientierte Kritik

Der Warenaustausch

Eine warenproduzierende Gesell-Eine warenproduzierende Gesell-schaft zeichnet sich dadurch aus, dass die gesellschaftlich produzierenden In-dividuen sich die Produkte privat an-eignen, um sie auf dem Markt zu tau-schen. Es ist nun offensichtlich: Als konkret-sinnlich Produzierende produ-zieren diese Individuen Gebruche. konkret-sinnlich Produzierende produzieren diese Individuen Gebrauchswerte für andere; sie ergänzen sich
wechselseitig aufgrund der Besonderheit ihres individuellen Tuns. Indem sie
produzieren, verhalten sie sich zueinander als soziale Wesen, Aber: Indem sie
ihre Produkte als Waren produzieren,
steht ihre Produktion für sie nicht
mehr unmittelbar im Horizont der Bedittfrijshefriediung des andern swemehr unmittelbar im Horizont der Bedüffnisbefriedigung des andern, sowenig wie sie damit ihre besondere Individualität realisieren. Sie produzieren ihre Produkte in einer Form, in der deren Gesellschaftlichkeit privat angeeignet werden kann: als völlig abstraktes, unsinnliches, aller Besonderheit bares, aber trotzdem wirkliches Ding, als Wert. Der Wert ist die verdinglichte Gesellschaftlichkeit der Produkte und ihrer Erzeuer ein rein gesellschaft-Geseitschaftlichkeit der Produkte und ihrer Erzeuger, ein rein gesellschaftliches Ding, ein Ding ohne jede Natürlichkeit, in dem alle qualitative Differenzierbarkeit radikal ausgelöscht ist, eine reale Abstraktion. Er ist die geschlachsfeitsche Derichtung den wedultisellschaftliche Beziehung der produkti-ven Menschen, der Gesellschaft, die ven Menschen, der Gesellschaft, die ausser den Menschen als Geld dann neben den konkret sinnlichen Produkten als nur noch quantifizierbares Ding materielk existiert. Er ist die vergegenständlichte Reduktion qualitativ verschiedener Arbeiten auf abstrakt allgemeine Arbeit und als solche die Form, die Waren erst tauschbar macht. Produzieren die Individuen Werte, vergegenständlichen sie nicht ihre qualita-tiv differenzierte Individualität; sie vertiv differenzierte Individualität; sie ver-gegenständlichen sich in jener ihrer In-dividualität inadäquaten abstrakten Allgemeinheit. Individualität wird restringiert auf die soziale Form, tauschfähiger Eigentümer zu sein.

Gleichheit und Indifferenz

In einer Gesellschaft, in der die Produkte und die sie produzierende Arbeit die Form des Tauschwerts angenomdie Form des Tauschwerts angenommen haben, also Waren sind, und die Beziehung dieser Waren aufeinander als Austausch dieser Tauschwerte gegeneinander bestimmt ist, als ihre Gleichsetzung, sind die Individuen, zwischen denen dieser Prozess vorgeht, urr einfach bestimmt als Austauschende. Es existiert, was ihre soziale Form, ihre ökonomische Beziehung angeht, absolut kein Unterschied zwischende. Form, inte okonomische Beziehung an-geht, absolut kein Unterschied zwi-schen ihnen. Jedes der Subjekte ist ein Austauschender, das heisst, jedes hat dieselbe gesellschaftliche Bezie-hung zu dem andern, die das andere zu ihm hat. Als Subjekte des Austausches ist daher ihre Beziehung zueinander die Gleichheit. Der Austausch ist der Akt. Gleichheit. Der Austausch ist der Akt, Gleichheit. Der Austausch ist der Akt, die Vermittlung, wodurch die Subjekte als Gleiche und ihre Objekte als Aequivalente, als Gleiche gesetzt werden. Die Aequivalente sind die Vergegenständlichung des einen Subjekts für das andere, das heisst, sie selbst sind gleich viel wert und bewähren sich im Akt des Austausches als Gleichgeltende gegeneinander. Da sie ökonomisch nur als Besitzer von Aequivalenten und Bewährer dieser Aequivalenten und Bewährer dieser Aequivalen misch nur als Besitzer von Aequivalenz ten und Bewährer dieser Aequivalenz füreinander sind, also, was die ökono-mische Form betrifft, abgesehen wird von der besonderen Natur ihrer Tauschobjekte, sind sie ökonomisch als Gleichgeltende zugleich indifferent ge-geneinander; ihr sonstiger individueller Unterschied geht sie nichts an. Die aus der Gleichheit resultierende Indifferenz der Eigentümer gegeneinander ist ein erstes Moment der Autonomie des Sub-

Das Individuum als ausschliessendes und herrschendes Subjekt

Der Tausch setzt aber nicht nur voraus, dass die Produkte gleich sind, was deren gesellschaftliche Form betrifft,

Im nächsten «konzept»:



Welche Auswirkungen hat das SALT-Abkommen?

Von Johann Galtung

sondern ebenso ihre natürliche Verschiesondern ebenso inter naturatione verscenie-denheit, die als Inhalt des Tauschs des-sen Motiv ausmacht. Nach der Seite der natürlichen Verschiedenheit der Gebrauchswerte betrachtet, also nach der Seite des Motivs der Tauschhand-lung, ist das Individuum A Besitzer eines Gebrauchswerts für B und B Be-sitzer eines Gebrauchswerts für Be-sitzer eines Gebrauchswerts für Busitzer eines Gebrauchswerts für A. Nach dieser Seite sind sie also nicht in-Nach dieser Seite sind sie also nicht integrieren sich, bedürfen einander. Sie stehen also nicht nur in gleicher, sondern auch in explizit sich vergesellschaftender Beziehung zueinander. Jedes bedarf zu seiner Ergänzung des andern und kann nur sein, wenn es den andern ergänzt; sie sind Gattungswesen, transpandieren ihre besondere Individualis szendieren ihre besondere Individualität. Obgleich nun aber das Individuum tat. Obgeste and the Ware des Individuums B, bemächtigt es sich derselben nicht mit Gewalt, auch nicht vice versa. Beide anerkennen sich wechselseitig als Eigentümer, als Personen, deren Willen ihre Waren durchdeinet

Sie anerkennen sich als Freie. Kein Sie aherkennen sich als Freie. Kein Individuum kann das andere zu irgend etwas zwingen. Das Individuum A dient dem Bedürfnis des Individuums B mittels der Ware a nur, weil das Individuums A mittels der Ware b dient und vice versa. Jedes dient also dem andern nur um sich selbst zu dienen. dern nur, um sich selbst zu dienen, jedes bedient sich des andern wechsel-seitig als eines Mittels, um sich als Selbstzweck zu setzen.

Es ist zwar ein notwendiges Faktum, dass die Individuen sich wechselseitig nur als Selbstzweck setzen können, indem sie Mittel für andere werden. Aber diese Wechselseitigkeit ist ihnen gleichgültig. Sie hat für das tauschende Subjekt nur so weit Interesse, als sie sein Interesse, als das des andern ausgebliessend befriedtet. schliessend, befriedigt,

Die Produktion für andere ist dem Individuum gleichgültig, weil es sein Produkt als Warenwert, als Aequiva-lent, produziert, also in einer Form, in der es eigentlich jede Ware ist. Im Akt des Austauschs selbst ist es gesetzt, dass jedes der Individuen ausschlies-renden, und herrschonden. Sublekt in sendes und herrschendes Subjekt ist. Damit ist die vollständige Freiheit des Damit ist die vollständige Freiheit des Individuums gesetzt: freiwillige Transaktion, Gewalt von keiner Seite, Setzen seiner als Mittel, um sich als Selbstzweck, als das Herrschende und Uebergreifende zu setzen. Die durch die Verscheidenbeit des Wissenschiefende zu setzen. schiedenheit der Waren vermittelte Freiheit ist das zweite Moment der Autonomie des Subjekts.

Das autonome Individuum

Wenn also die ökonomische Form. der Austausch, nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, der zum Aus-

Der Fetischcharakter der Autonomie

Jetzt sehen wir aber, dass der Tauschwert, das Aequivalent, als die wahrhafte Vergegenständlichung eines warenproduzierenden Individuums die Form ist, in der seine Beziehung zu andern, seine Abhängigkeit von andern, wie die Abhängigkeit der andern von ihm, kurz: seine Gesellschaftlichkeit nicht als Gesellschaftlichkeit, sondern als eine Selbstbeziehung erscheint, als bare Autonomie; sein Sein-für-andere ist für es blosses Für-sich-sein. Dass ist für es blosses Für-sich-sein, Dass die ökonomischen Kategorien bzw. das, was sie bezeichnen, Wert, Geld, Privatiegientum, Kapital usw., die in Wahrheit verdinglichten Beziehungen der Menschen zueinander sind, zwischenmenschliche Beziehungen also, die nicht mehr als solche, sondern als Dirge erscheinen, ist nur der reale Ausdruck für die Autonomie des Subjekts. Autonomie wird demzufolge nicht als eine gesellschaftliche Beziehung der Menschen zueinander durchschaut, als ihre Objektivität, die Wertform des Produkts, nicht als geselldie ökonomischen Kategorien bzw. das form des Produkts, nicht als gesell-schaftliche Beziehung erscheint, sondern als planes Ding fetischisiert wird.

Das Durchschauen der ökonomischen Das Durchschauen der ökonomischen Kategorie als einer Beziehung zwischen Menschen und infolgedessen die Begründung der politischen Oekonomie als einer Logik intersubjektiver Beziehungen scheint mir die Grundeinsicht Marxens zu sein. Erst im Nachvollzug dieser Einsicht wird auch verständlich, was er denn überhaupt kritisiert. Diese Einsicht, die, wie ich überzeugt bin, keine nachmarxistische, ernst zu nehmende politische Theorie wird unterschlagen können, ist aber noch so schlagen können, ist aber noch so wenig in ein allgemeines Bewusstsein eingedrungen, dass ihr auch in linksli-beralen Theorien mit barem Unver-

ständnis begegnet wird. Wenn K.H. Flach in seiner Streitschrift (4) die
marxistische Kritik am Prinzip der Profitmaximierung gedankenlos als infantil
bezeichnet mit dem Argument, dass es
das Rentabilitätsprinzip geben muss,
solange es wirtschaftliches Wachstum
geben soll, hat er ganz einfach nicht
verstanden, was der Marxismus kritisiert. Marx würde es als eine Tautologie bezeichnen, dass jede Gesellschaft,
die ihren Reichtum mehren will, ein
Mehrprodukt produzieren muss. Was er
kritisiert, ist dies, dass in kapitalistischen
Produktionsverhältnissen dieses Mehr-Produktionsverhältnissen dieses Mehr-produkt die Form des Mehrwerts, schliesslich die Form des Profits an-nimmt. Flach aber durchschaut den Profit nicht als eine verdinglichte ge-sellschaftliche Herrschaftsbeziehung, sondern identifiziert ihn mit dem Mehr-produkt als solchem: er macht ihn zu sondern identifiziert inin int dent meeting-produkt als solchem; er macht ihn zu einem Ding. Diese Identifikation der gesellschaftlichen Form »Profit« mit ihrem Inhalt «Mehrprodukt» ist aber genauso borniert wie die Meinung, das

ser arbeitsteiligen Prozesse erforderlich ist.»⁵

Es ist zu zeigen, dass die Realisierung dieses Postulats in prinzipelle Widersprüche mit der herrschenden Gewith the restriction of the sellschaftsordnung gerät, mithin, dass es nicht systemimmanent zu verwirklichen ist.

Wenn wir die Realisierung dieses Postulats bedenken wollen, ist das nur möglich, wenn wir uns den kapitalisti-schen Produktionsprozess in seinen fundamentalsten Bestimmungen vor Augen führen Augen führen.

Bestimmungen des kapitalistischen Produktionsprozesses

Der Kapitaleigner kauft Produktions mittel und Rohstoffe einerseits, Arbeitskraft anderseits; beide als Waren, exakt zu ihrem Wert. Diese Produktionsfaktoren fungieren – im kapitalistischen Produktionsprozess zu-



Kapital sei Produktionsmittel oder sonst etwas, das man angaffen oder in die Finger nehmen kann.

Der Feitschismus der Ware, die Identifikation von Gebrauchswert und Wert, die im Realen fundierte Meinung also, die gesellschaftliche Form »Wert« sei eine natürliche Eigenschaft des Gebrauchswerts, hat ihr subjektives Korrelat am Fetisch des autonom Individuums an der Identifizie. men Individuums, an der Identifiziemen Individuums, an der Identifizierung der Autonomie qua verdinglichter gesellschaftlicher Beziehung mit dem sinnlich-konkreten Individuum selbst, an der Identifizierung des wirklichen Menschen mit einem Eigentümer von Worten

System des Tauschwerts und gesellschaftliche Demokratie

Widerspruch zwischen dem gesell-schaftlichen System des Tauschwerts und gesellschaftlicher Demokratie

Der Kapitalismus als das System der Gleichheit und Freiheit

Wenn unsere Kurzanalyse der Wertform des Produkts, des Tauschwerts,
die uns die Begriffe liberaler Gleichheit
und Freiheit und über sie den Begriff
des autonomen Subjekts geliefert hat,
triftig ist, kann das entwickelte System
des Tauschwerts in der Tat nur das
verwirklichte System der Freiheit und
Gleichheit sein. Wenn wir mit Marx
weiter unterstellen, dass sich der

Spitze getan haben und der Sozialliberalismus heute wieder tut. Proudhon ging aus vom gerechten Tausch als der Inkarnation liberaler Freiheit und Gleichheit, wollte aber die Verfälschung dieser Gerechtigkeit durch das Kapital vermeiden. Er meinte – wie die und die Ungerechtigkeiten, die es perpetuierend erzeugt, etwas den Prinzipen der Gleichheit und Freiheit Aeusserliches sei. Beide trennen die ideelle Seite dieser Prinzipien von ihrer Realiserliches sei. Beide trennen die ideelle Seite dieser Prinzipien von ihrer Realität, um dann die so isolierte ideelle Seite wieder zu realisieren. Durch diese Abstraktion nimmt man aber diesen Prinzipien ihre Bestimmtheit umd Substraktion noch übrigbleibt, ist dann eben etwas so Dinnes und Ungefähres, dass diesinen walche er noch serte. dass diejenigen, welche es noch vertre-ten, das Wort «liberal» nicht zufällig nur noch klein schreiben.

Das sozialliberale Postulat: Demokratisierung der Gesellschaft

Wir haben zu zeigen versucht, dass die Vorstellung, dass der im 19. Jahr-hundert vollzogenen Demokratisierung des Staates im Sinne der Ergänzung eine liberale Demokratisierung der Ge-sellschaft folgen muss, insofern falsch ist, als diese Konzeption davon aus-geht, dass die liberalen Prinzipien erst im Verhältnis des Bürgers zum Staat, nicht aber im Verhältnis der Bürger zunicht aber im Verhältnis der Bürger zueinander verwirklicht seien. Diese Uneinander verwirklicht seien. Diese Un-terschlagung des Liberalismus als einer Theorie des Bourgeois, einer Theorie, deren Realität die sozialen Beziehun-gen unserer gegenwärtigen Gesellschaft sind, zeigte sich in der Unfähigkeit, das Konzept des autonomen Menschen als eine bestimmte Form des sozialen Men-schen zu interpretieren, welche Unfä-higkeit zur Konsequenz hat, dass die Linksliberalen dem klassischen Modell des autonomen Individuums noch ein autonomen Individuums noch ein Modell des sozialen Menschen aufpfropfen wollen.

In der 3 These zur Gesellschaftspolitik des Freiburger Manifests heisst es:

«Der Liberalismus erstrebt die Demo «Der Liberalismus erstrebt die Demo-kratisierung der Gesellschaft durch grösstmögliche und gleichberechtigte Teilhabe aller an der durch Arbeitstei-lung ermöglichten Befriedigung der in-dividuellen Bedür/nisse und Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten. Er tritt ein für entsprechende Mitbestimmung an der Auslübung der Herrschaft in der Gesellschaft, die zur Organisation die-

sammengebracht – als konstantes und variables Kapital: die Produktionsmit-tel und Rohstoffe als konstantes Kapital, weil sie – entgegen einem weitverbreiteten Aberglauben – keinen Wert schaffen, sondern nur ihren Eigenwert auf das Endprodukt übertragen, die Arbeitskraft als variables Kapital, weil sie ihren eigenen Wert reproduziert und darüber hinaus – was die Motivation des ganzen Prozesses ist – einen Mehrwert schafft. Was Flache als das «Geheimnis» kapitalistischen Wirtschaftens bezeichnet, besteht exakt darin, dass die Arbeitskraft mehr Wert erzeugt, als sie wert ist. Wäre dem nicht so, so würde überhaupt kein kapitalistischer Produktionsprozess stattfinden. Es eeht also in diesem Protal, weil sie - entgegen einem weitver nicht so, so würde überhaupt kein kapitalistischer Produktionsprozess stattfinden. Es geht also in diesem Prozess wesentlich und allein um die Verwertung des zu Beginn in den Produziert wird in keiner Weise um irgendwelcher gesellschaftlicher Bedürfnisse willen. Motiv ist vielmehr ein völlig abstabte Pickletung. strakter Reichtum.

Das objektive Produktionsverhältnis

Es ist hier erstens festzuhalten: Der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft als Tauschwert gegen einen ihrem Wert aquivalenten Lohn. Seine Arbeitskraft gehört nun nicht mehr ihm, sowenig mir ein Paar Schuhe gehört, wenn ich es verkauft habe, sondern dem Kapitalisten, für den sie ein tauschwertprodugender Gebrauchswert ist Der Arbeitsprender Gebrauchswert gegen einem Arbeitskraft als Tauschwert gegen einem Arbeitskraft gehört nun nicht mehr ihm, sowenig mit ein Paar Schuhe gehört, wenn ich verschaft gehört nun nicht mehr ihm, sowenig mit ein Paar Schuhe gehört, wenn ich verschaft gehört nun nicht mehr ihm, sowenig mit ein Paar Schuhe gehört, wenn ich verschaft gehört nun nicht mehr ihm, sowenig mit ein Paar Schuhe gehört, wenn ich verschaft gehört, wenn ich verschaft gehört gehört. sten, für den sie ein tauschwertproduzierender Gebrauchswert ist. Der Arbeiter ist wesentlich, nicht der Betrieb; er ist nicht das, was der Sozialliberalismus mit Friedrich Naumann fordert. Sein Lohn, gegen den er seine Arbeitskraft getauscht hat, ist ein Indiz dafür. Das Lohnsystem, das mit dem System des Kapitals identisch ist, ist ein Indiator dafür, dass der Arbeiter, der als freies Subjekt seine Arbeitskraft verkauft hat, nicht als Subjekt, sondern als dem Unternehmer gehöriges Objekt freies Subjekt seine Arbeitskraft verkauft hat, nicht als Subjekt, sondern als dem Unternehmer gehöriges Objekt in den Produktionsprozess eingeht. Im Lohn ist es gesetzt, dass er nicht als Industriebürger – wie es der Linksliberalismus fordert –, sondern als Industriebürger – wie es der Linksliberalismus fordert –, sondern als Industrieuntertan in diesem Prozess existiert. Ob dem so ist oder nicht, entscheidet sich nicht an einer subjektivermeinten Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit des Betriebsklimas. Diese Frage ist nicht demoskopisch entscheidbar, sowenig wie sie eine Frage der Betriebspsychologie ist. Es geht dabei nicht um die Meinung der am Produktionsprozes Engagierten übereinander, sondern darum, wie sie sich jenseits all ihres Vermeinens behandeln: um ein objektives Produktionsverhältnis oder – wenn man den juristischen Ausdruck dafür bevorzugt – um ein Eigentumsverhältnis. Was den Verkauf der Arbeitskraft durch den Arbeiter als freies Subjekt betrifft, ist übrigens gegen diesen Aequivalententausch vom liberalen Standpunkt aus nichts einzuwenden: Gleiches wurde gegen Gleiches von autonomen Subjekten in Freiheit getauscht.

Das «Gleichgewicht» von Arbeit und Kapital

Es ist hier vielleicht der Ort, die Phrase des liberalen Postulats vom Gleichgewicht von Arbeit und Kapital kurz zu streifen; in diesem Postulat be-

4 Karl Hermann Flach. Noch eine Chance für die Liberalen. Eine Streitschrift. S.22. Frank-furt a. M. 1971.

5 Die Freiburger Thesen der Liberalen, S. 62 6 Karl-Hermann Flach, ebenda, S. 24

Die heutige, spätkapitalistische Wirtschaft tendiert in Richtung eines totalen Chaos. Ausbeutung der Dritten Welt, unverantwortliche Umweltbelastung, Resourcenverknappung, das Auftreten bis anhin unbekannter psychischer und physischer Zivilisationskrankheiten und ein zerrissenes Währungsgefüge sind nur verschiedene Folgen der gleichen Ursache: Das freie Spiel der Kräfte hat eben nicht zu jener Harmonisierung geführt, wie dies der Altliberalismus immer behauptet. Vielmehr sind die Wirtschaftsunternehmungen der hechestwickleiten. Einder nich der bit einzels Einstank Fretwicklung gen der hochentwickelten Länder in der historisch jüngsten Entwicklung gen der hochentwickelten Länder in der historisch jüngsten Entwicklung einem immer hemmungsloseren Expansionstrieb zum Opfer gefallen, der irrationale Züge angenommen hat. Diesem Verhalten liegt eine Konzeption der Erde als unendliches System mit unerschöpflichen Quellen zugrunde. Dem ist entgegenzuhalten, dass wir in einem endlichen System leben; daraus muss die Konsequenz der Selbstbeschränkung gezogen werden. Da aber die privaten Träger der Produktionsmittel nicht gewillt scheinen, diese lebensnotwendige Konsequenz zu ziehen, ist es Aufgabe der Gesamtgesellschaft, in Form der staatlichen Aufsicht und Planung allem wirtschaftlichen Geschehen den Rahmen abzustecken.

Aus: LSZ-Thesen - Grundsätze unserer Politik

tausch treibt, die Freiheit. Freiheit und tausch treibt, die Freinet. Freinet und Gleichheit sind also nicht nur respektiert im Austausch von Tauschwerten, sondern der Austausch, der auf Tauschwerten beruht, ist die produktive, reale Basis aller liberalen Freiheit und Gleichheit.

Das freie, sich gegen andere ausgren-Das freie, sich gegen andere ausgrein-zende, von allen unabhängige auto-nome Individuum entsteht also dadurch, dass es sein bestimmtes Pro-dukt, das es in einer arbeitsteiligen Ge-sellschaft so sehr für andere produzieren muss, wie es aufgrund seiner Be-dürfnisse von den Produkten anderer lebt, als Aequivalent, als Wert, als lebt, als Aequivalent, als Wert, als Ware produziert. Es produziert, weil es Aequivalente produziert, nur für sich selbst und befriedigt mittels dieser seiner Aequivalente alle seine Bedürfnisse. Tauschwert notwendig zum Kapital fortentwickelt, was einzig und allein dadurch bedingt ist, dass es Individuen gibt, die nichts als ihre Arbeitskraft ge gibt, die nichts als ihre Arbeitskraft ge-gen einen ihrem Wert äquivalenten Lohn zu tauschen haben, oder, was dasselbe ist: dass die tauschwertprodu-zierende Arbeitskraft selbst zu einem Tauschwert wird, lässt sich zeigen, dass die kapitalistische Wirklichkeit nichts ist als das entwickelte System der Freiheit und Gleichheit und dass, was in diesen System stürend entgeder Freiheit und Gleichheit und dass, was in diesem System störend entge-gentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Frei-heit und Gleichheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein falsches Bewusstsein, wenn man die von der Französischen Revolution ausgesprochenen Ideen nun endlich verwirklichen will, wie das die franzö-sischen Sozialisten mit Proudhon an der

Mit dem Sozialismus hat der Liberalismus gemeinsam, dass beide Theorien für eine Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer individuellen und sozialen Utopie, für ein menschenwürdiges Dasein und für Demokratisierung eintreten. Der Liberalismus wendet sich aber gegen jene sozialistischen Theorien, die zu einem Dogmatismus erstarrt sind oder die postulieren, dass durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel der Grossteil der Probleme gelöst würde. Ebenso lehnt der Liberalismus politische Mittel ab, die angeblich dem objektiven Fortschritt dienen, aber in Form wot Verselbständigung der Mittel in das fatale Gegenteil, in die Erstarrung der Macht und in Bisjorkratie ausserten.

Mit Fortschritt meinen wir nicht einen blinden Reformismus, sondern eine Haltung, die bereit ist, auch dort Reformen durchzusetzen, wo diese die Grundlagen unseres Systems, insbesondere der Wirtschaftsordnung, angeifen, sofern dies notwendig ist, um die Freiheit des einzelnen und die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Reformen sind deshalb nur dann sinnvoll, wenn sie den grundlegenden liberalen Zielvorstellungen

Dieses Prinzip der systemüberwindenden Reform postuliert eine Gesell-schaftsveränderung, die sich als fortlaufenden Prozess und nicht als ein-maliges Ereignis versteht. Es baut auf die Ueberzeugung, dass die gegen-wärtige Gesellschaftsordnung gewisse Ansatzpunkte zur rationalen Gestal-tung bewahrt hat, obschon viele klassische demokratische Instrumentarien ausgehöhlt oder zu einem formalen Mechanismus erstarrt sind.

steht – was Maihofer von Lorenz von Stein übernimmt⁶ – die «Prinzipielle Reform des Kapitalismus» wie sie der Liberalismus denkt: es gehe gegen die bisherige Vorherrschaft des Kapitals über die Arbeit nicht um die Umkehr dieser Herschoft gendem werden werden. über die Arbeit nicht um die Umkehr dieser Herrschaft, sondern um deren Gleichgewicht. Eine solche Forderung dokumentiert aber nur ein tiefes Missterständnis über das, was Kapital ist. Ich mus gestehen, dass ich weder den Gedanken einer Herrschaft der Arbeit über das Kapital noch den Gedanken des Gleichgewichts beider auch nur denken kan Im kapitalistischer Prodes Gleichgewichts beider auch nur denken kann. Im kapitalistischen Produktionsprozess – und das ist der Witz der Sache – bezieht sich nämlich das Kapital nicht auf die Arbeit als etwas ihr anderes, sondern als auf sich, das heisst, die Arbeit fungiert in diesem Prozess nicht als etwas vom Kapital Verschiedenes, sondern als Kapital als Eigentum des Kapitalisten. Würde die Arbeit im Produktionsprozess nicht als variables Kapital fungieren, so bevereit den verschiedenes, sondern als Kapital fungieren, so bevereit den verschiedenes, sondern als Kapital fungieren, so bevariables Kapital fungieren, so be-stünde gar kein Kapitalverhältnis, mitstunde gar kein Kapital verhältnis, mit-hin gar kein Kapital. Der Nervus rerum des kapitalistischen Produktionsprozes-ses – und nur darum gibt es einen sol-chen – besteht gerade darin, dass das Kapital die Arbeit unter sich subsu-miert, also darin, dass es, indem es

Macht und in Bürokratie ausarten.

sich auf die Arbeit bezieht, nur auf sich selbst bezogen ist. Weil das Verhältnis eine Subsumtion ist und weil das Kapital überhaupt nur als Kapital fungiert, wenn es, die Arbeit beherrschend, diese unter sich subsumiert, ist das Gerede vom Gleichgewicht der bei-den ein so unsinniges Sprachspiel wie die Rede vom Gleichgewicht zwischen Obst und Aepfeln.

Der Zwang zur Wertverwertung

Wertverwertung

Ferner ist festzuhalten: Der kapitalistische Produktionsprozess ist wesentlich ein Prozess der Wertverwertung. Diese ist sein Ziel und alleiniger Zweck. Es ist dies nicht der Akkumulationsversessenheit des einzelnen Kapitalisten zuzuschreiben. Vielmehr muss die Maximierung des Werts sein alleiniges Motiv sein, ob er will oder nichtsonst geht er im Konkurrenzkampf früher oder später ein: Die Wertverwertung ist ein Zwang; sie ist das oberste Gesetz, das Ziel und der Zweck des Prozesses, dem sich alles andere fügen muss. Was konkret produziert wird, wieviel und wie es prodziert wird, hängt allein von ihm ab. Weil der

Zweck dieses Prozesses unumstösslich feststeht, so dass dessen Missachtung für jeden Betrieb, der in der Konkurenz steht, früher oder später tödlich endet, bedarf es zu seiner optimalen Realisierung lediglich einer Rationalität, die sich auf adie richtige Wahl von Strategien, die angemessene Verwendung von Technologien und um die zwechmässige Einrichtung von Systemens erstreckt: einer Rationalität also, die sich nur auf Relationen technischer Verfügung, also auf Herrschaft bezieht und einen Handlungstyp verlangt, den Habermas zweeckrationales langt, den Habermas «zweckrationales oder instrumentelles Handeln»⁸ geoder instrumenteiles Handeins ge-nannt hat. Diese Rationalität als Ratio-nalität der Wertverwertung ist in Form von Wissenschaft unter das Kapital subsumiert. Das moderne Management ist der Ausdruck dieser Subsumtion oder wenn man will: der Ausdruck des modernen Privateigentums, wie es rational fungiert. Es ist nun gänzlich unmöglich, in diesen Prozess, dessen unmöglich, in diesen Prozess, dessen Ziel ja feststeht und der die Mittel zur Erreichung dieses Zwecks in Form in-strumenteller Vernunft kapitalisiert hat, einen Prozess kommunikativen Handelns, also Demokratie, einzubrin-

zs/konzept

Die vorgeschlagenen Mitbestimmungmodelle unterliegen deshalb umfassend dem Verdacht, instrumentalistisch dem verdach, instrumentanstisch missbraucht zu werden. In einer Gesell-schaft, die durch das Prinzip der Wert-verwertung bestimmt ist, hat Mitbe-stimmung nur als Moment zweckrationalen Handelns einen Sinn; so aber realisiert sie keine gesellschaftliche De-

Das Kapitalverhältnis als Schranke

Die sozialliberale Reform des Kapita-lismus mag – aufgeklärte Industrieun-tertanen und alles, was deren Aufklä-rung impliziert, vorausgesetzt – über das Steuersystem und all die Mechanisdas Steuersystem und all die Mechanis-men, die zum Beispiel in den «Freibur-ger Thesen» vorgeschlagen werden, über einen massiven Staatskapitalismus zu einem Wohlfahrtsstaat führen, der seine Bürger mit sozialer Sicherheit und masslosem Konsum über-schwemmt, aber sie wird niemals aus den Industrieuntertamen Industrieblir-Industrieuntertanen Industriebürger machen, nie Menschen, die die Reproduktion ihres Lebens in demokra-

tischen Prozessen selber bestimmen. Im Begriff des Kapitals ist unüberschreit-bar die Unmöglichkeit der Demokrati-sierung der Gesellschaft gesetzt.

sierung der Gesellschaft gesetzt.

Daran würde sich auch nichts
ändern, wenn das Kapital regelmässig
über die ganze Gesellschaft verteilt
würde. Das Verhältmis des Aktonärs zu
seinem im eigenen Interesse nicht mehr
von ihm selbst kontrollierten, wissenschaftlich gemanagten Privateigentum
beweist dies. Das Problem zunehmender Unmündigkeit der Individuen der
modernen bürgerlichen Gesellschaft,
der wachsende Verlust ihrer Freiheit an
die von ihnen naturwüchsig gemachten. der wachsende Verlust ihrer Freiheit an die von ihnen naturwüchsig gemachten, aber sie beherrschenden Verhältnisse, lässt sich nicht auf das Problem einer noch je systemimmanenten gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums reduzieren. Es hat seine Wurzel wielmehr in der Art und Weise, wie der Reichtum in dieser Gesellschaft fungiert in seiner Form in der Bestimmtgiert, in seiner Form, in der Bestimmtheit des Verhältnisses, das die MenDer VSETH sucht

Karikaturisten

die bereit wären, satirische Zeichnungen über die Hoch-schule oder sonstige «Tages-themen» zu machen. Unsere freundliche Sekretärin nimmt Anmeldungen entgegen bei: VSETH, Leonhardstr. 19, 8001 Zürich, Tel. (01) 34 24 31.

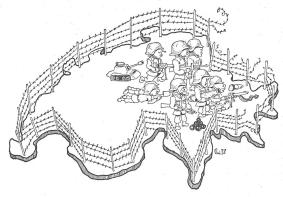
schen in der Produktion ihres materiellen Lebens eingehen, am Kapital.

Peter Günther

Werner Maihofer, ebenda, S. 46

Weiner Mainfort, Gebenda, S. 49
 Sürgen Habermas, Technik und Wissenschaft als Ideologie. 2. Aufl., Frankfurt a. M., 1969
 Jürgen Habermas, ebenda, S. 49

Bern, 28. Nov. Der Bundesrat bestätigt in der Antwort auf eine Kieine Anrage Bern, 28. Nov. Der Bundesrat bestätigt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Nationalrat V. Oehen (Nationale Aktion, Bern), dass die vorhandenen Stacheldrahtvorräte den auf Grund einer neuen Hinderniskonzeption neu festgelegten Armeebedarf nicht zu decken vermögen. Daher müssten zusätzliche Stacheldrahtwalzen beschafft werden. Der vorläufige Verzicht auf die Flugzeugbeschaffung erlaube jedoch aus produktionstechnischen Gründen nicht, die noch bestehende Ausrüstungslücke für Stacheldraht kurzfristig zu schliessen.



Das EMD berichtet, die bestehende Ausrüstungslücke müsse dieses Jahr mit massivem Truppeneinsatz kompensiert werden.

Reue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt - nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner - als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete - so wird gesagt - mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung wahrend 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement: (statt Fr. 22. für 3 Monate Fr. 15.40

für 6 Monate Fr. 29.40 (statt Fr. 42.-(statt Fr. 80.-) Fr. 56.-

Werbeabteilung Neue Zürcher Zeitung Hauptpostfach, 8021 Zürich

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.40 für 6 Monate zu Fr 29.40 für 1 Jahr zu Fr. 56.—

Name und Vorname Adresse:

Postleitzahl/Ort:

Hochschule:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürsch

Bericht über das internationale Studentenseminar in Strassburg (Anfang Dezember 1972)

EWG: Die Herausforderung auf dem Bildungssektor aufnehmen...

Das internationale Seminar von Strassburg, organisiert vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) gemeinsam mit der Union Nationale des Etudiants de France (UNEF) und mit der Unterstützung des Inter-nationalen Studentenbundes (ISB), war ein erster, erfolgversprechender Schritt, in europäischer Zusammenarbeit der studentischen Organisationen der kapitalisti-schen Integration des Bildungswesens in Westeuropa (EWG) koordiniert entgegenzutreten. Das Seminar, an dem die nationalen Dachverbände von über 20 Staaten Europas teilnahmen, stand unter dem Titel «Europa, die Studenten und die Hochschule in den kapitalistischen Ländern und die Demokratisierung der Ausbildung».

dungs.
Vier Tage lang diskutierten die Delegierten in vier Arbeitsgruppen: Tendenzen der kapitalistischen Bildungsplanung, Numerus clausus, soziale Auslese (1); Studlenreform, Ausbildungsinhalte und Berufsperspektive der Studenten (2); die Ausrichtung der Hochschule in den kapitalistischen Ländern auf die Interessen der nationalen und multinationalen Monopole (3) und die Perspektiven gemeinsamer Aktionen (4).

Zum einen wurde die Möglichkeit des gesamteuropäischen Informationsaustauschs über die Probleme der Studenten und über ihre Forderungen rege benützt, zum andern aktualisierte sich das Bedürfnis, konkrete Beschlüsse zur Vereinheitlichung der Politik der Studentenverbünde der kapitalistischen Länder Europas zu fassen. Diesen Beschlüssen, unten angeführt, liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Bildungspolitik und die Bildungsplanung der kapitalistischen Länder in zunehmendem Mass supranationaler Form sowohl im EWG- als auch im OECD-Rahmen – angenommen hat und dass dieser supranationalen Bildungspolitik und die Bildungspolitik und die Bildungspolitik und urd die gemeinsame Aktion der Studentenverbände begegnet werden kann. Darum die Üeberschrift: «Die EWG und die Studenten». Zum einen wurde die Möglichkeit des gesamteuropäischen Informationsaus-

Tendenzen supranationaler Bildungspolitik

Bildungspolitik

Die Tatsache der supranationalen Bildungspolitik im EWG-Rahmen meint nun aber keineswegs, dass es von der EWG aus eine hochentwickelte institutionalisierte gesamteuropäische Bildungspolitik gäbe. Denn in den römischen Verträgen ist eine gemeinsame Bildungspolitik oder wenigstens die gegenseitige Abstimmung hochschulpolitischer Entscheidungen nicht vorgesehen. Seit der Gründung der EWG sind denn auch keine wichtigen Initiativen der Europäischen Gemeinschaft zum Bildungswesen gekommen, sondern ein Grossteil der europäischen Bildungspolitik wurde und wird ausserhalb der EWG-Gremien gemacht. Zu verweisen ist auf die Tätigkeit der OECD (bildungspolitische Empfehlungen für die einzelnen Staaten) und des Europarates (Rat für kulturelle Zusammenarbeit).

Dett).
Ergebnisse liegen bislang lediglich in
der Frage der gegenseitigen Anerkennung durch Harmonisierung der
Diplome vor. Bis heute hat die EWGKommission über 20 Entwürfe solcher
Richtlinien ausgearbeitet und dem Rat
zugeleitet.

Zugeleitet.
Weiterhin haben die Erziehungsminister der EWG-Länder am 16.11.71 beschlossen, ein æuropäisches Entwicklungszentrum» für das Bildungswesen einzurichten mit folgenden Aufgaben: Verbreitung und Sammlung von Informationen über das Bildungswesen,

Koordinierung der Unterrichtssysteme und Beseitigung der Hindernisse für die Mobilität der Lehrkräfte und Lernen-den, gemeinsame Massnahmen auf dem Gebiet der Unterrichtstechnologie, der pädagogischen Forschung und der ständigen Weiterbildung.

pädagogischen Forschung und der ständigen Weiterbildung.

Zu erwähnen ist noch das Memorandum der Kommission an den Rat (Britsel 1970) über adle Industriepolitik der Gemeinschaft». Darin schlägt sie die Gründung einer «Europäischen Stiftung für Management und Ausbildung» vor. Um aus der Abhängigkeit vom amerikanischen Management herauszukommen, fördert die Kommission entschieden eine Verstärkung der Managerausbildung in Europa selbst sowie eine stärkere Einbeziehung der «Probleme der Industrie» in das System der höheren Ausbildung an den Universitäten wie höheren Ausbildung an den Universitäten wie konzentration der wissenschaftlichen Kapazitäten vor. Es geht hier um den Prozess der Sozialisierung der Kosten, der auch auf der nationalen Ebene der monopolistischen Bildungsplanung festzustellen ist.

monoponstycenen Bildungsplanung festzustellen ist.

Neben dieser vorläufigen, nur in Ansätzen ausgebildeten institutionalisierten
EWG-Bildungspolitik muss festgestellt
werden, dass die Tendenz zu einer integrierten Bildungspolitik der kapitalistischen Länder Europas zunimmt. So
gibt es auch Bestrebungen zu einer gemeinsamen Forschungspolitik. Dass sie
bisher nur im Bereich der Atomforschung (Cern) und Entwicklung der
Grossraumflugzeuge zum Teil gelungen
ist, hängt u. E. mit der privatkapitalistischen Form der Internationalisierung
von Forschung und Entwicklung zusammen.

sammen.

Da die Mehrzahl der technischen Innovationen aus der Rüstungsforschung erwachsen (laut Unesco sind 1963 60% der Weltausgaben für wissenschaftliche Forschung in die Rüstung geflossen), kommen die politischen und ökonomischen Widensprüche aufgrund der Monopolkonkurrenz immer wieder zum Tragen, was den Prozess der bildungspolitischen Integration erschwert. Dessenungeachtet aber gleicht sich die Situation im Bildungswesen aller kapitalistischen Länder in und um die EWG an – die Situation, die wesentlich von einer überall zu konstatierenden Krise geprägt ist.

2: Quote des Abortichs der Studien).

Der mannigfaltige Katalog der Instrumente, der Krise im Bildungswesen nicht an der Wurzel, Sondern an der Oberfläche der Erscheinungsform zu begegnen, reicht Konsequenterweise bis hin zur Rationalizierung und Effektuie-

Studienabbruchquoten in

Dänemark

Frankreich

Niederlande

BRD

Schweiz

Italien

Belgien

verschiedenen europäischen Ländern

50%

70 % 40 %

45%

25-35%

Der Vergleich der bildungspolitischen Situation in den verschiedenen Ländern Westeuropas jenigen Studenten, die Zwischen- und Abschlussprüfungen nicht bestehen bzw. aus Gründen unzurreichender materieller Sicherung des Studiums (Sti-pendien) ihre Hochschulstudien abzu-brechen geswungen sind (siehe Kasten 2: Quote des Abbruchs der Studien).

in den verschiedenen Ländern

Die folgenden Ausführungen geben im wesentlichen die Mittel wieder, die als Instrumente eingesetzt werden, um der allgemeinen Krise im Bildungswesen, die als eine Erscheinungsform der Widersprüchlichkeit kapitalistisch produzierender Gesellschaften zu betrachten ist, swirksamm zu begegnen.

Die Begrenzung der Studentenzahlen – in vielfältigen nationalen Ausprägungen realisiert – erscheint als Wesensmerkmal kapitalistischer Bildungsplanung. In einigen Ländern besteht ein totaler Numerus clausus. In andern, z. B. BRD. Frankreich, Niederlande, Norwegen und Schweden wird der Numerus clausus durzup partiell als Bildungsplanungsinstrument angewandt. Die Schweiz dagegen versucht sich mittels eines «kalten» NC (Propädeutika und andere selektive Zwischenprüfungen) durch die überdeutlich gewordene bildungspolitische Misere zu mausern. Damit einher perpetuiert sich munter eine deutliche soziale Selektion (siehe Kasten 1: Anteil der Arbeiterkinder an den Universitäten), die in alter Unerbittichkeit den Stand der Verwirklichung des demokratischen Postulats der Chancengleichheit entlarvt.

Ein weiteres, recht probates Mittel, der «kalte NC», gewinnt über die

Ein weiteres, recht probates Mittel, der «kalte NC», gewinnt über die Schweiz hinaus supranational an Bedeutung: die Erhöhung der Quote der-

Weitere Vorstellung zur

HFG-Revision

Im nächsten »konzept«: MAYFERIAL. LIEN

rung der einzelnen Studiengänge. Es werden nämlich in allen kapitalistischen Ländern Westeuropas Kurzstudiengänge eingeführt, welche verschiedenen «Zielen» gütlich Dienst erweisen. Zum einen erhöhen Kurzstudiengänge die Durchlaufquote der Universitäten, zum andern, was wichtiger ist, ermöglicht die Differenzierung des Qualifikationsniveaus die noch reibungslösere Integration der Hochschulabsolventen in mehrfach untergeordnete Positionen im lohnabhängigen Status.

(Universität Brüssel) 60%

Es ist ein Gemeinplatz, dass die Krise im Bildungswesen nebst dem

Fehlen des notwendigen bildungsplanerischen Instrumentariums grundsätzlich aus der finanzpolitischen Misere der öffentlichen Ausgaben kapitalistischer Gesellschaften resultiert. Dementsprechend werden auch in allen Ländern Westeuropas die Bildungsausgaben – zumindest relativ – eingeschränkt (siehe Plafonierung der Studentenzahlen in der Schweiz). In Frankreich z. B. wurden die Bildungsausgaben von 1971 auf 1972 um rund 9,5% gekürzt. Es dürfte klar sein, dass dies für den Studenten äusserst negative Folgen zeitigt. Insbesondere im Bereich der sozialen Lage der Studenten ist eine deutliche Verschlechterung festzustellen (FRK: 4%, Steigerung der Stipendien) der Stipendien bei 6% Preissteigerung im gleichen Zeitraum; CH: überhaupt keine Teuerungsanparsung der Stipendien), wie auch in der Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen (Mangel an Lehrpersonal, an Lehrmitteln und Räumen).

Die Forderungen der verschiedenen nationalen Studentenverbände

Die Diskussion um die Analyse der bildungs- und sozialpolitischen Situa-tion der verschiedenen Länder West-europas erbrachte grundsätzliche Uebereinstimmung der jeweiligen natio-nalen Probleme und Konfliktei im Hochschulsektor und der daraus resul-tierenden studentischen Forderungen. Diese einheitlichen Forderungen wur-den in einer Schlussresolution des Seminans zu einem Forderungskatalog zusammengefasst.

Dieser Forderungskatalog, der, und das ist zu betonen, den grundsätzlichen Konsens aller in Strassburg versammel-ten Studetenorganisationen widerspie-gelt, umfasst im wesentlichen folgende

- Anerkennung des Rechts auf Bildung durch eine ausreichende materielle Absicherung des Studiums, damit die Studenten ihr Studium normal absolvieren können;
- Erhöhung der nationalen Bildungs-ausgaben durch Kürzung der Rüstungs-ausgaben und verstärkte Besteuerung der Konzernprofite;
- der Konzemptonee,

 Sicherung einer umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung, die eine wirkliche Berufsqualifizierung einschliesst und die permanente Weiterbildung ermöglicht. Diese Ausbildung nuss die zukünftigen Lohnabhängigen befähigen, zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen und den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zu meistern: meistern;
- Garantie des öffentlichen Status des Hochschulwesens auf dem Gebiet von Finanzierung, Verwaltung und Inhalt der Ausbildung der Studenten;

Respektierung und Erweiterung der politischen und gewerkschaftlichen Rechte, Sicherung und Ausbau der Mit-bestimmung der Studenten und ihrer Organisationen bei der Verwaltung der Universität und in der gesamten Bil-dungspolitik;

schen Ländern, mit einigen Ausnahmen, ist jedoch gemeinsam, dass die Mitbestimmungsrechte relativ begrenzt oder faktisch nicht existent sind. Vor allem bieten die Entscheidungsstrukturen der Hochschulen keine Gewähr der demokratischen Kontrolle der Mehrheit der Bevölkerung, der Lohnabhängigen.

Anteil der Arbeiterkinder an den

8,5 % 10 % 12 %

7 % 14 % 6 %

23 %

15,3%

Studierenden verschiedener

Länder

Oesterreich

BRD (1966) Dänemark (1964)

Belgien (1962) Frankreich

Griechenland Norwegen (1964) Schweden (1961)

Schweiz (1969) Grossbritannien (1961) (inkl. Handwerker)

Italien (1964) (inkl. Angestellte)

- Anerkennung der Diplome und Staatsexamina durch den Staat und die Unternehmer, Anerkennung des Rechts auf Berufsausübung und Anstellung ohne politische, soziale, rassische oder religiöse Diskriminierung;
- Verteidigung der Forderungen, wie sie in dieser Plattform niedergelegt sind, auch gegenüber den gemeinsamen Institutionen der kapitalistischen Ländern Europas;
- Entwicklung der Zusammenarbeit sowie des wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen den Ländern Europas ohne Diskriminierung, auf der Basis der Gleichberechtigung und unter Wahrung des nationalen kulturellen Erbes mit dem Ziel des gegenseitigen Vorteils, des sozialen Fortschritts und des Friedens und im Geist der Freundschaft und der internationalen Solidarität.

der Freundschaft und der internationalen Solidarität.
Im Zusammenhang mit diesen Forderungen scheint uns wichtig zu betonen, dass anhand dieses Katalogs Formen der Vereinheitlichung der Politik der Studentenverbände des kapitalistischen Westeuropas diskutiert und verabschiedet wurden.

der Auseinandersetzungen

Der VSS verpflichtete sich mit der Verabschiedung des Aktionsprogramms

Bezeichnenderweise werden den offiziellen Kreisen Mitbestimmungsrechte der Studenten, sofern sie vehement zur Verteidigung oder Verwirklichung den werden der Studenten wahrgenommen werden, unbequem. Zur Zeit sind in mehreren Ländern Tendenzen zu beobachten, hart erkämpfte Mitbestimmungsrechte der Studenten mittels Gesetzesänderungen rückgängig zu machen (z.B. BRD). Bezeichnenderweise werden den offi-Studenten mittels Gesetzesanderungen rücksänigi zu machen (z.B. BRD). Auch die offiziellen Interessenorganisationen der Studenten stehen mancherorts unter Beschuss, ja man versucht sie soggar abzuschaffen (z.B. Grossbritannien und BRD). Allen kapitalisti-

72/73 auf eine Politik der tendenziell gewerkschaftlichen Orientierung:

«Das Aktionsprogramm setzt bei den politischen und sozialen "Tages"-Inter-essen der Studierenden ein und vermit-telt diese mit der objektiven Lage der Studierenden in der Studierorganisa-tion und in der Gesellschaft. Diese wietton und in der Geseltschaft. Diese Wiederum ist bestimmt durch die objektive Zukunftssituation der zunehmenden Zahl der Studierenden als der zukünftigen Lohnabhängigen, d. h. in wachsendem Masse den kapitalistischen Interessen Untergeordneten.» (Richtlinien für das Programm S. 6).

für das Programm S. 6).

Alle nationalen Studentenverbände Westeuropas stimmten in den Grundzügen dieser Strategie – der gewerkschaftlichen – überein. Dies ergab die Voraussetzung, auf der Ebene des Meinugsaustausches sowie auf der Ebene gemeinnamer Aktionen wirksame Zusammenarbeit organisieren zu können mit der Ueberzeugung, nur in der Vereinheitlichung der europäischen Studentenbewgung und in Zusammenarbeit mit den demokratischen Crganisationen der sozialistischen Länder der kapitalistischen Integration des Bildungswesens und deren Konsequense und dungswesens und deren Konsequenzen im Rahmen der EWG wirkungsvoll ent-gegentreten zu können.

In diesem Sinn einigten sich die über In diesem Sin einigen sich die uber 20 in Strassburg vertretenen studenti-schen Organisationen auf folgende in der Schlussresolution angeführten Grundzüge von Formen gemeinsamer Aktivitäten:

Regelmässig, mit Unterstützung des ISB, Konferenzen abzuhalten sowie Seminare und andere Initiativen zu organisieren, bei denen die nationalen Studentenverbände Europas die Probleme und die Lage der Studenten in den kapitalistischen Ländern behandeln, um gemeinsame Aktionen zu entwickeln;

(Es sollte durchaus in unseren Möglichkeiten liegen auch einmel ein ge-

(Es sollte durchaus in unseren Mog lichkeiten liegen, auch einmal ein ge meinsames Seminar oder Treffen au Vorstandsebene zu organisieren, VSS.)

- in diesem Sinn das 11. European Meeting aktiv vorzubereiten;
- gemeinsame Initiativen zur Verteidigung der demokratischen Forderungen gemeinsame initiativen zur Verleiti-gung der demokratischen Forderungen der Studenten gegenüber den gemein-samen Institutionen der kapitalisti-schen Länder Europas zu organisieren;
- einen kaneer kuropas zu organisieren;

 einen schnellen und permanenten
 Informationsaustausch zu entwickeln;
 (Internationaler Informationsaustausch
 wird ein fester Bestandteil auch
 unseres Verbandes sein. Es wurde von
 den anderen Verbänden beklagt, dass
 die Schweiz in den letzten Jahren abseits gestanden habe und man kaum
 informiert sei über die Situation im
 Hochschulsektor, VSS.)
- die Partnerschaften zwischen den Universitäten zu entwickeln, um die gemeinsamen Aktionen der Studenten zu verstärken;
- © die Bedingungen für die Vorbereitung gemeinsamer und zeitlich abgestimmter Aktionen zur Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen der Studenten der kapitalistischen Länder Europas sowie ihre möglichen Formen zu prüfen.

Bericht von einem VSS-Seminar

Dürfen die Studentenschaften Politik machen?

Am 20. und 21. Januar veranstaltete der VSS in Gwatt bei Thun ein Seminar über die verzwickte Frage nach dem sogenannten politischen Mandat der Studentenschaften, Interessante Referate und lebhafte Diskussionen unter den zirka 30 Teilnehmern haben geholfen, das mögliche Tätigkeitsfeld der Studentenschaften und des VSS genauer abzustecken.

Angepackt wurde das vielschichtige Problem des «politischen Mandats» von seiner juristischen Seite, wobei es nicht um ein eigentliches Mandat (Auftrags-verhältnis) ging, sondern um die Frage, b. die Studentenscheften wed ihr ob die Studentenschaften und ihr Dachverband Stellungnahmen zu allen beliebigen politischen Fragen abgeben dürfen. Dabei konnte man sich auf die durjen. Dabei konnte man sich auf die bedeutendste Vorarbeit, die in der BRD zu diesem Thema geleistet worden ist, beziehen. Martin Killias erörterte in seinem einführenden Referat die Ansicht von U. Preuss, die er in seinem Büchlein «Das politische Mandat der Studentenschaft» (edition suhrkamp)

ausführlich darlegt. Preuss geht davon aus, dass das Grundgesetz der BRD die Wissenschaftsfreiheit garantiert. Da die Wissenschaft politische Implikationen hat, haben die Wissenschafter politische hat, haben die Wissenschafter politische Verantwortung. Daraus, dass die Studenten Wissenschafter sind, schliesst Preuss, dass sie aufgrund ihrer Verantwortung als Wissenschafter politisch Stellung beziehen müssen. Die Studentenschaft ist das Organ zur Vertretung dieser auf wissenschaftlicher Basis erabeiteten politischen Stellungnahmen. Killias hat diese Argumentation abgehnt mit dem Hinweis dass studentilehnt mit dem Hinweis, dass studenti-sche Argumentationen nicht immer

wissenschaftlich sind. Demgegenüber hielt er fest, dass politische Veranstal-tungen zu Bildungszwecken durchaus im Rahmen der Verfolgung wissen-schaftlicher Ziele sind und deshalb von den Studentenschaften organisiert wer-den können. Ebensowenig wurde be-zweifelt, dass die Studentenschaften oder Fachschaften sich aufgrund eines ausgewiesenen wissenschaftlichen oder Fachschaften sich aufgrund eines ausgewiesenen wissenschaftlichen Sachverstandes zu allgemeinpolitischen Fragen äussern können. Weiter führte er aus, dass der Verbandszweck massgebend ist für den zulässigen Bereich politischer Stellungnahmen. Im allgemeinen lautet der Verbandszweck der Studentenschaften «Wahrung der studentischen Interessen». Diese Interessen können jedoch nicht objektiv formuliert werden, sondern werden vom Verband selbst aufgrund interner Meinungsbildung artikuliert. Damit ist für nungsbildung artikuliert. Damit ist für den Bereich möglicher politischer Stel-lungnahmen der Studentenschaften wenig ausgesagt, nämlich nur, dass die Studenten in irgendeiner Weise besonders betroffen sein müssen. Mit genügend Sophismus lässt sich nun aber in fast allen politischen Fragen eine «besondere Betroffenheit» der Studenten nachweisen, insbesondere auch deshalb, weil nicht nur eine materielle Betroffenheit, sondern auch eine ideelle Betroffenheit (Solidariserung) ihre Berechtigung hat. Eine rein formaljuristische Betrachtung des Problems wirft wegen des grossen Ermessensspielraums nicht viel ab für eine Beurteilung des Problems

Zur Wünschbarkeit des «politischen Mandats» zeigte Werner G. Hoffmann in seinem Referat, dass Bestrebungen zur Abschaffung eines «politischen Mandats» normalerweise gepaart sind mit der Absicht, die Stellung der Studentenschaft überhaupt zu schwächen. Deshalb forderte Peter Kurer in seinem Referat, dass auf die prononcierte Wahrnehmung eines generellen politischen Mandats verzichtet werde, damit sich ein grosser Teil der Studentenschaft mit der Handlungsweise ihrer offiziellen Studentenschaft identifizieren kann. Hoffmann schliesst anhand von Ergebnissen von neuesten Urabstimmungen in Zürich und Bochum, dass die Zur Wünschbarkeit des «politischen Ergennissen von neuesten Urabstimmun-gen in Zürich und Bochum, dass die Einstellung der Studenten zum «politi-schen Mandat» eine Frage des politi-schen Bewusstseinsstandes ist. Da er aber einen Studentenverband nicht nur

als blossen Registrator, sondern als be-wussten Initianten fortschrittlicher Be-wegungen versteht, postuliert Hoff-mann, dass die Studentenverbände nicht erst dann für ein «politisches Mandat» Stellung beziehen, wenn diese Ergterung ohnehin zum Allemingut Forderung ohnehin zum Allgemeingut der studentischen Bewegung geworden

der studentischen Bewegung geworden sein wird.

Obwohl man sich auf der theoreti-schen Ebene nicht einig war, konnte in bezug auf das praktische Vorgehen des VSS ein Konsens unter den Seminar-teilnehmern erzielt werden: Beat Schnei-des betrotte dass der VSS keine Partvisis ein konisens unter uch Sehmaiteilnehmern erzielt werden: Beat Schneider betonte, dass der VSS keine Partei
ist, sondern ein studentisches Aktionsbündnis, das den «Tages»-Interessen
der Studierenden zu folgen hat. Mit
andern Worten: Der VSS soll nicht zum
Instrument einer politischen Partei gemacht werden, sondern von allen gesamtgesellschaftlichen Interessen nur
jene behandeln, welche die Studenten
besonders betreffen. Diese Betroffenheit muss nicht unbedingt materieller
Natur sein (zum Beispiel Wohnungsfragen), sondern kann auch ideeller Natur
sein (zum Beispiel Solidarisierung mit
den Studenten von Kent, (blio, anlässlich der Erschiessung von fünf Kommijitonen). Das mögliche politische Betätigungsfeld der Studentenschaften und tigungsfeld der Studentenschaften und des VSS ist also auch aufgrund verbandsinterner Ueberlegungen recht gross, aber nicht unbegrenzt.

Christian Thomas

40 Stunden sind genug!

Vor etwas mehr als einem Jahr haben die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) eine Initiative zur Einführung der 40-Stunden-Woche lanciert. Zur Untermauerung der Argumentation wurde dabei in der Folge eine Broschüre ausgearbeitet, die dem Wunsch nach einer umfassenderen Darstellung des gesamten Fragekomplexes 40-Stunden-Woche nachkommen soll. Wir drucken im folgenden einen Auszug aus der Broschüre der POCH ab.

Der Entschluss der POCH, die 40-Stunden-Woche-Initiative zu lancieren, war eine direkte Folge der Schwarzenbach-Initiative. Nichts hätte den Zustand der schweizerischen Arbeiterbewegung krasser zeigen können als das Abstimmungsergebnis vom 7. Juni 1970. Das jahrzehntelange Fraternisieren und Paktieren der Rechten in der SP und den Gewerkschaften mit dem Bürgertum hatte die Arbeiterschaft so weit desorientiert und desorganisiert, dass es einem durch und durch bürgerlichen Demagogen, einem Bewunderer Hitlers und Mussolinis, gelingen konnte, einen grossen Teil selbst der Gewerkschaftsmitglieder für sich zu gewinnen. Der Bankrott der Politik der Sozialpartnerschaft trat damit offen sichtbar zutage. Der Entschluss der POCH, die 40-Stun-

Gegen die Offensive von rechts

Aber auch für die Linke sah die Lage beim Debakel vom 7. Juni nicht unbedingt rosig aus. Sie konnte natürlich der Parole Schwarzenbachs nach Abbau der Fremdarbeiter unmöglich zustimmen. Diese stellte einen klaren Angriff auf das Prinzip der Arbeitersolidarität dar und war eindeutig darauf angelegt, die Spaltung und politische Schwächung der Arbeiterklasse voranzutreiben. Wie seine neueste Ueberfremdungsinitiative wieder deutlich zeigt, geht und ging es Schwarzenbach gar nicht so sehr um einen Ausländerareintungsimitative weiter detitich gar nicht so sehr um einen Ausländerabbau. Was er will, sind nicht weniger Fremdarbeiter, sondern weniger Rechte für die Fremdarbeiter, d. h. die Ersetzung von Ausländern mit minimalen Rechten (Jahresaufenthalter) durch solche ohne jede Rechte (Saisonniers). Deshalb hat er auch stets den unbeschränkten Zuzug von Saisonarbeitern gefordert: Diese könnten wegen ihrer Rechtlosigkeit im Bedarfsfall als beliebig steuerbare Manövriermasse (z. B. als Streikbrecher) eingesetzt werden, sie lassen sich bequem abschieben und belasten die Infrastruktur nur in geringem Ausmass.

So musste sich die Linke am 7. Juni 1970 wohl oder übel in die von ganz

anderen Motiven bestimmte Einheitsfront von Bürgertum und Sozialpartner-schaftlern einreihen. Dadurch war es ihr fast unmöglich, sich mit einer eige-nen Politik zu profilieren.

Für eine Stärkung der Linken

Aus dieser Situation haben die POCH Aus dieser Studation naben die PoCH
die Konsequenzen gezogen. Die Krise
der Sozialpartnerschaftspolitik kann
nur dann in einen Erfolg der Linken
umgewandelt werden, wenn diese zu
zeigen vermag, dass sie, und nur sie,
gewillt und imstande ist, die Interessen

Die Broschüre «40 Stunden sind ge-nug» ist zum Preis von 2 Fr. beim POCH-Verlag, Postfach 196, 8049 Zürlich, erhältlich. Bei der gleichen Adresse können bestellt werden: «Nulltarfi» (2.50 Fr.) und «Kapitali-stisches Gesundheitswesen» (4 Fr.).

der Arbeiterklasse wirksam zu vertreder Arbeiterklasse wirksam zu vertreten. Dies ist nur möglich, wenn vom
blossen Reagieren auf die Angriffe des
Bürgertums zur Gegenoffensive geschritten wird. Dazu müssen klare Klassenforderungen gestellt werden. Die
Forderung nach Arbeitszeitverkürzung
ist eine davon. Sie schafft klare Fronten. Die 40-Stunden-Woche-Initiative
bietet verschiedene Möglichkeiten, die
augenblickliche Schwäche der Schweizer Arbeiterbewegung zu überwinden. zer Arbeiterbewegung zu überwinden.

POCH

Gedacht - gedichtet

Der städtische Vater an seinen Sohn

Kannst du da oben über den Antennen. hinter diesen hohen Baugerüsten hangen sehn den Mond, Kind?

Ganz im Smog, der unsere Alten (die den Mond noch anders kannten) am kritischen Tag ihres Biorhythmus,

hängt er, im Rauch des Kamins einer Fabrik. die Lebensverlängerungs-Pillen herstellt!

Kinoanzeige

Weekend oder das Ende des Spätkannibalismus in Farben jeder frisst jeden mit Zähner im Kino Okzident geh hin und sieh's

Schriftstellerdasein

Je mehr Zeilen desto mehr Honorar

weniger desto weniger

Bestseller desto Schriftsteller

Clemens Mettler

Chile-Woche an den schweizerischen Hochschulen 22.-28. Februar 1973

Der VSS organisiert vom 22. bis 28. Februar 1973 an den schweiz. Hochschulen ein Chile-Solidaritätsmeeting! (Jeweils am Abend)

Zürich: Donnerstag, den 22. Februar 1973 Bern: Freitag, den 23. Februar 1973 St. Gallen: Montag, den 26. Februar 1973 Fribourg: Dienstag, den 27. Februar 1973 Basel: Mittwoch, den 28. Februar 1973

Programm:

Begrüssung durch den VSS

- Chilenische Volksmusik (chilen. 5-Mann-Band)
 Rede über die aktuelle Situation in Chile: Ernesto Ottone,
 Vorstand des CPFUCH (Verband der chilen. Studentenschaften)
- · Chilenische Volksmusik, 2. Teil
- Allgem, Diskussion mit der chilenischen Delegation

Es ladet ein der VSS und die lokalen Studentenschaften.

Vorstand VSS

Soeben erschienen:

Die Studentenschaft als Rechtsproblem Von Martin Killias

Eine Untersuchung über die Rechtsnatur der Studentenschaft der Universität Zürich.

Zu beziehen beim VSS, Erlachstrasse 9, 3000 Bern.

BULLWORKER verwandelt Schwächlinge in MANNER



DAS KINDERLEICHTE BULLWORKER-TRAINING - 5 MINUTEN TÄGLICH GARANTIERT INNERT 14 TAGEN RESULTATE, DIE SIE FÜHLEN, SEHEN UND TATSÄCHLICH NACHMESSEN KÖNNEN. Andernfalls zahlen Sie nichts

In weniger Zeit als Sie zum Rasieren ibenötigen, kann Ihnen der Bullworker zu einem männlich-athletischen Körper verhelfen, den Frauen bewundern und um den Sie von anderen Männern beneidet werden. In nur 5 Minuten pro Tag kann der Bullworker schwächliche Arme in kraftvolle Bizeps verwandeln – einen muskulösen Brustkasten, breite Schultern, stahlharte Bauchmuskeln, kräftige Oberschenkel und Waden entwickeln und Ihner Haltung verbessern. Schon nach 14 Tagen können Sie Resultate im Spiegel sehen und mit dem Messband kontrollieren — andernfalls zahlen Sie nichts. Senden Sie uns den Coupon für alle Details noch heute. Keine Verpflichtung. Kein Vertreterbesuch.



BULLWORKER-SERVICE der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 ZURICH

GRATIS-DOKUMENTATION

BULLWORKER-SERVICE der Tono AG, Dufourstrasse 145, 8034 ZÜRICH JA, senden Sie mir alle Details über die Bullworker-Methode, die eine männlich-athletischen Körper garantiert. Vorname: Name:

Strasse: © 1970 Tono AG, Zürich



GEGENINFORMATION

das schweizerische politische Monats-Magazin

Verlag focus Postfach 2060 CH-8023 Zürich



die politische Versandbuchhandlung für kritische Leser

Spezialgebiete Aktuelle Politik Friedenssicherung Dritte Welt Soziologie Kirche und Gesellschaft Engagierte Gegenwartsliteratur

Verlangen Sie unsere monatliche «information für morgen». Sie orientiert kostenios über Interessantes vom Buchmarkt

«buch 200». Postfach 36 8910 Affoltern a. A. Telefon 01/99 85 85

9

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduk-tionsfähiges Manuskript brin-

Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarb-band zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeits-vorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichenarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5 8001 Zürich, Telephon 27 77 27 (gegründet 1945)



In dieser Spalte veröffentlicht «konzept» Zu-schriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da mög-lichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfässers wider.

Staatsschutz für wen?

Interview mit Bundesanwalt Walder, konzept Nr. 7, Januar 73

Im letzten «konzept» entwickelte sich um das interessante Interview mit Bundesanwalt Walder ein Streit zwischen Jürg Frischknecht und Walder darüber, wem wohl der Staatsschutz am meisten nütze bzw. schade. Walder erklärte, dass seine Tätigkeit durch das Gesetz betreffend die Bundesanwaltschaft von 1889 legitimiert sei. Ein Blick zurück auf die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes kann deshalb in bezug auf den Nutzen des Staatsschutzes klärend wirken. Der Staatssekretär des Deutschen Reichs, Herbert keiter des Deutschen Reichs, Herbert kein des Manne der Staatssekretär des Deutschen Reichs, Herbert keiter des Deutschen Reichs, Herbert kein des Manne des Manne des Benaches der der des Benaches des B Im letzten «konzept» entwickelte sich kretär des Deutschen Reichs, Herbert kretär des Deutschen Reichs, Herbert von Bismarck, Sohn des Kanzlers, gab damals zum neuen Gesetz die folgende Erklärung ab: Bei dem Meinungsaus-tausch, welchen wir meistens in schrift-licher Form im Laufe dieses Sommers mit der schweizerischen Regierung ge-habt haben, haben wir uns lediglich von der Absicht leiten lassen, die Bun-desgenossenschaft der Regierung dieses befreundeten Nachbarstaates in den notwendigen, aber schweren Kampf ge-gen, die unstilligung Destrabung Degen die umstürzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie zu gewinnen.»

(Zitat aus Konrad Farner: «Zürichs Geschichte, Chronik einer Manteldemokratie», Verlagsgenossenschaft, Zürich

M. T., Zürich

Grosse Dienste

Gespräch mit Bundesanwalt Hans Walder über Staatsschutz, kon-zept Nr. 7, Januar 1973

Zum Thema Staatsschutz und politische Polizei habe ich mir eine SDA-Mel-dung vom März 1970 aufbewahrt, die den «konzept»-Lesern nicht vorenthal-ten sei: «Am Dienstagabend wurde Max ten se: «Am Dienstagabend wurde Max Debrumer, ehemaliger Chef des Politischen Nachrichtendienstes der Kantonspolizei Zürich, mit dem Verdienstheruz der Taxiarchen des griechischen Phönix-Ordens geehrt. An der Ueberreichung des von den eidgenössischen Behörden genkenische Macken wurden der hörden genehmigten Ordens verdankte Generalkonsul Ghertsos dem Geehrten im Namen des griechischen Königshau

ses die grossen Dienste, die dieser wähses die grossen Dienste, die aleser wan-rend mehr als zwei Jahrzehnten allen griechischen Staatsoberhäuptern wie auch allen andern ausländischen hoheu Persönlichkeiten in der Schweiz in vor-züglicher Pflichterfüllung leistete.»

R. Pfister, Basel

Tabu brechen...

Abonnementstalon S. 2

Bevor ich abonniere und auch sonst beistehe, erwarte ich, dass Sie wenigstens das Tabu «Katholische Kirche» zu brechen Versuchen. Ueberall wo diese römischen Pfaffen ohne eigenen Willen und zu 80% schwul auftreten, gibt es Unheil. Kampf den Jesuiten und Rüstern. Ich höffe, Sie haben nicht Angstern. Ich höffe, Sie haben nicht Angstern. Ich höffe, Sie haben nicht Angstern. Ich erfälfen und Prediger – das Volk wird ruhig gehalten, um den Polizeistaat wirken zu lassen! Was meinen Sie?

E. Gfeller, Thun Pay hominibus — Bedehtien

Pax hominibus... Redaktion

Lärmfliegerei

Es ist nun endlich und wenigstens – so hoffe ich – noch rechtzeitig auf jenes moderne Treiben die Aufmerksamkeit zu lenken, das man euphemistisch «Sportfliegerei» nennt.

«Sportfliegerei» nennt.

Diese abartige Betätigung dient nicht etwa, wie der Name vermuten lässt, der körperlichen Ertüchtigung, sondern dem Vergnügen, von oben zu sehen. Dabei – und darum geht es hier – belästigt der Pseudosportler alle auf der Erde Gebliebenen akustisch und visuell. Soweit er fliegt und sieht, so weit lärmt er auch. (. .) Wir sehen, wie ein Wirtschaftszweig sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert und die Sportflieger sich auf Kosten der Mitbürger und der Unwelt belustigen. Es kommt dazu, dass die Fliegerei Privileg vermöglicher Leute ist. Soll die privilegierte Klasse, was sie nie konnte, den Nichtprivilegierten die Luft verpesten, die Ruhe nehmen und die Aussicht verunstalten dürfen?

Wir schlagen vor, den motorisierten

Wir schlagen vor, den motorisierten Flieger künftig nicht mehr Sport, son-dern sachgerechter «Lärmflieger» zu nennen und den Schweizerischen Sport-fliegerverein «Schweizerischen Lärm-fliegerverein».

Dietrich Kehl, Lachen AR

Walter Matthias Diggelmann

Bertschi ist der Grösste

Sie, lieber und verehrter Leser, können vielleicht nicht wissen, wer Dr. Marcel Bertschi ist. Ich will es Ihnen in groben Zügen sagen. Er ist zur Zeit Bezirksan-walt, also «öffentlicher Ankläger» am Bezirksgericht der Stadt Zürich. Er ist wait, also wortenitener Anklagers am Bezirksgericht der Stadt Zürich. Er ist Offizier, was freilich nichts gegen ihn aussagt. Er ist Sozialdemokrat. Das bin ich auch. Er war einmal jung. Das waren wir alle einmal. Er war Redaktor beim «Volksrecht». Das war einmal die Zeitung der Sozialdemokratien, und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz war einmal die Partei der Arbeiter, der Lohnempfänger und der Deklassierten. Heute setzt sich die übergrosse Mehrzahl der SP-Mitglieder aus kleinkarierten Kleinbürgern zusamen, die Tag und Nacht davon träumen, eines Morgens als Bührle, Geigy, Sulzer, Julius Bär oder Axel Springer zu erwachen.

zu erwachen. Sozialdemokrat Bertschi, Sozialdemokrat Bertschi, Roman Brodmann (der sattsam bekannte unbequeme Nörgeler), Sebastian Speich und ein Mann namens Zimmermann, der mich seinerzeit auf die «Hinterlassenschaft» (Dreckkommunist Konrad Farner) aufmerksam gemacht hatte, also wir sassen einträchtig beisammen und berieten, was man so an gutdemokratischen Störaktionen unternehmen könnte, um die Demokratie zu einer Demokratie, die Schweiz zu einer funktionierenden demokratischen Schweiz zu machen. Doch Marcel Bertschi wurde es leid. Er wurde Bezirksanwalt, zu machen. Doch Marcel Bertschn wurde se leid. Er wurde Bezirksanwalt, Diener des Staates, was wiederum nicht gegen ihn spricht. Im Gegenteil, ich gratulierte ihm damals bei Gelegenheit, denn wir brauchen öffentliche Ankläger, die nicht nur das Strafrecht und die Bibel kennen, sondern sensibilisiert sind für Straftäter die Enfühlungsversind für Straftäter, die Einfühlungsvermögen haben usw.

Bertschi Bezirksanwalt Marcel Seit Marcel Bertschi Bezirksanwalt ist, ist sein Aufstieg oder sein Abstieg, wie Sie es nehmen wollen, unaufhörlich. Ich begegne seinem Namen mit schöner Regelmässigkeit in den Berichten der Gerichtsberichterstatter. Und mehrheitlich im Zusammenhang mit Strafklagen gegen Jugendliche. So Bunkerjugend, Heimkampagne, jugendliche g/Drogenslinder» usw usw

liche «Drogensünder» usw. usw. Ich muss neidvoll zugeben, Marcel Bertschi hat sich zum sauberen Sauber-Bertschi hat sich zum sauberen Sauber-mann durchgemausert. Er ist eine wirk-liche Stütze der herrschenden Gesell-schaft geworden. (Bei Henrik Ibsen heisst es nur «Stützen der Gesell-schaft»). Zu sagen «herrschende Gesell-

chaft» ist ja wahrscheinlich auch ein schaftv ist ja wahrscheinlich auch ein Pleonasmus. Wie dem auch sei, Bert-schaft. Er wendet das Strafgesetzbuch streng, wenn auch korrekt an. In sei-nen Strafanträgen ist er nicht zimper-lich. Recht muss Recht bleiben. Law and order scheint seine Lebensmaxime geworden zu sein.

Nun ia, Law and order muss man Nun ja, Law and order muss man nicht nur predigen, sondern auch kraftvoll und mit aller Härte durchsetzen, wenn man Karriere machen will. Marcel Bertschi erinnert mich an einen seiner Kollegen. Der hat es inzwischen bereits weiter gebracht. Der ist jetzt
Oberrichter am Zürcher Obergericht. Er
ist ein RGR-Mann und heisst Schütz. Oberrichter am Zürcher Obergericht. Er ist ein BGB-Mann und heisst Schütz. Dieser «Scharfschütz» hat seine Lauf-ben der Zürcher Polizeirekruten-schule begonnen. Wenn nicht schon früher. In harter Freizeitarbeit hat er sich dann als Polizeibeamter die Matu-rität erworben und wurde anschlies-send sogar Jurist. Er war, wie Bertschi, zunächst einmal auch Bezirksanwalt, beute ist er Oberrichter Der Dr. zunächst einmal auch Bezirksanwalt, heute ist er Oberrichter. Der Dr. «Scharfschütz» hat einmal im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens als Bezirksanwalt erklärt, es sei wahr, dass er bereits vor Beginn der Untersuchung von der Schuld des Angeklagten überzeugt gewesen sei. Man konnte diesem «Schützen» nachweisen, dass er bei der Polizei vorstellig wurde, weil die eingegangenen Leumundszeugnisse seinen Vorstellungen nicht entsprachen.

Ich habe seinerzeit im «Züri-Leux über diesen aktenkundigen Skandal berichtet. Der damalige Präsident des Zürcher Obergerichts, ein gewisser Dr. Egg, nebenamtlich Sozialdemokrat (merken Sie die Feinheiten?), nahm sei-nen Amtsbruder kollegial in Schutz. Nein, soviel kann man Marcel Bert-

schi nicht vorwerfen; man kann ihn überhaupt nichts vorwerfen. Bertschis jüngstes Opfer ist der Basler Theologiejungstes Uprer ist der Basier i Theologie-Professor Max Geiger. Natürlich kann Marcel Bertschi dem Professor Max Geiger nicht einmal einen Löffel kalten Wassers reichen. Aber er konnte einen Strafantrag stellen. Zwei Wochen Ge-fängnis, bedingt erlassen bei Wohlver-halten. Was hat Professor Max Geiger verbrochen? Er hat menschlich nositiv. verbrochen? Er hat menschlich positiv. ia, er hat christlich, nein, mehr noch, ei hat sogar im echten Sinn sozialistisch gehandelt: Er hat damals den entwi-chenen Zöglingen aus der Anstalt Uiti-kon Nahrung und Unterkunft für eine

Nacht, Rat, Liebe und Mitmenschlich keit gegeben. Damit macht man freilich keine Karriere à la Marcel Bertschi. Dazu braucht's mehr.

Ich weiss nicht, ob der Herr Bezirks-anwalt Dr. Marcel Bertschi, Offizier der Schweizer Armee, noch immer Mit-glied der Sozialdemokratischen Partei ist. Ich hoffe, er habe seinen Abschied eingereicht. Denn wenn nicht, wäre das ein Grund für mich, der SPS den Rükken zu kehren.

Aber seien wir realistisch; Bezirksanwälte, Richter, Staatsanwälte usw. werden ja ausschliesslich von unseren Watlern ja ausselmestsinen von unseten Parteien nominiert und portiert; die Wahlpropaganda bezahlen wir, das Fussvolk. Das wissen die Bertschis.

Lohnt es sich da noch, Parteimitglied

Wahlen in Frankreich

Wither in Fitters ex.

In knapp zwei Wochen finden in Frankreich die Parlamentswahlen statt. Diesen Wahlen schaut man überall mit grossem Interesse entegeen, da die Entscheidung zwischen der bisherigen gaullistischen Koalltion oder einer neuen Koalition der Linken fallen wird. Am 27. Juni 1972 einigten sich die Sozialistische und die Kommunistische Partei Frankreichs auf ein gemeinsames Regierungsprogramm, das eine blare Persektive zu einer tiefgreifen-

Sozialistische und die Kommunistische Partei Frankreichs auf ein gemeinsames Regierungsprogramm, das eine klare Perspektive zu einer tiefgreifenden Veränderung eröffnen will und einer fortgeschrittenen Demokratie den Weg bereiten will.

«La cause des cadres», eine Zeitschrift französischer Studenten in Zürich, veröffentlicht in seiner neusten Nummer die Resultate verschiedener Arbeiten zu diesem Regierungsprogramm. Es werden zuerst die Grenzen des heutigen kapitalistischen Systems aufgezeigt, dann wird ausgeführt, wie eine Volksfrontregierung Nationalisierungen als Mittel zur Durchsetzung ihres demokratischen Programms einsteln könnte und wie diese Politik, ausgehend von der heutigen Situation, durchgeführt werden könnte.

Das Heft ist für 2 Fr. in Briefmarken

Das Heft ist für 2 Fr. in Briefmarken erhältlich bei Jean-Louis Piel, Kreuzbühlstr. 37, 8600 Dübendorf, Tel. (01) 86 18 96.

Im nächsten «konzept»:

Erwiderung auf den Artikel «Wer plant unseren Staat», von PD Dr. L. Neidhart.



Mediziner, 27/180, dumm und hässlich, sucht sein weibliches Gegenteil. Interessen: Weib, Wein, Gesang, aber auch Literatur, Kunst, Politik, Diskussion. Uninteressen: N.iiltär, Autos. Foto erbeten. Chiffre 3228, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Kosmetisch unbegabte Studentin, 26/168, wünscht sich fröhlichen Freund mit Interesse an Literatur, Psychologie, Musik, Film, Theater, Diskussion, Reisen, Skifahren. Schreibe mir bitte unter Chiffre 3320, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student sucht Begleiterin für Ferienfahrt oder Skiweekend nach Abschlussexamen. Adresse oder Telefonnummer genügt, Jede Zuschrift wird beantwortet. Chilfre 3321 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Individualist, Phil.-I-Student, 22/173, inmountuualist, Pnii.-I-Student, 22/173, interessiert an Musik, (aktiv und passiv), Kultur, Politik und Natur, sucht anregende Freundin im Raum Basel oder sonst wo. Chiffre 3306, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bei vollkommener Diskretion belderseits beantworte ich jede Bildzuschrift (alles Zurück) von grossgewachsenem Haupt-fachphilosophen (auch Ausländer), der seine adäquate Lebensgefährtin, vielseitg, elegant und gemütstief, sucht. Chiffre 304, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student ETH, 25/176, Individualist, viel-Student EH, 26/176, Individualist, verseitig interessiert, romantisch, gemütliches Bauernhaus (Raum Zürich), sucht feminines Wesen zwecks Freundschaft. Lebenszeichen an Chiffre 3281, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Stud. ETH, 24/174, wünscht sich ein na-türliches Du zum liebhaben und zur ge-meinsamen Suche nach dem, was man Leben zu nennen pflegt. Schreibe mir bitte (evtt. mit Foto) an Chiffre 3280, Mosse-Annoncen AG, 8032 Zürich.

Einsamer, toleranter Student (28) möchte gerne Vertrauen finden zu jungem, auf-geschlossenen Freund. Bitte schreibe mir (event. mit Foto) unter Chiffre 3354 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Verträumte Studentin (26/167) möchte Verträumte Studentin (26/167) möchte feinfühlenden, sportlichen, gut aussehenden Mann (26–30 J., kath.) kennenlernen. Du bist aufgeschlossen, lehnst ein oberflächliches Leben ab. Du hast — wie ich — Probleme und möchtest gerne diskuteren. Dann schreib mit bitte (mit Foto) unter Chiffre 3322 an Mosse-Annoncen AG 8023 Zürich. AG 8023 Zürich

Cand. phil. I, 27/176, introvertiert, sucht einfühlsame, liebe, treue Freundin (19-26), schlank, good looking, mit modi-schem Flair, Charme, Phantasie und Hu-mor. Jede Bildzuschrift wird beantwortet. nor. Jede Bildzuschrift wird bealtmeile. Chiffre 3217 Mosse-Annoncen AG, 8023

Möchte Studenten(-in) kennenlernen mit Moohte Studenten(-in) kenneniernen mit Unternehmungslust u. Interesse an Wan-dern, Berg- und Skitouren, Wassersport, Camping, Kochen, Freundschaft. Studiere in Zürich. 10. Sem., 26/187. Viele Grüsse Simon. Offerten bitte unter Chiffre 3256 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Glaubst Du an Gott? Fühlst Du Dich oft allein? Willst Du mir helfen, sinnvoll zu

leben? I**ch bin 22, Student,** wohne Nähe Zürich. Möchtest Du mich kennenlernen, so schreib mir doch! Chiffre 3243, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern: Student, 25, seit einiger Zeit die zwischenmennschlichen Beziehungen allzusehr vermissend, sucht Mädchen. Mei-ne Interessen: Musik, Kino, Politik, Rei-sen. Zuschriften unter Chiffre 3334 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Doktorand sucht Begegnung mit einer intelligenten, empfindsamen Studentin (Akademikerin, Lehrerin), die wie er eine anspruchsvolle, in jeder Beziehung rege Partnerschaft eingehen möchte. Bildzu-schriften bitte unter Chiffre 3333 an Mos-se-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ausländischer Student, 25/183, gut aussehend, weltgereist und emanzipiert, sucht Freund mit Niveau im Raum Zürich. Zuschriften wenn möglich mit Foto an Chiffre 3138, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Suche gesellschaftskriftsche(n) Autor(in) meiner Lebensgeschichte. Als «Geschä-digter» muss ich Emarzipations-Verkün-der(innen) jedoch ablehnen. Offerten an Chiffre 3392 Mosse Annoncen AG, Post-fach, 8023 Zürich.

Welcher Akademiker (175/30–35, schlank) sucht weibliche Schreibkraft, moralische Stütze und Partnerin? Jugendliche Arztsekretärin (172/35) benötigt dringend nutzbringenden Einsatz — da momentanes Tief. Anfragen mit Bild an Chiffre 3388 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Boy, 21 Jahre, langhaarig, mit vielen Interessen, sucht unternehmungslustigen Freund im Alter von 16—20 Jahren. Wa-gen vorhanden. Zuschriften unter Chiffre 3389 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zch.

Suche Anschluss an eine Wohngemein-Suche Anschuss an eine wonngemein-schaft in Umgebung von Zürich, mit guter Verkehrsverbindung nach Zürich, spätestens bis Anfang September. Billigi In Oberglatt, Egg usw. Unter Chiffre 3390 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Genf. Nicht-Student sucht toleranten Freund. Bin 23jährig. Interessen: Politik, Psychologie, Film. Welcher natürliche Boy schreibt mir unter Chiffre 3387 Mos-se-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ausdauernder Mitalpinist aus dem Raum Zürich gesucht von Stud. jur. (dipl. Ing. ETH) zwecks gemeinsamer Sommer oder Winterbegehung möglichst aller Schweizer Alpengipfel. Offerten an Chif-fre 3384 Mosse-Annoncen AG, 8023 Zü-

Progressiv engagierter ETH-Student (23), introvert, und verunsichert, möchte mit sensitiv offener (unexcl.) Kameradin mit (Polit-)Problembewusst, grübeln, diskutieren und sich gemeinsam emanzipieren. Offerten an Chiffre 3

Buchhändlerin, Weintrinkerin, Möchte-gern-Germanistin vom Lande schreit

nach einem linken, mit Wortwitz und anregendem Studium beglückten Mitbür-ger zwecks sowieso. Wer schreit zurück unter Chiffre 3386 an Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Basel - Eher introvertierter Student sucht toleranten, aufgeschlossenen Freund (20–25). Offerten an Chiffre 3372, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welcher junge Mann (bis 30) hätte Lust, zusammen mit insgesamt 4 jungen ho-

Unterschrift:

mophilen Männern in einer Wohngemeinschaft zu leben? Wohnung vorhanden, eigenes Zimmer. Das Ganze spielt sich in Bern ab. Offerten an Chiffre 3372, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Stud./Lehrer (175/26) in Zürich, liebt das Reisen, das Tanzen, den Sport und bald auch Dich, ein natürliches, apartes, schlankes Mädchen. Du, zögere nicht länger, sondern schreibe mir mit Photo an Chiffre 3373, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

		T	Г		-	100	-						Г			Γ
		T						-			1.		1			T
		+	-							-						T
-	-	+	1	-	-	-	-	-	-	-	_	-	-	-	-	t
\dashv	-	+	+-	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	-	+
\dashv	+	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	+	\vdash	t
\dashv		1	-			\vdash	-	-	-	-	-	-		-		t
-	+	+	+		-		-	Ė	-	-		-	-	1		t
+	17.	+	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1	-	t
-	-	+	+	-	-	-	-	-	-	-	-	-	\vdash	\vdash	\vdash	+

Emissionsprospekt

Der Schweizerische Studentenreisedienst, Genossenschaft mit Sitz in Zürich, präsentiert seinen

MDIGINSMISSONI SF 18MMOS

Ausgabepreis der »Anteilscheine»: 100% + Fr. 5.– Buchungsgebühr für Anteile über Fr. 50.–

Zeichnungsfrist: 15. Februar bis 31. Oktober 1973

Laufzeiten: Diverse

Auszug aus dem Investmentplan

Title Rallykelt Resp. Dauer Resp. D						
Paros	Titel			Titel		
Paros	Badeferien					
Kalogria 14 Tage Fr. 825 Kreta 14 Tage Fr. 825 Kreta 14 Tage Fr. 855 Singapore) 11.78.8 Fr. 2200-Japan 4 Wochen Fr. 3900	Griechenland			Ferner Osten		
Name	Kalogria	14 Tage	Fr. 625	Tramp Tour (Thailand, Malaysia Singapore)	a, 11. 7.–8. 8	Fr. 2200.–
Akçay	Türkei					
Name	Akcay	14 Tage	Fr. 575	Sudamerika		
Insel Masliniza			Fr. 675.–	Peru-Bolivien	9. 7.–3. 8.	Fr. 2785.–
Frankreich	Jugoslawien			Städtereisen		
Rom	Insel Masliniza	14 Tage	Fr. 495.–	Istanbul	4 Tage	Fr. 275
Korsika	Eminature facts			Paris	7 Tage	
Rundreisen	Frankreich					
Rundreisen Wien 7 Tage Fr. 245.– Mittelmeer Flüge Bergsteigerexpedition Fr. 1330.– Bangkok einfach Fr. 777.– Ararat/Türkei 21 Tage Fr. 1330.– Tokyo einfach Fr. 1287.– Sizillen 14 Tage Fr. 755.– Lima/Baranquilla einfach Fr. 900.– Toskana-Wanderferien 11 Tage Fr. 335.– New York einfach Fr. 107.– Skandinavien Königsweg 20 Tage Fr. 1485.– Athen einfach Fr. 181.– Königsweg 20 Tage Fr. 1485.– Amsterdam einfach Fr. 185.– Gothlandreise 25.7.–5.8. Fr. 985.– Kopenhagen einfach Fr. 126.– Oststaaten Transibirische Eisenbahn 14 Tage Fr. 1725.– bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Segeln auf den	Korsika	14 Tage	Fr. 495			
Nittelmeer Flüge		-				
Mittelmeer Flüge	Pundraisan			Wien	7 Tage	Fr. 245.–
Bergsteigerexpedition	nululeisell					
Ararat/Türkei 21 Tage Fr. 1330.– Tokyo einfach Fr. 1287.– Sizilien 14 Tage Fr. 755.– Lima/Baranquilla einfach Fr. 900.– Toskana-Wanderferien 11 Tage Fr. 335.– New York einfach Fr. 550.– Skandinavien Athen einfach Fr. 181.– Fr. 181.– Königsweg 20 Tage Fr. 1485.– Amsterdam einfach Fr. 99.– Gothlandreise 25. 7.–5. 8. Fr. 985.– Kopenhagen einfach Fr. 126.– Oststaaten Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Paris retour Fr. 76.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 47.–	Mittelmeer			Fluge		
Ararat/Türkei 21 Tage Fr. 1330.– Tokyo einfach Fr. 1287.– Sizilien 14 Tage Fr. 755.– Lima/Baranquilla einfach Fr. 900.– Toskana-Wanderferien 11 Tage Fr. 335.– New York einfach Fr. 107.– Skandinavien Athen einfach Fr. 181.– Athen einfach Fr. 181.– Königsweg 20 Tage Fr. 1485.– Amsterdam einfach Fr. 99.– Gothlandreise 25. 7.–5. 8. Fr. 985.– Kopenhagen einfach Fr. 126.– Oststaaten Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Paris retour Fr. 76.– Segeln auf den 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Barcelona einfach Fr. 75.–	Berasteigerexpedition			Bangkok einfach		Fr. 777
Sizilien 14 Tage Fr. 755 Lima/Baranquilla einfach Fr. 900 Toskana-Wanderferien 11 Tage Fr. 335 New York einfach Fr. 550 Skandinavien Athen einfach Fr. 107 Athen einfach Fr. 181 Königsweg 20 Tage Fr. 1485 Amsterdam einfach Fr. 99 Gothlandreise 25. 75. 8. Fr. 985 Kopenhagen einfach Fr. 185 Oststaaten Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725 Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan 17. 723. 7. Fr. 835 Paris retour Fr. 76 Segeln auf den Fr. 3465 Barcelona einfach Fr. 47		21 Tage	Fr. 1330	Tokyo einfach		Fr. 1287
Condon einfach Fr. 107			Fr. 755	Lima/Baranquilla einfach		Fr. 900
Skandinavien Athen einfach Fr. 181.– Königsweg Gothlandreise 20 Tage 25. 7.–5. 8. Fr. 1485.– Amsterdam einfach Instanbul einfach Kopenhagen einfach Fr. 185.– Fr. 185.– Oststaaten Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 835.– Paris retour Pr. 170.– Fr. 76.– Segeln auf den Fr. 3465.– Barcelona einfach Fr. 75.–	Toskana-Wanderferien		Fr. 335	New York einfach		Fr. 550
Königsweg Gothlandreise 20 Tage 25. 7.–5. 8. Fr. 1485.– Fr. 985.– Amsterdam einfach Instanbul einfach Kopenhagen einfach Tel Aviv einfach Fr. 185.– Fr. 126.– Tel Aviv einfach Oststaaten Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage 17. 7.–23. 7. Fr. 1725.– Fr. 835.– Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan Segeln auf den 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Fr. 3465.– Paris retour Rom einfach Barcelona einfach Fr. 47.– Fr. 75.–		•		London einfach		
Königsweg Gothlandreise 20 Tage 25, 7.–5, 8. Fr. 1485.– Fr. 985.– Instanbul einfach Kopenhagen einfach Tel Aviv einfach Fr. 185.– Kopenhagen einfach Tel Aviv einfach Oststaaten Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage 14 Tage Fr. 1725.– Fr. 835.– Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan 17, 7.–23, 7. 90, 7.–19, 8. Fr. 3465.– Fr. 3465.– Paris retour Rom einfach Barcelona einfach Fr. 47.– Fr. 75.–	Skandinavien			Athen einfach		
Segeln auf den Continue Con	Vänigawag	20 Tago	Er 1/85			
Ropenhagen einfach Fr. 126.– Tel Aviv einfach Fr. 285.– Transibirische Eisenbahn bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad Zentralasien/Afghanistan 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Paris retour Fr. 76.– Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Rom einfach Fr. 47.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75.–						
Oststaaten Transibirische Eisenbahn Züge bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Paris retour Fr. 76.– Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Rom einfach Fr. 47.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75.–	Gottilatioreise	25. 15. 0.	11. 900			
bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Paris retour Fr. 76.– Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Rom einfach Fr. 47.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75.–	Oststaaten			Tel Aviv einfach		Fr. 285.–
bis Yokohama 14 Tage Fr. 1725.– Warschau-Moskau-Leningrad 17. 7.–23. 7. Fr. 835.– Paris retour Fr. 76.– Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Rom einfach Fr. 47.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75.–	Transibirische Eisenbahn			Züge		
Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Rom einfach Fr. 47.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75.–		14 Tage	Fr. 1725			
Zentralasien/Afghanistan 30. 7.–19. 8. Fr. 3465.– Rom einfach Fr. 47.– Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75.–	Warschau-Moskau-Leningrad	17. 7.–23. 7.	Fr. 835			
Segeln auf den Barcelona einfach Fr. 75			Fr. 3465			
Masurischen Seen 22.7.–5.8. Fr. 795.– Stockholm einfach Fr. 160.–						
		22. 75. 8.	Fr. 795	Stockholm einfach		Fr. 160

Zeichnungsstellen:

SSR-Basel, Friedensgasse 14, 4000 Basel 12, Tel. (061) 25 98 20 SSR-Bern, Hallerstrasse 4, 3012 Bern, Tel. (031) 24 03 12 SSR-Genève, 72, Bd St-Georges, 1205 Genève, Tél. (022) 43 23 60 SSR-Lausanne, 8, rue de la Barre, 1005 Lausanne, Tél. (021) 20 39 75 SSR-Lyon, 39, rue Chevreul, 69 Lyon 7, France, Tél. 003378-728904 SSR-St. Gallen, Burggraben 25a, 9000 St. Gallen, Tel. (071) 22 22 44

SSR-Freiburg i. Br., SHR Studenten- und Hochschulreisedienst, Universitätsstrasse 15, Freiburg, Tel. 0761.31078
SSR-Fribourg, Office de Tourisme, 30, Grand-Place, 1700 Fribourg, Tél. (037) 22 11 56
SSR-Luzern, Junior Travel-Service, St.-Karliquai 3, 6004 Luzern
Tel. (041) 22 50 01
SSR-Solothurn, Verkehrsbüro, Hauptgasse 69, 4500 Solothurn,
Tel. (065) 2 19 24
SSR-Zug, Verkehrsbüro, Bahnhofstr. 23, 6300 Zug, Tel. (042) 21 00 78

SSR-Biel, STA Technikum, Römerquelle, 2500 Biel
SSR-Brugg, Technikum, 5200 Brugg-Windisch, Tel. (056) 41 45 48
SSR-Buchs, Neu-Technikum, Studentenschaft, 9470 Buchs
SSR-Burgdorf, Technikum, Pestalozzistr. 20, 3400 Burgdorf
SSR-Konstanz, Studentenwerk, Akademischer Reisedienst, Postfach 5380, D-7750 Konstanz-Giessberg, Tel. 07531-63081
SSR-Lugano, Mauro Moroni-Stampa, via Cattedrale 4, 6900 Lugano
Tel. (091) 2 58 45
SSR-Neuchâtel, Clos-Brochet 10, Cité Universitaire, 2000 Neuchâtel,
Tél. (038) 24 48 08
SSR-Winterthur, Studentenausschuss, Rosenstrasse 3, 8400 Winterthur.
Tel. (052) 22 05 61



SSR

Schweizerischer Studentenreisedienst Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich, Tel. (01) 47 30 00 Gespräch mit Prof. G. Hess, neuer Leiter der konzeptionellen Luzerner Hochschulplanung

«Hoffnungslos pragmatisch werde ich nicht sein»

Hochschulneugründungen finden in der Schweiz nicht gerade alle Jahre statt. E_S handelt sich also um verhältnismässig bedeutungsvolle Unternehmen, Noch seltener freillich dürften bei derart wichtigen Vorhaben versierte Experten aus anderen Staaten an führender und entscheidender Stelle mitarbeiten können. Wir haben deshalb Prof. G. Hess, den ehemaligen Grün-

Von welchen Ueberlegungen ist man bei der Gründung der Universität Kon-stanz ausgegangen?

bei der Gründung der Universität Konstanz ausgegangen?

Einmal von der Vorstellung, dass eine neue Universität so konstruiert werden muss, dass die Lehre dauernd aus der Forschung genährt wird, dass ein dauernder Unsetzungsprozess von Forschung in Lehre möglich ist. Eine weitere Übeberlegung war die, dass man heute auf eine umfassende Universität, also auf den et Kosmos der Wissenschaften» im klassischen Sinn zum vornherein verzichten muss. Was aus der Humboldischen Universität, vor allem aus seiner Philosophischen Fakultät, geworden ist, ist wissenschaftstheoretisch ein Zufallsprodukt. Von allem Anfang an war deshalb in Konstanz aus dem «Kosmos der Wissenschaften» eine Auswahl zu treffen. Es handelte sich, wenn Sie wollen, um eine willkürliche, aber in sich nicht zufällige Auswahl, nämlich mit Naturwissenschaften, Sozlalwissenschaften und den philosophischen Fakultät. Und weil es heute nicht mehr möglich ist, alle Naturwissenschaften an einer Universität ausreichend zu dotieren und zu entwickeln, hat Konstanz auf die Geowissenschaften verzichtet.

Einerseits braucht man also nicht alle Disziplinen an allen Universitäten finanziell nicht

dungsrektor der Reformuniversität Konstanz, der zum verantwortlichen Leiter der konzeptionellen Luzerner Hochschulplanung ernannt worden ist, um die Beantwortung einiger im Zusammenhang mit den Luzerner Neugründungsplänen wichtigen Fragen gebeten, Rolf Brühlhardt (Hochschulkomitee der Zentral-

schweizer Jugend) / Rolf Nef (VSS)

wie zum Beispiel der ganze Komplex Umweltschutz, bei denen die unmittel-bare Umgebung der Universität die richtigen Bedingungen zu deren ad-äquatem Bearbeiten bietet, ist es ge-rechtfertigt, sie in die Planung einzube-ziehen. So zum Beispiel in Konstanz die Fragen des Gewässerschutzes, der Wasserchemie und der Strömungsphy-sik.

tion einer neu zu gründenden Univer-

siät?

Wenn die Universität weiss, dass der soziale Raum, in dem sie steht, so oder so strukturiert ist, was kann dann dieses Wissen für die Universität bedeuten? Muss sie nun besondere Energie für oder gegen etwas entwickeln?

Die Wahl der Fakultäten und Disziplinen in Konstanz ist insofern zufällig, weil auch andere sinnvolle Kombinationen denkhar sind. Wenn zum Beispiel bei den Sozialwissenschaften ein Studiengang für Verwaltungswissenschaften entwickelt wurde, in dem soziologische, politologische, juristische und nationalöknomische Lehrveranstaltungen kombiniert sind, entspricht das einem Konzept, das zum Beispiel mit der Rechtspflege in der Gegend unmit-

rates mit eingeschlossen. Darin wird auf die Gesamthochschule eingegangen und damit auch auf die Konzeption der integrierten Lehrerbildung. Wieweit wir da jedoch in nächster Zeit diese Dinge aufgreifen Können, ist im Moment noch unklar. Auf alle Fälle werden wir die-sen Problemkomplex, an dem ich per-sönlich sehr interessiert bin, weiterbe-arbeiten.

Was hat die Tatsache, dass einerseits Studiengänge für Fachwissenschaften, anderseits Studiengänge für Lehrberufe geschaffen werden sollen, für Konse-

geschaften werden sollen, für Konsequenzen?

Die Studienordnung der Lehrerstudenten, also der Studenten, die bestimmte Fächer wählen, um Lehrer zu werden, und die Studienordnung der «fachwissenschaftlichen» Studenten, also der Studienten, die bestimmte Fächer studieren, um ein vollwertiges Fachdiplom zu erhalten, werden sich zum Beispiel darin unterscheiden, dass die Lehrerstudenten zusätzliche berufswissenschaftliche Kurse besuchen müssen. Die sozialwissenschaftliche Komponente sollte sowieso in jedem Fach vertreten sein. Für einen Lehrerstudenten handelt es sich in beiden Fragen und ein Problem des zumutbaren Volumens. Keinesfalls kann zum Beispiel Biologie für die Lehrerstudenten von vornherein unter dem Gesichtspunk der Umsetzung, also als den Schulbedürfnissen angepasste Biologie, gelehrt werden. Eine Institution, die dies anstrebt, könnte nicht den Namen Hochschule beanspruchen. Es muss eben ein Ausgleich zwischen wissenschaftlichen und berufsorientierten Ansprüchen gefunden werden. funden werden.

Prinzipien einer Reformhochschule

Gibt es nach Ihrem Wissen und nach Gibt es nach Ihrem Wissen und nach Ihren Erfahrungen strukturelle und organisatorische Prinzipien, die unabhängig von bestimmten inhaltlichen Fächerkombinationen bei der Konzeption einer Reformhochschule in Erwägung gezogen werden müssen? Gibt es Strukturprinzipien für eine Reformhochschule?

Strukturprinzipien für eine Reformhochschule?

Es sind meiner Meinung nach zwei Komplexe zu unterscheiden. Einmal der Komplex der sogenannten einheitlichen Selbstverwaltung. Diese einheitlichen Selbstverwaltung. Diese einheitliche Verwaltung findet auch in der Schweiz ihre Grenzen in den Kompenzen der Erziehungsdirektoren und die Vollmacht der Erziehungsdirektoren ist hierin grösser als diejenige der deutschen Kultusminister. Wichtiger ist jedoch die innere Ordnung. Hier in Konstanz wurde – im Gegensatz zu anderen Universitäten – das Fachbereichsprinzip konsequent durchgeführt. Die Fachbereichen sind Einheiten der Lehre. Ihre Organe sind teilweise paritätisch zusammengesetzt. Die Fachbereichen relativ geringe Kompetenzen. Diese Struktur ist m. E. mit allfälligen geringfügigen Modifikationen auch für Luzern anwendbar. Die Fachbereichen lehen jedoch – auch in der Lehrerbildung – in Konstanz keine endgültige Entscheidungskompetenz. Diese liegt beim Grossen Senat. Für der Forschung existiert ein zentraler Ausschuss der vom Kleinen Senat eingesetzt wird. An diesen Ausschuss sind alle Forschungsprojekte mit genauer Begründung zu melden. Der Ausschuss prüft sie und legt seine Vorschlussfassung vor.

Sie erwähnten vorher, dass die deutschen Universitäten in der Regel autonomer seien als die schweizerischen. Besteht nicht die Gefahr, dass Experimente, wie sie zum Beispiel in Konstanz oder Bremen durchgeführt wurden und werden der besteht wonn ein teilden und werden (auch wonn ein teilden und werden (auch wenn sie teilweise jetzt schon wieder abgewürgt weise jetzt schon wieder abgewürgt sind), in der Schweiz entweder gar nicht begonnen werden können oder dann doch nur sehr beschränkt möglich sind? Die Diskussionen in der Hoch-schulkonferenz über das Projekt Luzern haben gezeigt, dass die Mehr-heit der Verantwortlichen nicht die Gründung einer Reformhochschule in Luzern winseht Luzern wünscht.

Ein Schritt auf dem Wege zur Reformhochschule?

Die Ernennung von Prof. G. Hess, dem ehemaligen – infolge der gegen die «Konstanzer Experimente» gerichteten Mcchenschaften des baden-wirttember-gischen Kultusministers Hahn zurückgischen Kultusministers Hahn zurlückgetretenen – Griindungsrektor der
Reformuniversität Konstanz, zum verantwortlichen Leiter der konzeptionellen Luzzerner Hochschulplanung markiert das Ende der mehr als halbjährigen Suche nach einem erfahrenen
Khochschullehrer, der mit dem heutigen Stand der Reformdiskussion im Inmid Ausland vertraut ists. (Becein) und Ausland vertraut ist». (Baccini)

und Ausland vertraut ists. (Baccini) – Im Prinzip eine vielverheissende Wahl. Die von Prof. G. Hess geleitete Arbeitsgruppe hat nun die Aufgabe, bis Mitte dieses Jahres einerseits den von der Schweitzerischen Hochschulkonfe-renz und dem Wissenschaftsrat sank-tionierten Rahmen – Schaffung einer geistes- und erziehungswissenschaft-lichen Abteilung mit dem Schwerpunkt Mittelschullehrausbildung, evtl. Ver-zicht (zumindest anfänglich) auf die Schaffung einer naturwissenschaft-lichen Abteilung – inhaltlich und kon-zeptionell zu füllen, andererseits für die erste Betriebsstufe ein detailliertes Programm zu erarbeiten. Angesichts die erste Betriebsstufe ein detailliertes Programm zu erarbeiten. Angesichts der in der schweizerischen Hochschul-politik zur Zeit herrschenden Konzep-tionslosigkeit, der fehlenden theoreti-schen Grundlagen ist es fraglich, ob die Luzerner Planungsgruppe die immense Arbeit unter diesen Bedingun-gen innerhalb eines halben Jahres überhaupt seriös leisten kann.

Die Diskussion des Luzerner «Vor-projekts» in der Hochschulkonferenz und im Wissenschaftsrat hat zudem ge-zeigt, dass diejenigen Gruppen, die die nationalen bildungs- und wissen-schaftspolitischen Gremien dominieren, schaftspolitischen Gremien dominieren, nicht in hohem Masse am Aufbau einer Reformhochschule in Luzern interessiert sind. Es ist daher zu befürchten, dass, einerseits wegen der geringen zur Verfügung stehenden Zeit, anderseits wegen der gegenüber «redikaleren» Experimenten – vorausgesetzt, die Luzerner Arbeitsgruppe konzipiert überhaupt geliche – sbentisch hie shelbend gesolche - skeptisch bis ablehnend gesoiene – skepuison dis dietentend ge-genübergestellten nationalen Gremien (Vertreter dieser Organe arbeiten in der Luzerner Planung mit; das bis Mitte dieses Jahres ausgearbeitete Projekt muss den nationalen Gremien noch-mals vorgelegt werden) der Gedanke der Reformhochschule wieder einmal unter den Tisch fällt.

Die Frage ist nun, ob der versierte pflichtet. Sollte er in diesem Unterfan-gen nicht retässieren, so wäre nicht nur seine Mission gescheitert, sondern auch sein Name zur Legitimation der Grün-dung einer konventionellen provinziel-len Hochschule missbraucht worden.

tusminister. Dass dies jedoch anders werden kann, zeigt das Beispiel Konstanz. Wenn der Staat jetzt wieder einen stärkeren Einfluss geltend macht, ist er gegenüber den Hochschulen immer in der Vorderhand, Da nützen auch langanhaltende Proteste wenig. Was helfen kann, sind zähe politische Bemülnungen.

Was helfen kann, sind zähe politische Bemühungen.
Was nun die Schweiz betrifft, so scheinen mir Experimente – Experi-mente, wie wir sie zum Beispiel in Konstanz durchgeführt haben – nicht unmöglich. Das hängt unter anderem davon ab, wie reformfreudig Volk und Staat sind.

Nach den Freignissen im letzten Herhst Nach den Ereignissen im letzten Herbst machte man der Universität Konstanz den Vorwurf, dass sie den Kontakt zu der breiteren Oeffentlichkeit zuwenig gepflegt habe. Muss die Information der Oeffentlichkeit, die Partzipation der Oeffentlichkeit an den Planungsar-beiten nicht explizit in die Konzeption ohne Neuerindung einebart werden einer Neugründung eingebaut werden -vor allem, wenn man bedenkt, dass in Luzern ja schliesslich das Volk die Kredite für die Hochschule bewilligen

Sie sprechen von einem Informations-prozess. Es fängt meistens – vor allem in den Städten, in denen eine Hoch-schule errichtet werden soll – mit Enthusiasmus an – so verhielt es sich auch in Konstanz. Wenn dann aber die auch in Konstanz. Wenn dann aber die Kosten, zu denen ja auch eine Ge-meinde beisteuern muss (etwa mit Grundstücken), zur Diskussion stehen oder wenn – wie dies manche Konstan-zer sagen – man nicht mehr unter sich sit, tritt eine gewisse Reaktion ein, eine Reaktion, die man dann eben langsam wieder ausräumen muss. Das gilt erst recht, was die Kosten angeht, für das Land. Vielleicht hätten wir in der Tat mitteilungsfreudiger sein sollen. In der

Schweiz, wo das Volk direkt die Ent-scheidungsinstanz ist, muss die Hoch-schule dem Problem der Imagenflege besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Oeffentlichkeitsarbeit ist also in Luzern auch schon während der Pla-nung ein wichtiger Stellenwert einzu-räumen.

Nationale Konzeptionslosigkeit und Luzerner Planung

Die nationalen bildungs- und wissen-Die nationalen bildungs- und wissenschaftspolitischen Instanzen in der Schweiz haben – im Gegensatz zu denjenigen der BRD – bis jetzt kaum grundsätzliche Konzeptionen und Leit-linien erarbeitet, die unter Umständen als Ausgangspunkt für die Konzeption einer Neugründung verwendet werden Könnten. In der Schweiz herrseht unsekonten. In der Schweiz herrseht unsekonten Luterner Planungsstah, zu dessen verantwortlichem Leiter Sie ja vor kurzem gewählt worden sind, möglich, inverlattwortenen better 3fe ja vol kur-zem gewählt worden sind, möglich, in-nerhalb eines halben Jahres die not-wendigen konzeptionellen Arbeiten ge-nügend seriös zu leisten?

Intgeniu Serius Zu elesteni.
Ich kann im Moment noch nicht beurteilen, ob die Situation wirklich durch eine derartige Konzeptionslosigkeit gekennzeichnet ist, wie Sie meinen. Ebenfalls nicht die möglichen Auswirkungen dieser von Ihnen vermuteten Konzeptionslosigkeit auf die Entwicklung des Projekts Luzern.

Was passierte, wenn die nationalen bil-dungs- und wissenschaftspolitischen Gremien ihre Vertreter aus der Luzerner Hochschulplanung zurückziehen und – quasi parallel zur Luzerner Pla-

Fortsetzung Seite 15

BRISINNPUNIXT

mehr leisten. Die Universitäten sind deshalb als ein Verbundsystem zu konzipieren.

Um auf die von Ihnen erwähnte Will-Um aut die von Innen erwannte Wil-kürlichkeit der Auswahl zurückzukom-men: Sind nicht in erster Linie finanz-und gesellschaftspolitische Determinan-ten bestimmend für die inhaltliche Aus-gestaltung einer neuen Hochschule?

Diese Fragestellung ist mir viel zu ab-strakt 7ch müsste wissen, was Sie un-ter möglichen gesellschaftspolitischen Determinanten verstehen, die dazu füh-ren könnten, eine Universität so oder anders zu konzipieren.

Mögliche gesellschaftspolitische Deter minanten sind zum Beispiel der gestei-gerte Bedarf an Mittelschullehrern, an Biochemikern usw. des Raumes, in dem die neue Universität aufgebaut werden die neue Universität aufgebaut werden soll. Eine Universitätsneugründung ist ja nicht nur für die an der Entwicklung der Wissenschaften engagierten akademischen Forscher, sondern unter Umständen auch wirtschaftlich für weite Kreise der Bevölkerung von Interesse. So ist zum Beispiel im «Bericht 69» der Luzerner Studienkommission zu lesen: Obes Felben einer Hechschule wirkt «Das Fehlen einer Hochschule wirkt sich im...Bereich der Zentralschweiz lähmend aus. Es fehlt die geistige Mitte... Der Wirtschaft fehlt die bele-Mitte... Der Wirtschaft fehlt die bele-bende Wirkung und der Kontakt zu manchen Fachbereichen der Wissen-schaft und zur Grundlagenforschung.»

schaft und zur Grundlagenforschung.»

Man sollte zunächst von den Wissenschaften ausgehen, dann von der Frage, wie die Wissenschaften in den sozialen Raum über Berufsbildvorstellungen einwirken – also nicht primär davon, dass sozial oder wirtschaftlich gesehen eine Gegend dies oder jenes braucht. Dieser Gesichtspunkt, zum Beispiel dass man sich bei der Neugründung englischer Universitäten etwa sagt: Hier ist Aluminium- und Elektro-industrie, also werden wir eine technische Abteilung an der Universität einrichten, in denen die Fächer vertreten sind, die dieser Industrie besonders nützen, dieser Gesichtspunkt hat sich bei uns nicht gestellt.

Welche Forderungen berücksichtigen?

In welchem Ausmass sind jedoch derartige Forderungen bei der Gründung einer neuen Universität zu berücksichtigen?

Ich habe zunächst nur gesagt, wie wir es in Konstanz hielten. Natürlich sind solche Forderungen oder Möglichkeiten zu bedenken. Wenn Fragen da sind,

telbar nichts zu tun hat, sondern mit einer allgemeinen Tendenz in der BRD, bestimmte Positionen in der Verwaltung nicht mehr mit «klassischem» Juristen, sondern mit Leuten, die den Wandlungen in den Verwaltungsstrukturen durch ihre Ausbildung besser Rechnung tragen, zu besetzen. Insofern hat das, was wir in Kontanz zum Beispiel in den Verwaltungswissenschaften gemacht haben, schon eine politische Orientierung – aber sie stammt nicht aus speziellen Bedürfnissen der Region. Bei der Lehrerausbildung freilich ist es komplizierter.

Betrachten wir jedoch einmal den Raum Innerschweiz: relativ geringe In-dustrialisierung, relativ geringer Aus-bau des Dienstleistungssektors, tradi-tionelle Werte herrschen vor...

tionelle Werte herrschen vor...

... die regionalen Gesichtspunkte können eigentlich auch in Luzern für die wissenschaftliche Konzeption der Hochschule keine ausschlaggebende Rolle spielen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass zum Beispiel in Luzern, wenn nun die Mittelschullehrerausbildung besonders gepflegt werden soll, nur für die Zentralschweiz Mittelschullehrer ausgebildet werden sollen. Etwas anacheres ist das Problem des Standorts. In Luzern, wie seinerzeit in Konstanz, artikuliert sich m. E. das Gefühl: Wir sind eine von der Geschichte etwas in den Hintergrund gedrängte Gegend. Wir können durch eine Universität einen geistigen Ausstrahlungspunkt gewinnen. Dies ist ein berechtigter, hoffentlich wirksamer regionaler Gesichtspunkt.

Schwerpunkt Lehrerbildung

Luzern will das Schwergewicht seiner Aktivitäten auf die Mittelschullehrer-ausbildung legen. Welche Konsequen-zen hat das für Ihre konzeptionelle

In einer philosophischen oder einer naturwissenschaftlichen Fakultät ist die Regel, dass rund 80 Prozent der Studierenden am Ende Lehrer werden. Insofern ist die Lehrerausbildung, die sich jetzt auch aus programmatischen und taktischen Gründen in den Mittelpunkt stellt, ein gegebene Anliegen für eine Neugründung mit einer philosophischen walt einer naturtiesenschet. schen und einer naturwissenschaft-lichen Fakultät.

Genügt der Schwerpunkt Mittelschullehrerausbildung? Sollte Ihrer Meinung nach nicht auch die Ausbildung der Volksschul- und Berufsschullehrer in die neue Hochschule integriert werden?

Diese Möglichkeit ist in den Stellung-nahmen der Schweizerischen Hoch-schulkonferenz und des Wissenschafts-

Es ist richtig, dass die deutschen Universitäten nach 1945, nach den zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur, von der staatlichen Autorität, die sich so gründlich in Misskredit gesetzt hate, unabhängiger waren als vor 1933. In dieser Zeit hatten die Universitäten auch relativ mehr Prestige als die Kul-



David Bowsher

Einführung in die Anatomie und Physiologie des Nervensystems

Aus dem Englischen übersetzt und herausgegeben von Mario Wiesendanger. 1973. 182 Seiten, 55 Abbildungen, 7 Tabellen, kartoniert Fr. 24.–.

Das Buch vermittelt in 16 Kapiteln die wesentlichen Kenntnisse über Bau und Funktion des Nervensystems. Am Beispiel des Rückenmarks werden die grundlegenden Funktionskreise: afferente Neurone–Zwischenneurone–Motoneurone besprochen. Die Kombination von Neuroanatomie und -physiologie verleiht diesem Leitfaden besondere Qualität.

Verlag Hans Huber

Volksabstimmung vom 4. März:

JA ZUM RECHT AUF BILDUNG

Am Wochenende 3./4. März wird über die neuen Bildungs- und Forschungsartikel für die Bundesverfassung abgestimmt. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung teil.

Die Rechtsradikalen werden Nein stimmen. Die Freisinnigen stört es, dass Die Rechtstatikaten werden Nein stimmen. Die Freisinnigen stort es, dass ein erstes Sozialrecht in die Verfassung gelangen soll. Ein Teil der Unternehmerschaft sträubt sich gegen grundlegende Umstrukturierungen bei der Berufsbildung. Weitere Gruppen übertünchen ihr Interesse an bestehenden Bildungsprivilegien mit «föderalistischen» Ideologien. Die Vorlage braucht das Volks- und das Ständemehr um angenommen zu werden.

Die SP will den Handlungsspielraum des Einzelnen und der Gesellschaft erhöhen. Mündigkeit ist vom Bildungsstand abhängig, ebenso die Lösbar-keit der heutigen komplexen gesellschaftlichen Probleme, die uns immer mehr sogenannten Sachzwängen auszuliefern scheinen.

Die SP stimmt dem Recht auf Bildung zu, weil die Vorlage nicht vom engen Bildungsbegriff der Abrichtung auf eine berufliche Funktion ausgeht. Dieses Recht auf Bildung ist die menschliche Voraussetzung zur geforderten Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Wir ersuchen Sie, uns zu unterstüt-

Das Gefühl der mächtigen beharrenden Kräfte, es gehe am 4. März um eine gesellschaftspolitische Weichenstellung, bedarf einer eindeutigen Antwort: JA. Wir danken Ihnen.

Wir freuen uns auf Ihre Mitarbeit, wenn es nach einer positiv verlaufenen Abstimmung darum geht, Gesetzgebungen zu erarbeiten.



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ Pavillonweg 3, 3012 Bern, Tel. (031) 24 11 15



Summer Tours

for Young Teachers and Students in USA, Canada and Mexico as Guests of American Families

Dauer: 34 Tage

Alle Touren schliessen Hin- und Rückflug, sämtliche Uebernachtungen sowie zum Teil Verpflegung ein.

International Counselor Exchange Program

Summer openings for men and women, students, young teachers and Social Workers, Ages 20-30, to serve as counselors (moniteurs) in American children's camps and travel with other international counselors an a 2500 mile hospitality tour in eastern U.S. A.

Period:

June 22-Sept. 28 Fee: DM 770.-USA-Flüge: ab DM 395.-

Veranstalter: Association for World Travel Ex-change, New York

tere Informationen durch die Beauftragte für itschland und die Schweiz: Uta Menzel, D 8 schen 40, Gartenstr. 6, Tel. 0811/30 66 20





Ringiers Blatt für Alle Ringiers Unterhaltungs-Blätter Schweizer Illustrierte Schweizerische Allgemeine Volks-Zeitung Tele tv radio zeitung

SP-Reichtumssteuer-Vorstösse:

Damit das schweizerische Steuerparadies für die Reichen nicht noch paradiesischer wird!

- Zürich: SP-Kantonsratsfraktion fordert Reichtumssteuer-Zusatz anstelle der vom Regierungsrat beantragten linearen Steuere-erhöhung um 15%. Basel-Land: SP-Reichtumssteuer-Initiative am 3. Dezember 1972 vom Volk wuchtig angenommen. Aargau: SP wird demnächst Reichtumssteuer-Initiative lancie-ren.

- Schweiz: Die SPS lanciert in dieschweiz: Die Sps lanciert in die-sem Jahr eine eidgenössische Steuer-Initiative. Untere und mittlere Einkommen sollen ent-scheidend entlastet — hohe und höchste Einkommen wesentlich stärker erfasst werden. Die Steu-

erflucht von Kanton zu Kanton soll unterbunden werden.

Begründung:

- gründung:
 2,2% der steuerpflichtigen natürlichen Personen besitzen 56,2% der (deklarierten!)* Reinvermiggen, leisten aber lediglich 32,7% des gesamten Staatissteuer-Aufkommens im Kanton Züfricht und schaftlicht (Demegaenüber: 88,3% der Steuerpflichtigen besitzen lediglich 17,7% der Reinvermögen und leisten 47,22% des gesamten Staatssteuer-Aufkommens!)
- *Die letzte Steuer-Amnestie brachte ge-samtschweizerisch neu 11,5 Milliarden Ver-mögenswerte zum Vorschein!

- 2,8% der Steuerpflichtigen be-ziehen 20,8% der Reineinkom-men und leisten 36,6% der Ein-kommenssteuer-Eingänge des
- kommenssteuer-Eingänge des Kantons. (Demgegenüber: 73,4% der Steu-erpflichtigen beziehen 41,3% der Reineinkommen.) Im schweizerischen Steuerpara-dies werden die Reichen nicht nur (im Vergleich zu allen übri-gen Industriestaaten) steuerlich äusserst schonend belastet die höchsten Einkommen bleiben iberdieser beweiterer Beroresüberdies vor weiterer Progres-sion verschont: Im Kanton Zürich hört die Progression bei 200 000 Fr. mit 10% Steuerbelastung auf.
- Die kalte Progression:
- Vor dem Kriege wurde ein Ar-beitereinkommen mit durch-schnittlich 2,6% belastet 1967 lag die Belastung bereits bei
- 5,2%. Die Steuerbelastung stieg unten die indirekten Steuern nicht gerechnet! im gesamtschweizerischen Mittel auf mehr als das Doppelte. Demgegenüber blieben allerhöchste Einkommen von Mehrbelastungen weitgehend verschont.
 Ein Arbeiter mit 18 000 Fr. Bruttoeinkommen (10 000 Fr. steuerbares Einkommen) wird im Kanton Zürich (ohne Gemeindesteuern) mit 3,6% Steuersatz belastet. Das gleiche Arbeitereinkommen wird 5 Jahre später (aufgrund der Teuerungs- und der bescheidenen Realiohn-Verbesserung) bei rund 28 000 Fr. brutto liegen (steuerbares Einkommen = 20 000 Fr.) und wird nun mit 4,925% Steuersatz belastet.

Kalte Progression = +34%.

Ein Brutteinkommen von 180 000 Fr. (steuerbares Einkommen =

ca. 170 000 Fr.) wird mit 9,647% Steuersatz belastet. Ein Anstieg auf 280 000 Fr. führt zu einer neuen Belastung von 10% Steuersatz.

Kalte Progression = +31/20/0!

Kalte Progression:

Auf kaltem Wege wird dem Arbeiter und kleinem Einkommensbezüger unmerklich eine immer grössere Steuerbela-stung aufgelastet!

SP Reichtumssteuer-Vorstösse: Die Gewichte müssen gerechter gesetzt werden!



Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich Engelstrasse 64 8004 Zürich

Fremdenpolizei: Dreimal Skandal

Fall I: Die Zürcher Fremdenpolizei weist am 17. Juli 1972 den 17jährigen Tunesier Ali aus der Schweiz und belegt ihn mit einer dreijährigen Einreisesperre. Die vollständige Begründung lautet: Albe Führung hat wegen liederlichen Lebenswandels zu Klagen Anlass gegeben. Unerwünschter Ausländer.»

Schweizer Bekannte hatten Ali zu einem Gegenbesuch eingeladen. Sein koellikts: Er hielt sich an der Zürcher aRivieraw auf, aWir wurden in unserer Uberzeugung gestärkt, es handle sich bei ihm um einen jener zahlreichen Gammler und Müssiggänger aus allen Teilen der Welt, die sich in Zürich Rendez-vous geben», heisst es in der fremdezvous geben», heisst es in der fremdenpolizeilichen Vernehmlassung zum Rekurs von Alis Anwalt: aAli erscheint als unerwünschter Ausländer, der in der Schweiz nichts verloren hat und dem ein Aufenthalt im Kreise von Leuten, die offenbar etwas eigene Lebensauffassungen haben und auch nicht übertrieben arbeitsam sind, nicht unbedingt zum Wohle gereicht.» Furglers Departement hat über den Rekurs noch nicht entschieden.

Fall 2: Am 15. Januar 1973 wird der 25jährige Hamburger Tourist Dieter aus der Schweiz ausgewiesen und mit einer fünfährigen Einreisesperre belegt. Die vollständige Begründung lautet: «Dieter erscheint als zweifelhafte Existenz, dessen Fernhaltung überdies aus sicherheitspolizeilichen Gründen vorsorglich geboten erscheint. Unerwünschter Ausländer.»

Weil die Winterthurer Polizei in Dieters Pass Stempel orientalischer Länder entdeckt, verdächtigt sie ihn des Drogenhandels und nimmt ihn fest. Er und sein Schweizer Gastgeber (bei «unseren Diensten als stark Links-Extremer bekannt») seien «offensichtlich Gegner unserer Rechtsordnung», fand die Polizei: «Dieter ist unseres Erachtens ein typischer Gammler. Er trägt die entsprechende Haartracht und auch deren Kleidung. Er benahm sich bei der Befragung äusserst arrogant und provo-

kativ, so dass es den Anschein machte, er sei diesbezüglich geschult.» Der Polizeirapport schliesst: «Abschliessend sei gesagt, dass es uns nicht gelungen ist. Dieter eine straßbare Handlung nachzuweisen. Trotzdem ist der Verdacht, Dieter stehe mit irgendeiner de-liktischen Tätigkeit in Zusammenhang, nicht einfach von der Hand zu weisen. Auf alle Fälle ist dieser arrogant und provokativ auftretende Ausländer, eine diusserst zweifelhafte Existenz, als unerwünschter Ausländer zu betrachten.» Dieters Anwalt hat in diesen Tagen beim Departement Rekurs eingereicht.

Fall 3: Am Rande der Zürcher Vietnam-Demonstration vom 20. Januar 1973 verhaftet die Zürcher Polizei einen italienischen Arbeiter. Unter dem erfundenen Vorwand der Falschmünzerei setzt sie ihn in Haft. Die Polizei befragt ihn indes nur über seine politische Einstellung und will ihm am 29. Januar per SBB nach Italien ausschaffen. Dies kann sein Rechtsvertreter in letzter Minute dank einer Intervention bei der eidgenössischen Fremdenpolizei verhindern. Der Italiener hat in der Schweiz nichts verbrochen. Ita-

lien, wo er wegen politischer Vergehen gesucht wird, hat nie ein Auslieferungsbegehren gestellt.

Diese drei zufällig bekanntgewordenen Fälle zeugen von einer skandalösen Willkir aunseren» Fremdenpolizei, vor allem der Zürcher Filiale. Die Entscheide dieser Amtsstelle versetzen der Rechtsstaatlichkeit und dem Ruf der Schweiz noch und noch Fusstritte. Ausländer werden allein deshalb ausgewiesen, weil sie engstirnigen Polizeibenten nicht ins beschränkte Weltbild passen. Der dritte Fall dokumentiert ausserdem den frechen Versuch der Zürcher Kantonspolizei, einen politisch unbequemen Ausländer unter der Hand auszullefern. Alles weist darauf hin, dass Zürcher Kapo, Carabinieri und italeinsiches Konsulat eng zusammenabeiten. Eine Schweizer Amtsstelle scheint sich herzugeben, als verlängerter Arm der italienischen Poliz-Polizei zu wirken. Aussicht auf Aenderung der unmenschlichen Polizeiwillkir besteht nur, wenn der Druck der Oeffentlicheit wüchst – und wenn mehr Fälle bekanntwerden.

P. S.: «konzept» fordert alle Leser auf, ähnliche Vorfälle zu melden. Wir werden sie, wenn möglich, aufgreifen. «Hoffnungslos pragmatisch . . .»

Fortsetzung von Seite 13

nung – ein eigenes Konzeptionsorgan für die Neugründung Luzern ins Leben rufen würden?

Das ist eine Hypothese ohne Bedeutung für die weitere Arbeit des Planungsstabes. Wir beginnen mit unserer Arbeit, und wir werden die nationalen Gremien mit zur berzeugen haben. Ich habe dem Stab vorerst einmal einen Problemkatalog vorgelegt und gezeigt, was für Fragen meiner Meinung nach zu behandeln sind. Jetzt müssen wir zuerst einmal die nächsten Sitzungen abwarten. Dann wird man sehen, wie schnell sich gemeinsame Vorstellungen und ein Konsens bilden.

Haben Sie die Mitglieder des Planungsstabes aufgrund einer «Auswahlliste» des Luzerner Ausschusses selbst gewählt, oder wurden Ihnen vom Ausschuss direkte Nominationsvorschläge gemacht?

Das zweite war der Fall.

Worin besteht nun die Arbeit des Pla-

мапрэмаючет
Wir werden ungefähr bis Mitte dieses
Jahres das Konzept der ersten Stufe im
Rahmen eines Gesamtkonzepts erarbeiten. Dieser «Bericht 73» wird dann zumindest formell noch der Hochschulkonferenz und dem Wissenschaftsrat
und nach der Begutachtung durch diese
Organe dem Luzerner Grossen Rat vorgelegt werden.

Aenderungswünsche der nationalen Gremien

Was geschieht mit den Aenderungswünschen der Hochschulkonferenz und des Wissenschaftsrates? Werden diese vom gleichen Gremium, das jetzt den «Bericht 73» erarbeitet – also von dem jetzt von Ihnen präsidierten Planungsstab –, in die Schlussfassung eingearbeitet werden?

Erstens sind derartige Aenderungsanträge durch die Präsenz von Vertretern der nationalen Organe im Ausschuss der Studienkommission dauernd möglich, zweitens sind die notwendigen Querverbindungen zwischen Luzerner Planung und den nationalen Organen durch die entsprechenden Verbindungspersonen im Planungsstab dauernd gegeben

geben.

Ich nehme daher an, dass es im
Herbst dieses Jahres, nach der Abfassung des «Berichts 73», seitens der
nationalen bildungspolitischen Gremien
kaum noch zu grossen Einwendungen
kommen wird.

Ist der Zeitraum eines halben Jahres für die zu leistende immense Arbeit nicht etwas kurz?

Geplant sind acht bis zehn Arbeitssitzungen im Lauf des nächsten halben Jahres. Selbstverständlich werden Experten beigezogen werden müssen. Allerdings kann zu diesem Punkt noch nichts Definitives gesagt werden.

Besteht ein klar formulierter Auftrag an den Planungsstab? Was muss im «Bericht 73» enthalten sein?

«Bericht 73» enthalten sein?

Der Bericht muss einmal sehr konkrete Aussagen über die erste Betriebsstufe enthalten. Es muss dargelegt und erkennbar sein, was an der Hochschule geschehen soll. Damit hängen dann auch so schwierige Dinge zusammen wie die räumliche Unterbringung der neuen Hochschule in den allerersten Jahren ihres Bestehens vor der Fertigstellung der definitiven Räumlichkeiten – also das Problem von Provisorien in der Stadt. Daneben muss der Bericht darüber Auskunft geben, welches die vom Planungsstab als optimal erachteten Fortsetzungsstufen sind.

Was geschieht in Luzern zwischen Juli 1973 (Fertigstellung des «Berichts 73») und Ende 1974 (mutmasslicher Zeitpunkt der Volksabstimmung)?

Ich würde sagen: Kleinarbeit, weitere Konkretisierung des Programms. Diese Arbeit wird wohl auch von dem jetzt bestehenden Planungsstab geleistet werden müssen. Mein Auftrag erstreckt sich auf zwei bis drei Jahre.

Berufungen

Werden im «Bericht 73» auch schon Berufungsvorschläge unterbreitet?

Berufungsvorschläge unterbreitet?
Diese Frage habe ich auch schon ventiliert. Ich würde sagen, das Optimum wird sein, wenn sich in der Zeit bis zur Abstimmung gewisse Personen abzeichnen, die sich durch ihre Mitarbeit mit der Sache vertraut gemacht haben. Vor der Abstimmung dürfte allerdings nicht mehr viel geschehen. Auf alle Fälle muss das Berufungsverfahren vor der Abstimmung-schon in der Botschaft des Regierungsrats genau geregelt sein. Vor einer derartiteen Problematik ste-

Regierungsrats genau geregelt sein.

Vor einer derartigen Problematik stehen alle Neugründungen. Meistens hat der Gründungsausschuss oder ein ähnliches Organ am Anfang auch die Funktion eines Berufungsausschusses es gibt ja sonst noch keinen. Ist dann eine bestimmte Anzahl von Dozenten ernannt, so übernehmen diese Dozenten die Funktionen des Senats und des Berufungsausschusses. Die Gründungsausschussmitglieder treten dann von der Bühne ab. Irgendeine derartige Lösung wird man auch für Luzern finden milssen.

Herr Prof. Hess, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Vormund Walder

Gespräch mit Bundesanwalt Hans Walder über Staatsschutz, «konzept» Nr. 7, Jan. 73

Bundesanwalt Walder bleibt seinem Ruf treu: Wie in der «National-Zeitung» zu lesen war, will er die längst verblichene Linkszeitung «Roter Galtus» vor das Bundesgericht ziehen. Was soll der liebe «Rote Gallus», der erst dank Walder landesweit bekannt wurde, verbrochen haben? Er druckte wörtlich einen Satz des weltweit geachteten pazifistischen Dichters Wolfgang Borchert, den dieser vor seinem Tod in Basel im Jahr 1947 schrieb: «Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt's nur eins: sag nein!» Auch wenn ich Walders Bevormundungspolitik scharf ablehne, bin ich trotzdem dagegen, gleich die ganze Gesellschaft zu ändern, wie uns das der

Auch wenn ich Walders Bevormundungspolitik scharf ablehne, bin ich trotzdem dagegen, gleich die ganze Gesellschaft zu ändern, wie uns das der konzept». Kommentar weismachen will. Da halte ich es eher mit dem «Beobachter», der am 31. Januar zum Fall Walder/Gallus schrieb: «Wenn ein eidgenössischer Spitzenfunktionär in ängstlicher Kleingläubigkeit den Bürger vor dem rauhen Wind eines Dichterwortes schiltzen zu müssen meint, darf die Antwort auf ein derartiges Missverständnis nicht im Bestreben liegen, nun unsere staatliche Ordnung selbst völlig umzukrempeln; es geht vielmehr darum, in der unausweichlichen Auseinandersetzung zwischen Individuum und Staat einer engstirnigen Auslegung unserer Freiheitsrechte entgegenzutreten.» Erwin Burgstaller, St. Gallen



Stellen - Stellen - Stellen - Stellen

8× jährlich fundierte, kritische Analysen und Kommentare

Abonnementstalon auf Seite 2

Wirtschaftsabteilung

Als weltweit tätiges Unternehmen ist es unsere Aufgabe, die internationale Entwicklung in den verschledenen Belangen laufend zu verfolgen. In unserer Sektion Volkswirtschaft eröffnet sich daher einem jungen

Volkswirtschafter

ein interessantes und abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld. Zu seinen Aufgaben gehören Zeitschriften- und Literaturauswertung, volks- und versicherungswirtschaftliche Studien, Marktanalysen sowie integrationsund währungspolitische Studien.

Für diese Position sollten Sie einen Hochschulabschluss, Fremdsprachenkenntnisse sowie Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck mitbringen. Erfahrung in einer ähnlichen Tätigkeit ist nicht Bedingung; Sie werden auf jeden Fall gründlich in ihr neues Arbeitsgebiet eingeführt.

Nebst einer anforderungsreichen Aufgabe finden Sie bei uns selbstverständlich neuzeitliche Anstellungsund Arbeitsbedingungen.

Gerne erwarten wir Ihre Bewerbung oder Ihren Anruf.

SCHWEIZERISCHE RÜCKVERSICHERUNGS-GESELLSCHAFT

Personalabteilung, Mythenquai 60, 8022 Zürich Tel. 25 88 00, intern 234 In unseren herstellerunabhängigen Rechenzentren in Zürich, Basel und Bern bieten wir Betriebswirtschaftlern die Möglichkeit, sich zum

EDV-Organisator

auszubilder

Als Mitarbeiter unserer Organisations- und Beratungsabteilung sind Sie z. B. in unserem Neubau in Oerlikon und bei unseren Kunden tätig. Ihre Hochschulkenntnisse können Sie auf breiter Basis in Ihrer täglichen Arbeit anwenden und erweitern. Sie arbeiten in einem kleinen Team als Kundenberater in den verschiedensten Branchen und analysieren Probleme (beispielsweise Materialbewirtschaftung, Fakturierung, Debitoren- und Finanzbuchhaltung, betriebliches Rchnungswesen, Produktionsplanung etc.). Zu Ihren Aufgaben wird es gehören, in Zusammenarbeit mit einem Senior-Organisator wirtschaftliche Lösungsvorschläge auszuarbeiten und diese in Teamarbeit zu realisieren. Sie besuchen laufend interne und externe Kurse und werden schon nach kurzer Zeit selbständig produktive Arbeit leisten.

Diese Tätigkeit eignet sich für junge Hochschulabsolventen, aber auch für Oekonomen, die bereits EDV-Erfahrung oder eine andere Berufspraxis besitzen.

Für nähere Auskünfte telefonieren Sie bitte unseren Herren G. Schelling oder M. A. Liechti.

INTERDATA AG, Zürich, Telefon (01) 60 30 44

Camp Counselors

Für den Sommer 1973 werden gesucht:

In Summer Camp am Genfersee erfahrene, sportlich aktive Counselors (Damen und Herren) für Leichtathletik, Schwimmen, Tennis, Motorbootfahren, Rudern, Segeln, Wasserski, Gesangs- und Musikunterricht etc.

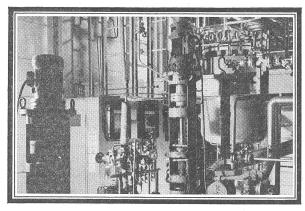
Desgleichen in diverse Summer Camps in den USA.

Anmeldungen an:

INTERNATIONAL SUMMER CAMP

Dynamostrasse 7, 5400 Baden AG, Tel. 056/2 32 60

Das ist der Sandkasten unserer



Hier bestehen neuentwickelte Chemiefasern eine wichtige Bewährungsprobe. An dieser Pilot-Anlage wird versuchs-weise fabriziert, was in den Labors der VISCOSUISSE erarbeitet wurde. Unsere Pilot-Anlage ist eine Fabrikations-strasse im Modellformat. Viele Chemiker, Textilingenieure, Verfahrenstechniker und Laboranten entwickeln bei VISCOSUISSE ständig neue Fasertypen und erproben Fertigfabrikate.

Viele sind aber auch im Verkauf oder Marketing unseres Unternehmens tätig, wo sie zusammen mit Betriebswirtschaftern und Kaufleuten neue Märkte und Einsatzgebiete erschliessen. Ausdauernde, grosszügige und zielbewusste Forschung hat die VISCOSUISSE zum bedeutend-sten Chemiefaserunternehmen der Schweiz gemacht. Rund 4600 Mitarbeiter leisten in den 3 Fabriken Emmenbrücke, Widnau und Steckborn täglich ihren Beitrag zum guten Erfolg.

Merken Sie sich diese Qualitäts« zeichen! Sie bürgen für echte Qualität und wissenschaftlich fundierte Leistung. Nur erstklassige Textilprodukte aus VISCOSUISSE-Chemiefasern dürfen diese Zeichen führen.





viscosuisse

Sie kennen doch die nz am wochenende

Adolf Muschg: Theorie und Praxis Danko Grlic, Belgrad: Selbstverwaltung Jean Améry: Was ist Liberalismus? Jürg Federspiel: Tage in Vietnam Peter Arnold: Tansania - ein Modell? Beat Kappeler: Der militärisch-industrielle Komplex in der Schweiz David Mark Mantell: Familie und Gewalt

Diese Aufsätze sind in der «nz am wochenende» erschienen. Solche Autoren und solche Themen finden Sie in der «nz am wochenende» – der politisch-kulturellen Beilage der «National-Zeitung». Wenn Sie die NZ-Samstagausgabe abonnieren, erhalten Sie ausserdem das «nz panorama», die Beilage für Familie, Gesellschaft und Umwelt. Mit 20 Franken sind Sie dabei

	e die Samstagaus 1 wochenende» u		panorama	
Name			'orname	
Name		. · · · · · ·	omame	
Strasse				
PLZ)rt	

Talon

(Bitte einsenden an: National-Zeitung, Postfach, 4002 Basel.)

BUCH-SONDERANGEBOT

Bernhard Berenson: Die Italienischen Maler der Renaissance
- Der größeste Kunstkrilker seit Ruskin-, wie Berenson genannt wird, behandelt in seinem klassisch zu nennenden Buch die grossen Meister der italienischen Malerei von 1300 bis 1600. 519 Seiten mit 18 ganzseitigen eingeklebten Fabratien und 40 weiteren Ab18x27 cm, Leinen, früher Fr. 48.10 jetzt Fr. 25.80

☐ Ich war — ich bin — ich werde sein!

Ich war — ich bin — ich werde sein!
Herausgegeben von Diether Schmidt
Von Barlach bis Zille enthält dieses in seiner Geschlossenheit bedeutsame Werk Seibstildnisse aller
wichtigen deutschen Konstell dieses Untwentente
wichtigen deutschen Konstell dieses Untwentente
wichtigen deutschen Konstell dieses Jahrhunderte
wich diese Seinen Hoffen diese Jahrhunderte
wich zu der die Jahrhunderte
wie Zeisel die Jahrhunderte
wie Zeisel zu die Jahrhunder zu der
ziehen zu der zu der zeich die Jahrhunder
werkwerzeichnis und Bibliographie,
Jahrhunder ziehen, früher zieher, fühler zieher, die zieher zieher

☐ Edgar Allan Poe: Erzählungen in 2 Bänden mit 83 Zelchnungen von Alfred Kubin 880 Seiten, Leinen, früher Fr. 75.— jetzt Fr. 38.10

☐ Henry Troyat: Tolstoi oder die Flucht in die Wahrheit 584 Seiten mit Namenregister, Leinen, früher Fr. 35.90 jetzt Fr. 16.70

☐ Iwan Turgenjew: Romane und Erzählungen

in 4 Bänden hedeutenden Romanen «Rudin» und «Adelsnest» enthält diese repräsentative Auswahl Turgenjews Novellen, die ein Höhepunkt in der russischen Erzählkunst bilden. 4 Bände kplt. 1712 Seiten mit Anmerkungen, Leinen, früher Fr. 100— jetzt Fr. 60.10

☐ André Maurois: Prometheus
oder das Leben Balzacs
600 Seiten mit Namenregister, Leinen,
früher Fr. 35.50 jetzt Fr. 16.70

☐ Karel Capek: Gespräche mit Masaryk Die Losungen Masaryks (1850—1937), geboren aus dem Geist humanistisch-demokratischer Traditionen, waren mitbestimmend für den Prager Frühling 1968. 348 Seiten mit 31 Abbildungen, Leinen, früher Fr. 35.90

☐ Niccolo Machiavelli: Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte Herausgegeben von Erwin Faul. 416 Seiten mit 1 Abbildung und Bibliographie. Paperback, früher Fr. 24.80

☐ Kurt Kolle: Verrückt oder normal?

Kurt Kolle: Verrückt oder normal?
In der Reihe »Bild der Wilssenschafts gibt der bedeutende Psychiater eine lebendige Darstellung der Psychiatier von ihrer Entwicklung bis zu den neuesten Erkenntnissen. Fotos, Grafiken, Dokumente und Malereine von Patienten ergänzen das auffütleinde Werk. 198 Seilen mit 70 zum Teil farbigen Abbildungen, Leinen, früher Fr. 25.00

☐ John Irvin Good: Phantasie in der Wissen-

Schait
Eine Anthologie unausgegorener Ideen.
Können Wünsche das Wetter bestimmen? Kann man
Steaks aus Sägemehl herstellen? Sind Anomalien
normal? Diesen und vielen ähnlichen Fragen gehen
die Beiträge von namhalten Wissenschaftlern nach.
322 Seiten, Leinen, früher Fr. 31.30 jetzt Fr. 12.20

Salomon Gessner: Sämtliche Schriften in

3 Bänden
Hernusgegeben in der Reihe «Nobile Turegumvon Prof. Martin Bircher. Photomechanischer
Nachdruck der Schriftenusgebe von 1762.
Die Schriften von Salomon Gessener (1733—1781)
werden hier erstmals gesamthalt und kritisch
ediert. Die vorliegende Gesamtausgabe in drei
Bänden enthält den Reprint der ersten, hervorragend schön ausgestatiene Zürcher Gesamtengegelieferten 5. Tell, samt verstreuten Schriften,
einem kritischen Apparat, Nachwort und Bibliographie.

graphie. Subskriptionspreis für Bände I bis III Fr. 220.—, Nach Erscheinen von Band III im Herbst 1973 Fr. 280.—,

Die gantze Heilige Schrift von Martin Luther Die gantze Heilige Schrift von Martin Luther Jetzt als bibliophile Jahrhundertausgabe mit 117 prächtigen Holzschnitten. In dieser Bibel können Sie erstmals seit dem Jahre 1854 den unver-lätigen der Schrift sein der Schrift sein der Schrift sein Lie und der Schrift sein der Schrift sein der Schrift sein Lie Bande, 117 Holzschnitte, Zeittafel. Literaturver-zeichnis, Dünndruck, Format 15x24 cm, zusammen 200 Seiten. ausgabe [

Lederausgabe

Subs.-Preis Fr. 60.10 späterer Preis Fr. 86.30 Subs.-Preis Fr. 87.50 späterer Preis Fr. 112.50

☐ Johann Gottlieb Fichte: Schriften zur Revo-

Herausgegeben von Bernhard Willms. 256 Seiten mit 1 Abbildung. Einleitung und Biblio-graphie. Paperback, früher Fr. 19.20 jetzt Fr. 10.50 Immanuel Kant: Politische Schriften

Herausgegeben von Otto Heinrich v. d. Gablentz. 284 Seiten mit 1 Abbildung. Einleitung und Biblio-graphie. Paperback, früher Fr. 19.20 jetzt Fr. 10.50

☐ Ich bitte Sie um Gratis-Zustellung Ihrer monatlich erscheinenden Kataloge mit Büchern zu redu-

	zierten Preisen.		
	Bitte senden Sie mir die	angekreuzten Titel gegen Rechnung	m. Umtauschrecht innert 10 Tagen zu.
N	lamo:	Vorname:	

Name:	Vorname:	
Strasse:		
Ort mit DIZ:		

Unterschrift: ☐ Ich bin Student und habe Anspruch auf 10% Rabatt.

Buchhandlung Ernst, Buchholzstrasse 158, 8053 Zürich.

Für Ihre telephonische Bestellung: 01/53 06 31.